



Institut für Politikwissenschaft, Fabrikstrasse 8, CH-3012 Bern

b
**UNIVERSITÄT
BERN**

Wirtschafts- und
Sozialwissenschaftliche Fakultät

Departement
Sozialwissenschaften

Institut für Politikwissenschaft

Partizipation von Frauen, Jugendlichen und Personen mit Migrationshintergrund am Beispiel der Entsorgung radioaktiver Abfälle

Teilprojekt aus dem Forschungsprojekt
"Partizipative Entsorgungspolitik"

Claudia Alpiger (Projektbearbeitung)
Prof. Dr. Adrian Vatter (Projektleitung)

Im Auftrag des Bundesamtes für Energie (BFE)

Bern, April 2017

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
1. Forschungsstand zur Partizipation von Frauen, Jugendlichen und Personen mit MH.....	4
2. Eigene Auswertungen zur Partizipation von Frauen, Jugendlichen und Personen mit MH	21
2.1. <i>Methodisches Vorgehen der Datenerhebung und -auswertung</i>	21
2.2. <i>Allgemeine Auswertungen zur Schweiz</i>	24
2.3. <i>Auswertungen auf die regionale Partizipation bezogen</i>	30
3. Handlungsempfehlungen zur Partizipation von Frauen, Jugendlichen und Personen mit MH	59
3.1. <i>Allgemeine Handlungsempfehlungen zur Partizipation der drei Bevölkerungsgruppen in der Schweiz</i>	59
3.2. <i>Handlungsempfehlungen für die regionale Partizipation</i>	66
Literaturverzeichnis.....	70
Anhang.....	76

Abkürzungsverzeichnis

BFE	Bundesamt für Energie
BFS	Bundesamt für Statistik
bpb	Bundeszentrale für politische Bildung (Deutschland)
DEZA	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
EKF	Eidgenössische Kommission für Frauenfragen
EKM	Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen
IEA	International Association for the Evaluation of Educational Achievement
JO	Jura Ost
MH	Migrationshintergrund
Nagra	Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle
NL	Nördlich Lägern
PIDOP	Processes Influencing Democratic Ownership and Participation
RK / RKs	Regionalkonferenz / Regionalkonferenzen
RK JO	Regionalkonferenz Jura Ost
RK NL	Regionalkonferenz Nördlich Lägern
RK ZNO	Regionalkonferenz Zürich Nordost
rP	regionale Partizipation
SDA	Schweizerische Depeschagentur
SP	Sozialdemokratische Partei (der Schweiz)
WiN	Women in Nuclear
ZNO	Zürich Nordost

Zusammenfassung

Im Rahmen des Forschungsprojektes "Partizipative Entsorgungspolitik" wurde ein Teilprojekt erarbeitet, welches sich mit der politischen Partizipation von Frauen, Jugendlichen und Personen mit Migrationshintergrund (MH) auseinandersetzt. Der vorliegende Bericht enthält die Ergebnisse dieses Teilprojektes. Neben der allgemeinen politischen Beteiligung dieser drei Bevölkerungsgruppen wird auch deren Mitwirkung in der regionalen Partizipation im Sachplanverfahren zur Standortsuche für Tiefenlager von radioaktiven Abfällen behandelt. Der Bericht ist in drei Teile gegliedert: Überblick über den Forschungsstand, eigene Auswertungen und Handlungsempfehlungen.

Der **Fokus auf diese drei Bevölkerungsgruppen** Frauen, Jugendliche und Personen mit MH basiert auf den Erkenntnissen aus der Begleitforschung zum Aufbau der regionalen Partizipation, dass neben Frauen auch Jugendliche / junge Erwachsene und Personen mit MH in den Regionalkonferenzen (RKs) stark untervertreten bis gar nicht vertreten sind. Im Rahmen dieses Teilprojektes soll deshalb herausgefunden werden, weshalb sich diese Bevölkerungsgruppen weniger stark politisch engagieren – sei es sowohl allgemein in der Politik als auch spezifisch in der regionalen Partizipation. Basierend auf Beiträgen aus der Forschung und aufgrund eigener durchgeführter Interviews mit verschiedenen Personen (Präsidenten der RKs, ein Sozialwissenschaftler, zwei Frauen aus der Nuklearbranche, ein Nationalrat mit MH und neun Jugendliche zwischen 16 und 25 Jahren) werden die Gründe für die schwache Beteiligung der drei Bevölkerungsgruppen herausgearbeitet und schliesslich Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Beteiligung dieser drei Gruppen formuliert. Die Handlungsempfehlungen sollten zum einen dazu dienen, deren politisches Engagement allgemein zu verbessern. Zum anderen handelt es sich aber auch um konkrete Handlungsempfehlungen für die zukünftige Gestaltung der regionalen Partizipation im Sachplanverfahren.

In der **Forschung** werden verschiedene Ursachen aufgeführt, weshalb sich Frauen, Jugendliche und Personen mit MH politisch weniger stark engagieren als Männer, erwachsene Personen oder Personen ohne MH. Grundsätzlich verfügen diese Gruppen über weniger Ressourcen (zeitlich oder finanziell), ist das politische Interesse geringer und alle drei Gruppen werden weniger mobilisiert. Bei den Frauen spielt vor allem die unterschiedliche (geschlechterbezogene) Sozialisation, die unterschiedlichen Lebenslagen, die strukturellen Zugangsbarrieren (auch aufgrund des konservativen Frauenbildes) oder die gesellschaftlichen Grundeinstellungen gegenüber Frauen in der Politik eine Rolle für deren niedrige politische Beteiligung. Bei den Jugendlichen sind es insbesondere das fehlende politische Interesse und die niedrige politische Bildung, die als Gründe für deren schwaches politisches Engagement genannt werden. Junge Erwachsene fühlen sich zudem zu wenig kompetent und zu unerfahren, um sich politisch zu engagieren oder ihnen sind die politischen Institutionen zu komplex oder zu veraltet. Personen mit MH haben oft ein ähnliches sozioökonomisches Profil wie Personen, die sich grundsätzlich kaum an Wahlen und Abstimmungen beteiligen: sie haben ein niedriges Bildungsniveau, kommen aus einer tiefen Einkommensschicht, sind oft jünger, haben kein grosses persönliches Netzwerk und verfügen auch über wenig politisches Wissen. Des Weiteren spielen Gründe wie die Beherrschung der Sprache,

das (fehlende) Gefühl, zur Gesellschaft zu gehören, oder die frühe Sozialisation (fehlende Demokratieerfahrung im Elternhaus) eine Rolle für die niedrige Beteiligung von Personen mit MH.

Die **eigenen Auswertungen** haben einerseits gezeigt, dass alle drei Bevölkerungsgruppen sowohl allgemein in der Politik als auch in den RKs schwächer vertreten sind – in den RKs sind sie zum Teil gar nicht vertreten. Andererseits konnten mit Hilfe der Befragungen ebenfalls Gründe herausgearbeitet werden, weshalb sich Frauen, Jugendliche und Personen mit MH wenig politisch beteiligen. Die zusammengetragenen Gründe entsprechen mehrheitlich den bereits im Forschungsstand genannten Ursachen. Die befragten Personen haben ebenfalls Empfehlungen abgegeben, wie die Partizipation der drei Bevölkerungsgruppen allgemein oder spezifisch in der regionalen Partizipation verbessert werden könnte. Diese sind zu einem grossen Teil in die Handlungsempfehlungen miteingeflossen.

Als Lösungsansatz zur Steigerung der geringen politischen Beteiligungsraten der drei Bevölkerungsgruppen in der Schweiz wird **allgemein empfohlen**, die politische Bildung in der Schule zu fördern und auszubauen (*I.*), die Frauen in der Politik – aufgrund des oft noch sehr traditionell geprägten Frauenbildes – mehr zu unterstützen und zu fördern (*II.*), die Wertschätzungen und Einstellungen gegenüber jungen Erwachsenen und Personen mit MH zu verbessern (*III.*) und die Politik zugänglicher und attraktiver zu gestalten (*IV.*). **Den Verantwortlichen der regionalen Partizipation wird empfohlen**, eigene Veranstaltungen von und für Jugendliche und Frauen durchzuführen (*V.*), Vorbildpersonen für Frauen, Jugendliche und Personen mit MH aktiv zur Mitgliedergewinnung zu nutzen (*VI.*) und gezielter und persönlich auf die einzelnen Personen oder Personengruppen zuzugehen und dabei gruppenspezifisch zu kommunizieren (*VII.*).

Einleitung

"[B]ecause they can't; because they don't want to; or because nobody asked."

Verba et al. (1995: 15)

Im dargestellten Zitat werden die drei massgeblichen Faktoren aufgeführt, weshalb sich Bürger und Bürgerinnen¹ politisch beteiligen – die Ressourcen, die Motivation und die Einbettung in die Gesellschaft und sozialen Netzwerke (vgl. auch Fatke und Freitag 2015: 95). Diese drei Gründe können auch dafür benutzt werden, um aufzuzeigen, weshalb Bürger nicht wählen gehen: sie sind nicht wahl-/stimmberechtigt (kein Bürgerrecht), sie möchten nicht wählen gehen (eigene Entscheidung) oder niemand fordert sie auf, wählen zu gehen (fehlende Mobilisierung) (Verba et al. 1995; zit. in Ruedin 2016: 2). Bühlmann und Freitag (2006: 16 f.) leiten aus der Partizipationsliteratur fünf Arten von Ressourcen ab, welche die individuelle Entscheidung über die Wahlteilnahme beeinflussen. Es sind dies die sozioökonomische Lage, die politische Fähigkeiten (*political skills*), die politische Einstellung, die soziale Integration und die individuelle Beurteilung des politischen Systems. Je mehr von diesen fünf Ressourcen eine Person besitzt, desto eher nimmt diese Person an Wahlen oder Abstimmungen teil (ebd.: 18). Es ist jedoch wichtig, dass sich möglichst alle Bevölkerungsschichten und -gruppen am politischen Leben beteiligen. Denn gemäss Ruedin (2016: 2) ist dort die Legitimität der modernen Demokratien gefährdet, wo substantielle Teile der Bevölkerung nicht partizipieren. In den Demokratietheorien wird die zentrale Bedeutung der politischen Partizipation sehr betont. In diesem Kontext wird sowohl die Gleichheit der Individuen hervorgehoben (Dahl 1985; zit. in Ruedin 2011: 4) als auch die Annahme, dass alle Bürger – oder je nach Ansatz auch die ganze Bevölkerung – die Möglichkeit haben sollten, teilzunehmen. Über alle Partizipationsformen hinweg kann aber beobachtet werden, dass sich viele Individuen nicht beteiligen und dass diejenigen, die teilnehmen, oft nicht repräsentativ für die breite Bevölkerung sind (Ruedin 2011: 6). Die Tatsache, dass sich verschiedene Gruppen unterschiedlich stark politisch beteiligen, kann problematisch werden, wenn die Sichtweisen und Präferenzen von gewissen Gruppen dominieren und somit die *Policy Outcomes* (Politikergebnisse) mehr prägen als die Ansichten und Präferenzen anderer Gruppen.

Bei denjenigen Bevölkerungsgruppen, die sich am politischen Geschehen wenig beteiligen, handelt es sich häufig um Frauen, Jugendliche und Personen mit Migrationshintergrund (MH). In der im November 2016 durchgeführten eidgenössischen Abstimmung über die Initiative "Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)" sollen gemäss VOTO-Studie² deutlich mehr Männer (51 %) als Frauen (40 %) teilgenommen haben (siehe dazu Lutz und Lebert 2017). Frauen gaben etwas häufiger als Männer an, dass sie nicht an der Abstimmung teilgenommen hätten, weil ihnen das Abstimmungsthema zu kompliziert war und sie sich nicht entscheiden konnten. Den Frauen sei es gemäss Studie häufig schwerer gefallen, die Abstim-

¹ Aus Gründen der Lesbarkeit sind die Personen-Bezeichnungen in diesem Dokument immer in der männlichen Form; dabei sind selbstverständlich stets beide Geschlechter gemeint.

² Die VOTO-Studien untersuchen das Stimmverhalten bei eidgenössischen Abstimmungen (siehe dazu: <http://www.voto.swiss/>).

mungsvorlage nachzuvollziehen als den Männern. Nicht nur die Frauen, sondern auch die jungen Erwachsenen haben an dieser Abstimmung weniger stark teilgenommen als die Erwachsenen. So hätten laut Studie nur 31 % der 18- bis 29-Jährigen teilgenommen (bei einer durchschnittlichen Stimmbeteiligung von 45 %). Die Stimmbeteiligung steigt mit dem Alter und von den über 69-Jährigen hätten sogar 57 % teilgenommen. Wie die Schweizerische Depeschagentur (SDA) in einem Zeitungsbericht schreibt, sei es "den Grünen und Linken [...] nicht gelungen, die Frauen in genügendem Masse zu überzeugen und die Jungen in grossem Stil zu mobilisieren" (SDA 2017). Da der MH bei den Nachbefragungen zu Wahlen und Abstimmungen nicht erfasst wird, können keine Aussagen über die Partizipation von Personen mit MH an dieser Abstimmung gemacht werden. Wie Ruedin (2011: 7 f.) aber festhält, bilden Migranten in westlichen Ländern eine Gruppe, die weniger stark partizipiert als andere Gruppen. Sie nehmen weniger an Wahlen teil, stellen sich weniger oft als Kandidaten auf, treten weniger oft politischen Organisationen bei und sind generell weniger dazu geneigt, aktiv am politischen Leben teilzunehmen.

Diese drei Gruppen werden in der Forschung oft als Gruppen identifiziert, die sich politisch weniger stark beteiligen – sei es an konventionellen Beteiligungsverfahren wie Wahlen und Abstimmungen oder an unkonventionellen Verfahren wie es die regionale Partizipation im Sachplanverfahren ist. Im PIDOP-Projekt³ werden diese drei Bevölkerungsgruppen als "being at risk of political disengagement" (Barrett 2012) identifiziert.

Das vorliegende Teilprojekt, welches als Zusatzmodul zur Begleitforschung regionale Partizipation (Schritt 2)⁴ erarbeitet wird, widmet sich daher explizit der Partizipation dieser drei Bevölkerungsgruppen (Frauen, Jugendliche und Personen mit MH). Es wurde aufgrund der Erkenntnis aus der Begleitforschung zum Aufbau der regionalen Partizipation (Schritt 1), dass sowohl Frauen als auch Jugendliche / junge Erwachsene in den Regionalkonferenzen stark untervertreten sind, in Auftrag gegeben. Im Rahmen dieses Teilprojektes sollen folgende Fragen behandelt werden:

- Welche **Forschungsansätze** gibt es hinsichtlich der Partizipation von Frauen, Jugendlichen und Personen mit MH (Gründe für Nicht-Teilnahme)?
- Wie sieht es generell in der **Schweiz** mit der Partizipation von Frauen, Jugendlichen und Personen mit MH aus?
- **Wieso** nehmen Frauen, Jugendliche und Personen mit MH **kaum bis gar nicht an der regionalen Partizipation teil**?
- Wie können Frauen, Jugendliche und Personen mit MH **vermehrt in partizipative Prozesse** eingebunden werden?
- Welche **Handlungsempfehlungen** können an die Verantwortlichen der regionalen Partizipation gegeben werden?

³ PIDOP steht für *Processes Influencing Democratic Ownership and Participation*. Im PIDOP-Projekt wurden knapp 8'200 europäische Jugendliche im Alter von 16 bis 18 und 20 bis 26 Jahren aus neun Ländern (England, Belgien, Tschechische Republik, Deutschland, Italien, Nordirland, Portugal, Schweden und Türkei) befragt (für weitere Informationen siehe: <http://www.fahs.surrey.ac.uk/pidop/>).

⁴ In Rahmen dieser Begleitforschung sind von denselben Autoren bereits die Dokumente "Kriterien zur Evaluation regionaler Partizipationsverfahren bei der Standortsuche für Tiefenlager von radioaktiven Abfällen" (Alpiger und Vatter 2015) und "Evaluation regionaler Partizipationsverfahren bei der Standortsuche für Tiefenlager von radioaktiven Abfällen" (erster Zwischenbericht; Alpiger und Vatter 2016) erschienen.

Um Antworten auf diese Fragen zu finden ist der Bericht folgendermassen aufgebaut: Im ersten Teil wird der Forschungsstand zur Partizipation dieser drei Bevölkerungsgruppen aufgezeigt. Welche Ansätze gibt es? Welche Studien gibt es und was haben diese herausgefunden? In einem nächsten Teil werden eigene Auswertungen zur Partizipation dieser Bevölkerungsgruppen in der Schweiz präsentiert. Zum einen werden Sekundärdaten aus Nachbefragungen zu schweizerischen Abstimmungen und Wahlen aufgezeigt und zum anderen eigene Auswertungen aus Interviews mit Vertretern dieser Bevölkerungsgruppen oder Personen, die sich mit der Partizipation dieser Bevölkerungsgruppen beschäftigen, dargelegt. In diesem Teil wird auch spezifisch auf die regionale Partizipation eingegangen und Gründe aufgezeigt, weshalb diese Bevölkerungsschichten dort nur schwach teilnehmen. In den Zusammenfassungen der Interviews werden zudem bereits Lösungen vorgeschlagen, wie der fehlenden Partizipation dieser Gruppen entgegengewirkt werden kann. In den darauffolgenden Handlungsempfehlungen werden sodann allgemeine Empfehlungen zur Partizipation dieser drei Bevölkerungsgruppen und spezifisch auf die regionale Partizipation bezogene Empfehlungen abgegeben.

Begriffsspezifizierung von 'Jugendliche' und 'Personen mit Migrationshintergrund' zum einheitlichen Verständnis in diesem Bericht

'**Jugendliche**' oder '**junge Erwachsene**' werden je nach Autorenschaft, Zweck der Datenerhebung oder Studie oder aufgrund der Datenverfügbarkeit unterschiedlich definiert. Die Jugend bezeichnet "die Lebensphase zwischen Kindheit und 'Erwachsen-Sein', den Übergang von der Abhängigkeit elterlicher Fürsorge zu mehr Selbstständigkeit" (DEZA 2007: 7). Die Jugend versteht sich aber "keineswegs als homogene Gruppe" (ebd.). In der Studie CH@YOUPART (Rothenbühler et al. 2012) stehen junge Schweizer Erwachsene im Alter von 18 bis 25 Jahren im Zentrum. In der Analyse "Jung und zufrieden", die im BFS-Newsletter erschienen ist (siehe BFS 2015: 2 ff.), wird die junge Schweizer Bevölkerung im Alter zwischen 16 und 24 Jahren unter die Lupe genommen. Bei der Berechnung des sogenannten "Jugendquotienten" stellt das BFS 0- bis 19-jährige mit 20- bis 64-jährige Personen ins Verhältnis. Es geht dabei um den Vergleich von jungen Menschen "in einem Alter, in dem man im Allgemeinen wirtschaftlich noch nicht aktiv ist" mit Personen "im erwerbsfähigen Alter" (BFS 2017b). Bei den in Kapitel 1.1. vorgestellten *Selects*- und *VOX*-Analysen besteht die jüngste Altersgruppe aus den 18- bis 24-Jährigen (gefolgt von 25- bis 34-Jährigen) bzw. bei den *VOX*-Analysen aus den 18- bis 29-Jährigen (gefolgt von 30- bis 39-Jährigen). In der deutschen Shell-Jugendstudie (Shell 2015)⁵ werden Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren untersucht. Es zeigt sich also, dass es keine klare Definition von 'jugendlich' gibt. Deshalb soll bei diesem Bericht der Begriff 'Jugendliche' breit gefasst werden und alle Personen zwischen ca. 16 und 30 Jahren miteinbeziehen.

Hinsichtlich der Beschreibung von **Personen mit MH** wird auf die Definition des BFS verwiesen. Gemäss BFS gehören zur Bevölkerung mit MH "alle Personen ausländischer Staatsangehörigkeit, die eingebürgerten Schweizerinnen und Schweizer (mit Ausnahme der in der Schweiz geborenen Eingebürgerten mit Eltern, die beide in der Schweiz geboren wurden), sowie die gebürtigen Schweizerinnen und Schweizer mit Eltern, die beide im Ausland geboren wurden" (BFS 2017a). Mit dieser Definition wird also nicht zwischen in- und ausländischer Staatsangehörigkeit unterschieden – beide Bevölkerungsgruppen können Personen mit MH sein. Dies soll auch für den vorliegenden Bericht gelten. Personen mit MH sind einerseits Schweizer, welche Migrationswurzeln haben, oder andererseits Personen ohne Schweizer Pass, welche in der Schweiz leben.

⁵ Siehe dazu auch: <http://www.shell.de/ueber-uns/die-shell-jugendstudie.html>

1. Forschungsstand zur Partizipation von Frauen, Jugendlichen und Personen mit MH

In diesem Kapitel wird der aktuelle Forschungsstand zur Partizipation von Frauen, Jugendlichen und Personen mit Migrationshintergrund (MH) zusammengetragen. Es werden Gründe für die schwache politische Teilhabe dieser drei Bevölkerungsgruppen und Ansätze, um deren Partizipation zu verbessern, aufgezeigt (mit dem Ziel, deren Anwendbarkeit auf die zu untersuchende regionale Partizipation im Sachplanverfahren zu prüfen). Es wird sowohl auf internationale, allgemeingültige Literatur als auch auf Studien über die Partizipation dieser Gruppen in der Schweiz eingegangen. Zu Beginn werden jeweils Forschungsbeiträge erwähnt, die sich allgemein mit dem politischen Engagement und Interesse einer dieser Bevölkerungsgruppen auseinandersetzen. Da die Wahlbeteiligung "ein erstrangiger Indikator für geschlechtsspezifische politische Partizipation" (Schmidt und Röser 2011: 2) und zum Teil auch für die Partizipation hinsichtlich anderer Merkmale (wie z. B. Alter oder MH) ist, wird danach auf Literatur eingegangen, die sich vor allem mit der Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen beschäftigt. Da in der Partizipationsforschung meistens nur das politische Engagement allgemein oder spezifisch die Teilnahme an Wahlen betrachtet wird, machen diese zwei Bereiche den grössten Teil des Forschungsstandes aus. Grund dafür ist neben der Datenverfügbarkeit auch die Häufigkeit und Zentralität von Wahlen in den meisten politischen Systemen (Ruedin 2011: 4). Danach werden, falls vorhanden, Beiträge über die Vertretung dieser Bevölkerungsgruppen in politischen Gremien vorgestellt, bevor auf die Beteiligung an unkonventionellen Verfahren eingegangen wird. Da gewisse Beiträge mehrere dieser Partizipationsarten untersuchen, geht die Chronologie nicht immer strikt anhand dieser Reihenfolge.

Frauen

Im Beitrag "Gender Differences in Political Participation in Britain" (Norris 1991) führt die Autorin drei Erklärungsansätze der politischen Partizipation von Frauen aus. Gemäss der **traditionellen Sichtweise** (aus den 1950er-/1960er-Jahren) tendieren Frauen dazu, weniger involviert in die und interessiert an den meisten konventionellen (oder institutionalisierten) Formen des politischen Lebens zu sein. Die **radikale Sichtweise** (aus den 1970er-Jahren) nimmt hingegen an, dass Frauen nicht weniger oft teilnehmen, jedoch findet die Partizipation auf eine andere Weise statt (nicht in der konventionellen Form). So ist deren Engagement eher in unstrukturierten und ad hoc Gemeinschaftsverbänden, bei freiwilligen Organisationen und in Protestgruppen zu finden (alles eher kurzlebige Formen). Gemäss der **revisionistischen Sichtweise** sei das politische Engagement von Frauen früher zwar tatsächlich geringer gewesen, dies habe sich mit der Zeit jedoch geändert (oder werde sich noch ändern), bzw. habe das Engagement der Frauen zugenommen (oder wird noch zunehmen). Dies sei vor allem aufgrund der veränderten (modernerer) Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen (Norris 1991: 56 f.; Schmidt und Röser 2011: 6). In der Studie, die im selben Beitrag zu finden ist, prüft die Autorin diese drei Sichtweisen. Anhand von Daten aus den *British Election Studies* (1964–1987) und dem *British Social Attitudes*

Survey (1986) untersucht sie, ob das Geschlecht (sowie andere, die politische Partizipation beeinflussende Faktoren wie Alter, Bildung, Einkommen, Parteiidentifikation und politisches Interesse) ein Prädiktor für die Partizipation an Britischen Wahlen ist. Sie kommt zum Schluss, dass das Alter und die Bildung sowie das politische Interesse die Partizipation beeinflussen – für das Geschlecht findet sie keinen signifikanten Einfluss (Norris 1991: 57, 74).

Westle spricht in ihrem Buchkapitel "Politische Partizipation und Geschlecht" von einer "jahrzehntelangen Differenz zwischen den Geschlechtern" (Westle 2001: 131), wobei Frauen ein geringeres politisches Engagement zeigen als Männer. Sie nennt drei Hauptursachen für die geschlechterspezifischen Ungleichheiten in der politischen Partizipation. Die erste ist die **unterschiedliche Sozialisation**: Mädchen erfahren eine politikfernere Sozialisation, die sie eher auf den privaten Lebensraum hin orientiert, wohingegen sie Jungen eher auf eine Rolle in Beruf und der Öffentlichkeit hin orientiert⁶. Die daraus resultierenden Geschlechterrollenvorstellungen behindern die Frauen "in der Entwicklung und Ausübung politischen Engagements" (ebd.). Um eine gegenseitige Annäherung der Geschlechter hinsichtlich der politischen Partizipation zu erreichen, müssen die traditionellen Sozialisationsmuster aufgelöst und alte Rollenvorstellungen gelockert werden (ebd.: 132). Als zweiten Grund nennt sie die **geschlechterspezifisch unterschiedlichen Lebenslagen**. Männer und Frauen würden sich in "verschiedenen objektiven Lebenssituationen" (ebd.) befinden. Eine Frau hat im Durchschnitt einen geringeren Schulabschluss, ist seltener erwerbstätig (und falls doch, dann meistens in einer schlechteren Position), dafür ist eine Frau häufiger für die Arbeit im Haushalt und mit der Familie zuständig, was gesellschaftlich wenig anerkannt ist. Da sich vor allem Frauen auf den Reproduktionsbereich konzentrieren würden, folge daraus geringeres Interesse an öffentlichen Angelegenheiten, geringere Kenntnisse über Politik und das Setzen von Interessenschwerpunkten auf "weiche" Politikbereiche wie Familie oder Bildung (ebd.: 132 f.). Der dritte Grund seien die **unterschiedlichen strukturellen Zugangsbarrieren** (im institutionellen Bereich und auf der der attitudinalen Ebene). Im institutionellen Bereich spricht Westle von "strukturell geronnene[r] Frauenfeindlichkeit der etablierten politischen Organisationen", da diese dem männlichen Lebensverlaufsmuster angepasst und damit für Frauen weniger geeignet seien. Auf der attitudinalen Ebene zeige sich dies in einem "frauenfeindlichen Gesamtklima", welches "konkrete Diskriminierungen der partizipationswilligen Frauen" ermögliche (wie z. B. hintere Listenplätze auf Wahlzetteln) (ebd.: 133). Diese so genannten *mainstream*-Erklärungsansätze werden gemäss Westle von feministischer Seite her stark kritisiert (siehe dazu Westle 2001: 134 ff.). In der von Westle durchgeführten Untersuchung kommt sie zum Schluss, dass sich sozialstrukturelle Merkmale zwar kaum direkt auf die politische Beteiligung auswirken, diese jedoch deutlich die "attitudinalen Voraussetzungen der Partizipation" prägen (ebd.: 163). Wie bereits bei den Hauptgründen erwähnt, "liegen bei den Frauen häufiger partizipationsferne Bedingungen der Sozialisation und Lebenslage vor" (ebd.). Die Autorin verweist zudem auf "unerklärte Reste" der geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Partizipation. Sie fragt sich, weshalb Frauen ihr politisches Interesse, ihre politischen Fähigkeiten und ihre Einflusschancen geringer einschätzen als Männer, auch wenn sie eine hohe Schulbildung aufweisen. Zudem würden sich Frauen auch eine geringere Kompetenz zuschreiben –

⁶ Albanesi et al. (2012) kommen in ihrer Studie ebenfalls zum Ergebnis, dass die unterschiedliche Ausprägung der Partizipation von Frauen und Männer "could be a result of specific gender socialization processes that begin at home" (Albanesi et al. 2012; zit. nach Zani und Barrett 2012: 279).

selbst wenn sie das gleiche Interesse an Politik haben wie Männer. Diese "unerklärten Reste" kann sie nur mit Spekulationen erklären: Erstens wäre denkbar, dass "Frauen schlichtweg realistischer in der Einschätzung der generellen Einflussmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger auf die Politik sind" (Westle 2001: 163). Zweitens erscheint es ihr möglich, dass Frauen ihre Einflusschancen als Frau skeptischer beurteilen. Um das geringe politische Interesse und die eigens wahrgenommenen politischen Kompetenzen zu erklären, vermutet die Autorin, dass Frauen aufgrund ihres geringeren Interesses an Politik glauben, dass sie über zu wenig politische Kenntnisse verfügen und folglich "ihre eigenen Fähigkeiten kritischer beurteilen" (ebd.: 164). Der Grund für die regelmässig schwächere Einschätzung der subjektiven politischen Kompetenz, auch von Frauen mit gleichem politischem Interesse wie Männer, sieht die Autorin im gesellschaftlichen Kontext. Dieser erschwert es den Frauen nach wie vor, "mit gleicher Selbstverständlichkeit wie Männer in der Politik zu agieren" (ebd.).

Da die klassische individuelle Ressourcen-Perspektive für die Erklärung der Partizipation von Frauen in der Schweiz gemäss Stadelmann-Steffen und Koller (2014) nicht funktioniert, unterscheiden diese zwischen **individuellen Ressourcen** und **"Haushalts"-Ressourcen** um die Partizipation von Frauen in der Schweiz bei den nationalen Wahlen 2011 zu erklären. Eine prominente Hypothese für das politische Engagement von Frauen sei gemäss den Autorinnen, dass das schwache weibliche Engagement das Resultat aus deren niedrigeren Niveaus an sozioökonomischen Ressourcen und ähnlichen Ressourcen wie *civic skills* (Bürgerkompetenzen), Politikinteresse oder politischer Information sei (ebd.: 529). Mit einer Analyse der nationalen Wahlen im Herbst 2011 haben sie herausgefunden, dass die individuellen Ressourcen zwar wichtig sind, die gefundenen Muster jedoch zwischen verschiedenen Gruppen von Frauen und Arten von Ressourcen variieren. Basierend auf ihren Resultaten können sie die Partizipation von Frauen an diesen Wahlen schliesslich anhand individueller Ressourcen und "Haushalts"-Ressourcen erklären. So beeinflusst ein höherer Bildungsabschluss die Wahrscheinlichkeit, an den Wahlen teilgenommen zu haben, positiv. Bei Frauen mit einer hohen beruflichen Stellung (= eine sozioökonomische Ressource) ist die Wahrscheinlichkeit kleiner, dass sie an den Wahlen teilgenommen haben, als bei Frauen mit einer mittleren oder gar keiner beruflichen Anstellung⁷. Des Weiteren führt ein gut ausgebildeter Partner (= eine "Haushalts"-Ressource) eine Frau eher dazu, wählen zu gehen, wohingegen ein Partner in einer hohen beruflichen Position einen negativen Einfluss auf die Wahlbeteiligung seiner Frau hat. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Frau wählen geht, steigt zudem kontinuierlich mit deren Alter.

Bühlmann und Freitag (2006) fokussieren sich in ihrem Artikel auf die individuelle Wahlbeteiligung und analysieren diese anhand der eidgenössischen Wahlen 2003. Sie untersuchen die Determinanten der individuellen Wahlteilnahme indem sie **individuelle** und **kontextuelle Faktoren** betrachten. Mit ihrer Analyse können sie die Hypothese, dass die Wahrscheinlichkeit, wählen zu gehen, bei Männern höher ist als bei Frauen, nicht stützen. Die Variable Geschlecht erweist sich bei ihren Modellen als nicht signifikant (ebd.: 27).

⁷ Dies gehe mit den Resultaten einer anderen Studie überein (siehe Stadelmann-Steffen et al. 2010), welche das *civic engagement* (gesellschaftliches Engagement) von Frauen in der Schweiz untersucht habe. Vollzeitbeschäftigte Frauen sind gemäss der Studie in der Zivilgesellschaft signifikant weniger aktiv als Frauen mit einem niedrigeren Beschäftigungsgrad.

In einer Studie über die **Glarner Landsgemeinde** wurden etwa 1'000 Personen in Form einer Online-Umfrage im April und Mai 2016 befragt. Das Ziel der Befragung war es, herauszufinden, welche Personengruppen an der Landsgemeinde teilnehmen. Eines der wichtigsten Erkenntnisse aus der Auswertung der Umfrage ist, dass sich Frauen weniger häufig an der Glarner Versammlungsdemokratie beteiligen als Männer (Gerber et al. 2017: 3). Die anderen klassischen Faktoren zur Erklärung der politischen Teilnahme (z. B. das Alter) haben gemäss Autoren kaum oder sogar keinen Einfluss auf die Teilnahme an den Glarner Landsgemeinden (ebd.: 13).

Die **Wahlbeteiligung von deutschen Frauen** sowohl auf der Europa- als auch Bundes- und Landesebene folgt in ihrer Entwicklung seit den 1950er-Jahren "im Groben der Wahlbeteiligung der Gesamtbevölkerung" (Schmidt und Röser 2011: 2). Aus diesem Umstand der annähernd gleichen Wahlbeteiligung beider Geschlechter darf gemäss Schmidt und Röser (2011: 3) aber nicht gefolgert werden, dass beide Geschlechter auch gleichermaßen an Politik interessiert sind. Denn so ist der Anteil Frauen, der in Umfragen über das politische Interesse ein starkes oder sehr starkes politisches Interesse angibt, nur gerade halb so gross wie derjenige der Männer. Neben der Wahlbeteiligung gibt es noch andere Varianten institutionalisierter politischer Partizipation. So können Bürger "als Bürger selbst beteiligt", also "im Personalkörper der Politik repräsentiert" (ebd.) sein. Dies kann anhand der einfachen Mitgliedschaft in einer Partei oder anhand der "Übernahme von Ämtern und Funktionen in gewählten parlamentarischen Vertretungskörperschaften" (ebd.) gemessen werden. So stellen Frauen 2008 gut einen Viertel aller deutschen Parteimitglieder. Der **Anteil Frauen in den Parlamenten** (auf Europa-, Bundes- wie Landesebene) ist inzwischen deutlich gestiegen. So beträgt der Frauenanteil bei den deutschen Abgeordneten im Europäischen Rat 2009 34 % (1979: 15 %, 1989: 30 %). Der Deutsche Bundestag hat seit 1998 einen Frauenanteil von etwa einem Drittel, was auch etwa dem Anteil Frauen in den Länderparlamenten entspricht (ebd.: 4). Der weltweite Frauenanteil in nationalen Parlamenten betrug im Jahr 2006 gemäss Paxton et al. (2007: 264) nur 17 %. Auf die schweizerischen Frauenanteile in den Parlamenten wird in Kapitel 1.1. eingegangen.

Gemäss Brunner (2017: 4) müssten Frauen etwa ein Drittel eines Gremiums ausmachen, "damit sie die Gruppendynamik und somit den Entscheidungsprozess positiv beeinflussen könnten". Dafür wird in der Forschung der Begriff '*critical mass*' verwendet. Es wird davon ausgegangen, dass Frauen eher in der Lage sind, ihre politischen Schwerpunkte zu verfolgen, wenn sie einen gewissen prozentualen Anteil in den Parlamenten erreichen. In der Forschung wird dabei oft von 15 % gesprochen, Aktivisten hingegen gehen von 30 % als nötiger Frauenanteil aus, den es braucht um "make a difference to policy" (Paxton et al. 2007: 274).

Um den **Anteil Frauen in nationalen Parlamenten** zu erklären, gibt es verschiedene Ansätze. Gemäss Ruedin (2013: 43) fokussieren sich diese aber meistens nur auf hochentwickelte Länder, deren Wahlsystem grösstenteils als relevant für den Frauenanteil definiert wird. Somit wird das Augenmerk mehrheitlich auf **institutionelle Variablen** gelegt. Länder mit dem Verhältniswahlrecht haben meistens höhere Frauenanteile in der Legislative als Länder mit dem Mehrheitswahlrecht. Es gibt aber auch Studien, die die geringe Frauenbeteiligung z. B. mit der Kandidatenauswahl und dem damit verbundenen Fehlen von weiblichen Kandidierenden in Verbindung setzen. Ein guter Indikator sei des Weiteren die Erwerbsbeteiligung von Frauen, vor allem in qualifizierten Jobs. Konsistente Resultate können auch betreffend der in einem Land vorherrschenden Re-

ligion gefunden werden. So führe der Katholizismus zu einem geringeren Frauenanteil in der Legislative. Ebenso seien geographische und regionale Differenzen mit den unterschiedlichen Frauenanteilen in den verschiedenen Länderlegislativen verbunden. Die Forschung sagt, dass z. B. nordische Länder generell eine ausgeglichenerere Repräsentation hinsichtlich des Geschlechtes haben. Weitere Studien, welche die Einstellungen zu Frauen in der Politik gemessen haben, fanden einen starken Zusammenhang zwischen einer positiven Sichtweise bezüglich Frauen in der Politik und deren repräsentativen Vertretung in den Legislativen (Ruedin 2013: 43). In seiner Studie benutzt Ruedin eben diese direkte Messung der **Einstellungen gegenüber Frauen in der Politik** um deren Vertretung in nationalen Legislativen von 131 *free* und *partly free countries* zu erklären (ebd.: 43 ff.). Auch er kommt zum Ergebnis, dass der Anteil Frauen in nordischen Ländern am höchsten ist (2006 waren 40 % der Repräsentanten weiblich). Ohne die nordischen Länder erreicht der Frauenanteil in europäischen Legislativen nur noch knapp 20 %. Ähnliche Werte seien auch in Amerika zu beobachten. Die geringsten Anteile sind in den arabischen Staaten zu finden, in denen 2006 nur 8 % der Parlamentarier weiblich waren (ebd.: 45). Hinsichtlich des Wahlsystems findet er heraus, dass dieses zwar ein signifikanter Faktor für die Repräsentation von Männern und Frauen ist, dieses jedoch nicht zur Erklärung von Veränderungen über die Zeit benutzt werden kann (ebd.: 54). Während dem Zeitraum seiner Studien sei ein allgemeiner Trend hin zu einer ausgeglicheneren Geschlechtervertretung zu beobachten gewesen. Dies stimme mit den Modernisierungstheorien überein, welche eine ausgewogenere Repräsentation vorhersagen, wenn sich ein Land wirtschaftlich entwickle. Tatsächlich hat der Frauenanteil in Ländern, welche die politischen Rechte ausgebaut haben, zugenommen, jedoch sei der Unterschied zu anderen Ländern statistisch nicht signifikant (ebd.: 54 f.). Zuletzt fügt Ruedin an, dass auch dort, wo die Einstellungen gegenüber Frauen in der Politik liberaler geworden sind, die geschlechterspezifische Vertretung in den Legislativen ausgewogener wurde (ebd.: 56).

In einer anderen Studie, die Ruedin ein Jahr zuvor veröffentlicht hat, kommt er zu ähnlichen Resultaten. Er schliesst seinen Bericht mit einer Empfehlung an die Verfechter der Idee, dass das Wahlsystem geändert werden soll, um den Frauenanteil zu erhöhen: "there is insufficient evidence to believe that changes in electoral institutions on their own will work well to boost the representation of women in national parliaments" (Ruedin 2012b: 107). Eher muss die Einstellung hinsichtlich Frauen in der Politik verbessert werden, denn "where attitudes towards women as political leaders are more positive, the proportion of women in parliament can be expected to be higher" (ebd.: 98).

Wie Paxton et al. (2007: 264) schreiben, haben Forscher die Unterrepräsentation von Frauen in politischen Gremien schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts dokumentiert. Die Forschung zu diesem Thema habe aber in den vergangenen 20 Jahren enorm zugenommen – nicht zuletzt auch wegen den zunehmend unterschiedlich hohen Ausprägungen der Partizipation von Frauen zwischen und innerhalb von Ländern. In ihrem Artikel nennen die Autoren zwei unterschiedliche Arten von Faktoren, um die **Repräsentation von Frauen zu erklären**: die *supply-side* Faktoren und die *demand-side* Faktoren. Die ***supply-side* Faktoren** bestehen aus dem persönlichen Charakter (wie z. B. Interesse und Ambitionen) und den Ressourcen (wie z. B. Zeit, Netzwerke, *civic skills*, Bildung und finanzielle Ressourcen). Das "Angebot" an Frauen für ein politisches Amt ist also zum einen von der geschlechterbezogenen Sozialisierung, die die Interessen, das Wissen und die Ambitionen hinsichtlich der Politik beeinflussen, und zum anderen von weiträumigen

gesellschaftlichen Strukturen, die die Chancen für Bildung und Erwerbstätigkeit verbessern oder einschränken, abhängig. Bei den **demand-side Faktoren** handelt es sich um Eigenschaften eines Landes, eines Wahlsystems oder von politischen Parteien, welche die Wahrscheinlichkeit beeinflussen, dass Frauen ein politisches Amt erhalten (Paxton et al. 2007: 266 f.).

In einem Bericht der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen (EKF) wird als eine Ursache für die geringe Teilhabe der Frau in der Politik (gemeint als Politikerin) deren hauptsächliche Zuständigkeit "für die Familie und damit für gesellschaftliche Pflichten, die sie weniger disponibel für eine politische Karriere machen", genannt (EKF 2009: 1). Des Weiteren hätten Frauen schlechtere Zugangschancen zu politischen Ämtern, da sie im Erwerbsleben oft niedrigere Positionen einnehmen als Männer und auch in wirtschaftlichen Interessenorganisationen schlecht vertreten sind. Was die politische Profilierung der Frauen anbelangt, können diese "noch kaum auf Vorbilder oder eine Tradition zurückgreifen". Als letzten Grund nennen die Autoren, dass viele Frauen ein anderes Engagement vorziehen, wie z. B. in ausserparlamentarischen Organisationen oder als ehrenamtliche Tätigkeit im sozialen oder kirchlichen Bereich.

Nicht nur die Aktivität als Politikerin ist mit Hürden verbunden, sondern bereits schon der Weg dorthin, bzw. der **Wahlkampf**. Gemäss Isabelle Darbellay (Chefin des Kantonalen Amtes für Gleichstellung und Familie, Wallis) sei der Wahlkampf "nicht selten von Machtspielen und strategischen Schachzügen geprägt". In so einem Umfeld sei es für Frauen schwieriger, ihr Wahlziel, gewählt zu werden, zu erreichen (Zengaffinen 2017).

In einer Studie über die Partizipation von Frauen in der **Gemeindepolitik** Graubündens (Hofmann-Conrad et al. 2004) identifizieren die Autorinnen folgende Aspekte, weshalb sich Frauen weniger stark an der Kommunalpolitik beteiligen als Männer: die Bereitschaft wäre vorhanden, aber die Frauen müssen angefragt werden, mangelndes Selbstvertrauen, zu wenig Zeit, zu grosser Zeitaufwand (verglichen mit dem Ergebnis) und Frauen werden kritischer begutachtet als Männer (vor allem auch von Frauen selber). Eine in der Zürcher Gemeinde Richterswil 2016 durchgeführte Studie liefert gemäss Autoren "erstmalig für die Schweiz Ergebnisse aus einer repräsentativen Befragung zur **Beteiligung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an Gemeindeversammlungen**" (Haus et al. 2016: 5). Es konnten dabei aber keine signifikanten Unterschiede in Bezug auf das Geschlecht festgestellt werden. Obwohl von den befragten Männern 65 % und von den Frauen 73 % angaben, den Gemeindeversammlungen fernzubleiben, erwies sich dieser Unterschied als statistisch nicht signifikant (ebd.: 12).

Bezüglich der Beteiligung von Frauen bei **unkonventionellen Verfahren** schreibt Kaase im "Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland" (Kaase 1993), dass das geringe Engagement von Frauen im unkonventionellen Bereich "von Anfang an kaum existierte und sogar im Abnehmen begriffen zu sein scheint" (ebd.: 431). Dies im Gegensatz zur Politik im konventionellen Bereich (z. B. Wahlen), bei der das geringe Engagement "nach wie vor besteht und sogar tendenziell zunimmt" (ebd.). Kaase ist der Meinung, dass sich Frauen "offenbar für die Sicht entschieden [haben], dass ihre Mitwirkungschancen im konventionellen Bereich nach wie vor so blockiert sind, dass sich politisches Engagement – wenn überhaupt – nur im unkonventionellen Raum lohnt" (ebd.: 432).

In einem Bericht über die politische Partizipation von Frauen in Deutschland wird ebenfalls festgehalten, dass der Zusammenhang zwischen dem Geschlecht und dem Beteiligungsgrad bei den **legalen nicht-institutionalisierten Partizipationsformen** (wie z. B. die Mitarbeit bei Bürgerinitiativen oder Unterschriftensammlungen oder die Teilnahme an genehmigten Demonstrationen) sehr schwach bis kaum vorhanden sei (Schmidt und Röser 2011: 5). Gelegentlich würde die Partizipation von Frauen bei diesen Beteiligungsformen sogar diejenige der Männer übersteigen. Hinsichtlich illegaler Formen politischer Beteiligung kann gemäss Autoren wiederum kein Unterschied mehr zwischen den Geschlechtern festgestellt werden.

Ein im deutschen Bundesland Rheinland-Pfalz durchgeführtes **informelles Beteiligungsverfahren** zum Transparenzgesetz wurde von der Bertelsmann Stiftung und der Johannes Gutenberg-Universität Mainz wissenschaftlich begleitet und evaluiert (siehe dazu Faas et al. 2016). An den fünf durchgeführten Workshops haben 285 Bürger und Vertreter verschiedener Zielgruppen teilgenommen. Dabei waren 68 % der Teilnehmer männlich (bzw. nur 32 % der Teilnehmer waren Frauen; wobei diese bei der Gesamtbevölkerung des Landes Rheinland-Pfalz 51 % ausmachen würden) (ebd.: 10, 31 f.). Diese Werte widersprechen also den vorhin erwähnten Aussagen von Kaase (1993) und Schmidt und Röser (2011). Die Forschung ist sich hinsichtlich der weiblichen Beteiligung an unkonventionellen Beteiligungsverfahren also nicht einig.

Jugendliche

"Nicht alles, was Jugendliche tun, ist politisch; aber vieles von dem, was sie tun, drückt Gemeinsinn aus und kann nur dann als nichtpolitisch gebrandmarkt werden, wenn man die Politik dem Staat und den Parteien reserviert."

(Hurrelmann et al. 2004: 50)

Dieses Zitat widerspiegelt die Ergebnisse vieler Studien, die besagen, dass sich Jugendliche zwar eher schwach an konventionellen Beteiligungsformen (wie Wahlen oder Abstimmungen) beteiligen, sich aber vermehrt in Form von unkonventionellen Beteiligungsformen politisch engagieren.

Das BFS beschäftigte sich in einem Newsletter der Reihe "Informationen aus der Demografie" (siehe BFS 2015) mit den Schweizer Jugendlichen im Alter zwischen 16 und 24 Jahren. In einem Artikel wird neben dem subjektiven Wohlbefinden der Jugendlichen und deren Vertrauen in die Institutionen und gegenüber anderen Personen auch deren **politisches Interesse** behandelt. Basierend auf den Daten der Erhebung SILC 2013⁸ können folgende Schlüsse gezogen werden: Mit einem Durchschnittswert von nur 4.2 auf einer Skala von 0 (überhaupt kein Interesse) bis 10 (vollständiges Interesse) haben die Jugendlichen das schwächste politische Interesse verglichen mit den anderen Altersgruppen (höchster Durchschnittswert mit knapp 6 haben die 64- bis 74-Jährigen). Dieser Wert werde gemäss BFS durch die Angabe zur Teilnahme an Abstimmungen unterstrichen. So sollen die jungen Erwachsenen im Durchschnitt an 5.8 von 10 Volksabstimmungen teilgenommen haben – die Gesamtbevölkerung nahm an durchschnittlich 6.8 Abstimmungen teil (ebd.: 2 ff.).

Mit dem **politischen Interesse** und den **politischen Kompetenzen** beschäftigen sich Bieri Buschor und Forrer (2003, 2005). Mit Hilfe von Daten aus der Eidgenössischen Jugend- und Rekrutenbefragung, bei der knapp 23'000 junge Erwachsene während der Rekrutenschule und etwa 1'500 weitere Jugendliche befragt worden sind (alle im Alter zwischen 18 und 22 Jahren), finden sie heraus, dass sich die befragten Jugendlichen mässig für die Politik interessieren, diese eher schlecht informiert sind und über einen bescheidenen Wissensstand verfügen. Die These, dass sich die heutige Jugend weniger für Politik interessiert als frühere Generationen, können sie aber nicht bestätigen (Bieri Buschor und Forrer 2003: 48). Obwohl aufgrund der Ergebnisse zu vermuten wäre, dass "junge Erwachsene dem politischen Bereich zwar distanziert, aber nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen" (ebd.: 49), seien diese aber keineswegs a-politisch. Politische Themen "im Nahbereich", wie z. B. die Arbeitslosigkeit, würden diese durchaus beschäftigen; sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftlicher Ebene. Hinsichtlich der Kompetenzen bestehen je nach Ausbildungsart, Geschlecht und Sprachregion Unterschiede. So

⁸ SILC steht für *Statistics on Income and Living Conditions* und ist eine seit 2007 durchgeführte Erhebung des BFS. Sie misst anhand europäisch vergleichbarer Indikatoren die sozialen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen bei rund 7'000 Schweizer Haushalten (BFS 2015: 2; für weitere Informationen siehe: www.silc.bfs.admin.ch).

sind junge Männer stärker politisch interessiert und kennen die politischen Strukturen der Schweiz besser als junge Frauen. Zudem zeichnet sich jemand, der über eine länger dauernde Ausbildung verfügt, durch höhere politische Kompetenzen aus. Die Deutschschweizer Jugendlichen verfügen ausserdem "über eine solidere Wissensbasis im politischen Bereich als die Gleichaltrigen der beiden anderen Landesteile" (Bieri Buschor und Forrer 2005: 277 f.).

Eine ähnliche Studie (CH@YOUPART) wurde von Rothenbühler et al. (2012) im Auftrag vom Staatssekretariat für Bildung und Forschung durchgeführt. Ziel der Studie ist es, mehr über das **politische Engagement junger Erwachsener** in der Schweiz zu erfahren. Es ist dabei von Interesse, welche Formen des politischen Engagements diese jungen Erwachsenen nutzen und wie ihre politische Partizipation erklärt werden kann. Dafür wurden 1'360 junge Schweizer und Schweizerinnen im Alter von 18 bis 25 Jahren in Form eines Online-Fragebogens befragt. Des Weiteren wird ein internationaler Vergleich des politischen Engagements von jungen Schweizern mit dem der Jugend anderer europäischen Ländern gemacht (ebd.: 9). Hinsichtlich des politischen Interesses kommen die Autoren zum Schluss, dass das politische Wissen einen positiven Einfluss auf das politische Interesse hat. 12 % der Befragten haben angegeben, dass die politische Bildung gefördert werden sollte, damit sich junge Schweizer Erwachsene mehr politisch engagieren würden; denn oft empfinden junge Personen die Abstimmungsvorlagen als "zu kompliziert formuliert" (ebd.: 37). Auf die politische Partizipation üben mehrere Variablen einen direkten Einfluss aus. Sowohl ein höheres Alter als auch der persönliche Kontakt zu Politikern führen zu einer besseren Partizipation. Weiter haben die aktive Mitgliedschaft in Nichtregierungsorganisationen, die Wahrnehmung, dass institutionelle und nicht-institutionelle Partizipationsformen effizient sind, das politische Engagement des sozialen Umfelds, das Vertrauen gegenüber dem politischen System der Schweiz und das Bildungsniveau einen Einfluss auf die politische Partizipation junger Erwachsener in der Schweiz (ebd.: 39). Verglichen mit Jugendlichen anderer europäischer Länder zeigt sich ein deutlicher Unterschied bei der Wahlbeteiligung. Bei den Schweizer Jugendlichen ist die Beteiligung an Wahlen, verglichen mit anderen Partizipationsformen, weniger wichtig. Bei den europäischen Befragten macht die Teilnahme an Wahlen fast einen Viertel der politischen Partizipation aus, wohingegen dieser Wert bei den jungen Schweizern lediglich 13 % beträgt (ebd.: 42). Die Autoren nehmen daher an, dass "junge Erwachsene in der Schweiz den Partizipationsformen gegenüber, die ein grösseres Engagement verlangen, positiver eingestellt sind" (ebd.: 44). Sie vermuten, dass junge Menschen möglicherweise eher bereit sind, einen grösseren Einsatz zu leisten (z. B. durch ein zeitlich anspruchsvolles Engagement oder durch die eingehende Beschäftigung mit politischen Themen), wenn sie merken, dass sie durch ihr eigenes politische Engagement etwas bewirken können.

Im Anschluss an die Studie werden Lösungsvorschläge zur besseren politischen Beteiligung junger Erwachsener in der Schweiz aufgeführt. Als erster Lösungsvorschlag sollte das **Potenzial der nicht-institutionellen Formen** politischer Beteiligung erkannt und mehr genutzt werden. Gemäss Autoren führen nicht-institutionelle Partizipationsformen zu einer breiteren politischen Beteiligung, weil damit viele junge Menschen eine politische Stimme erhalten. "Sie ermöglichen es jungen Menschen, grösseren Einfluss auf das politische Geschehen zu nehmen und scheinen daher ein geeignetes Instrument zu sein, um junge Erwachsene stärker in den politischen Entscheidungsprozess einzubinden" (Rothenbühler et al. 2012: 48). Ein weiterer Lösungsvorschlag

ist die **Förderung des politischen Interesses**, welches vor allem von der **politischen Bildung** abhängt. Als konkrete Möglichkeit zur Erhöhung des politischen Wissens schlagen sie vor, dass alle jungen Erwachsenen eine Einführung in die Online-Plattformen *Easyvote*⁹ erhalten sollten. Generell sollten bildungsferne Menschen stärker angesprochen werden, da vor allem das Bildungsniveau einen starken Einfluss auf die politische Partizipation habe. So spiele "die Förderung der politischen Bildung junger Erwachsener [...] auch in dieser Hinsicht eine zentrale Rolle" (Rothenbühler et al. 2012: 48). Als dritte Lösungsmöglichkeit nennen die Autoren die Einführung von **Online-Abstimmungen und Online-Wahlen**, da Studien zeigen, dass junge Erwachsene häufiger übers Internet abstimmen würden als ältere Personen. Auch bei den befragten jungen Schweizern aus der CH@YOUPART-Studie kommt dies gut an (ebd.: 48 f.).

In einer Planungsstudie des *gfs.bern*¹⁰ über das **politische Interesse und die Jugendpartizipation**, bei der etwa 1'300 Schüler im Alter zwischen 15 und 21 Jahren aus zehn Kantonen befragt wurden, kommen die Autoren unter anderem zum Schluss, dass die Schweizer Jugendlichen nur mässig an politischen Inhalten interessiert sind – verglichen mit den älteren Stimmberechtigten (Golder et al. 2014: 3). Als häufigster Grund für das Fernbleiben von der Urne wird "eine materielle Überforderung" genannt. Dies sei für Jugendliche, die gerade erst das Stimm- und Wahlrecht erhalten haben nicht verwunderlich. 68 % sind mit der Aussage einverstanden, "dass die (meisten) Kandidierenden unbekannt sind" und 51 % kritisieren, "dass die Sprache der Politik kompliziert sei" (ebd.: 6). Frauen würden sich übrigens häufiger über die materielle Überforderung durch das Wahlverfahren und das Wahlsystem beklagen als Männer. Zusammenfassend nennen die Autoren als "hauptsächliche[n] Grund für eine Nicht-Teilnahme fehlendes politisches Interesse [...], das sich in einer geringen Kompetenzselbstzuschreibung und einer geringen Motivation, sich mit politischen Angelegenheiten zu beschäftigen, auswirkt" (ebd.: 7). Obwohl die Überforderung auch ein Problem sei, denken die Autoren, dass dies meistens eine Folge von Desinteresse sei und daher auch durch die Vereinfachung der Beteiligungsprozesse nicht behoben werden könne.

Die Hochschule für Technik und Wirtschaft Chur untersucht mit ihrem Projekt *Scoop it 2.0*¹¹ ebenfalls die **Partizipation von Jugendlichen**. Die beiden bisher erschienenen Studien "Studie zur Mediennutzung und zur politischen Partizipation von Jugendlichen in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein" (Ovcina Cajacob et al. 2014) und "Studie zum politischen Interesse von Jugendlichen mit Empfehlungen für die Praxis" (Künzler und Herzig Gainsford 2015) führten einerseits eine quantitative Befragung von abstimmungs- und nicht-abstimmungsberechtigten Jugendlichen (über 18-jährig und unter 18-jährig) und andererseits Gruppendiskussionen mit Jugendlichen durch. Das Resultat der quantitativen Befragung, dass mehr als 80 % der über 18-jährigen jungen Erwachsenen schon einmal abstimmen waren (Ovcina Cajacob et al. 2014: 72), bestätigt sich auch in den Gruppendiskussionen, bei denen "ein Grossteil der Diskutanten bestätigte, selbst schon einmal gestimmt zu haben" (Künzler und Herzig Gainsford 2015: 15). Die

⁹ Siehe dazu: <https://www.easyvote.ch/>

¹⁰ Das *gfs.bern* ist ein Forschungsinstitut, welches sich vor allem mit Politik und Kommunikation in der Schweiz beschäftigt (siehe dazu: <http://www.gfsbern.ch/>).

¹¹ *Scoop it 2.0* ist ein interdisziplinäres Projekt zur Förderung der politischen Partizipation bei Jugendlichen (siehe dazu: [http://www.htwchur.ch/multimedia-production/forschung-und-dienstleistung/scoop-it-20.html?sword_list\[\]=scoop&sword_list\[\]=it&no_cache=1](http://www.htwchur.ch/multimedia-production/forschung-und-dienstleistung/scoop-it-20.html?sword_list[]=scoop&sword_list[]=it&no_cache=1)).

Mehrheit der in dieser Studie befragten Jugendlichen findet die Beteiligung an Abstimmungen "nicht nur wichtig, sondern ist sich auch der damit verbundenen Verantwortung als Staatsbürger bewusst" (Künzler und Herzig Gainsford 2015: 15). Zudem würden sich die Jugendlichen weitere Mitbestimmungsmöglichkeiten neben dem Abstimmen wünschen – solche, "die nicht den engen Kern der politischen Institutionen betreffen" (ebd.). Vor allem dort, wo das eigene Leben direkt betroffen sei, wird mehr Mitbestimmung gewünscht. Gemäss Autoren macht die Studie deutlich, "dass das Recht, abstimmen und wählen zu gehen, das Interesse der Jugendlichen an Politik zu steigern vermag" (ebd.: 26). Wenn Jugendliche im Besitz dieser Rechte sind, würden sich diese stärker für Politik interessieren und sich entsprechend mehr darüber informieren. Ein weiterer wichtiger Einfluss übe zudem das soziale Umfeld der Jugendlichen aus. Wenn die Eltern oder Bekannte von Jugendlichen politisch interessiert sind und mit den Jugendlichen über politische Themen diskutieren, so würden sich diese stärker dafür interessieren.

Gemäss Maiello (2003: 153) deckt die *IEA Civic Education Study*¹² "Mängel in allen untersuchten Bereichen der **politischen Partizipation** auf". Die etwa 3'100 befragten 14- und 15-Jährigen aus der Schweiz haben wenig Partizipationserfahrung, ein niedriges Interesse für Politik und "lassen als Erwachsene eine niedrigere politische Partizipation erwarten" (ebd.). Dies sei für die Schweiz, welche eine lange und international anerkannte demokratische Tradition habe, bedenklich. Daher ruft die Autorin zu einer dringenden Reform der politischen Bildung auf.

Im PIDOP-Projekt (siehe dazu Fussnote 3 auf S. 2) wurde festgestellt, dass junge Erwachsene aus den untersuchten europäischen Ländern, abgesehen von Wahlen, eher niedrige Werte bei der **politischen und gesellschaftlichen Partizipation** aufzeigen. Nichtsdestotrotz würden diese aber keinen Mangel an politischem Interesse oder Aufmerksamkeit hinsichtlich politischer Themen aufweisen. Zudem wurde herausgefunden, dass Jugendliche, die in dem Land geboren sind, in dem sie zum Zeitpunkt der Umfrage lebten, einen höheren Wert bezüglich der politischen und gesellschaftlichen Partizipation aufzeigen als solche, die nicht in dem Land geboren sind, in dem sie bei der Umfrage lebten. Des Weiteren zeigen Männer mehr politisches Interesse und Aufmerksamkeit als Frauen. Männer engagieren sich eher in *acts of civil disobedience* (Handlungen mit zivilem Ungehorsam) als Frauen; welche sich hingegen eher in *economic* (ökonomischen, volkswirtschaftlichen) Beteiligungsformen engagieren (PIDOP 2012a: 3). Diejenigen mit einer höheren Bildung und mehr *cultural capital* (kulturelles Kapital wie z. B. Anzahl Bücher im Elternhaus zu Kindheitszeiten) zeigen ausserdem ebenfalls eine grössere politische Beteiligung.

Im bereits erwähnten Artikel von Bühlmann und Freitag (2006), der die **individuelle Wahlbeteiligung** anhand einer Nachbefragung bei den eidgenössischen Wahlen 2003 untersucht, wurde neben dem Geschlecht auch das Alter analysiert. In Hinblick auf *life-cycle effects* (Auswirkungen des Lebenszyklus) schreiben die Autoren, dass sich junge Personen bei Wahlen eher enthalten als ältere Personen (Kleinhenz 1995; zit. in Bühlmann und Freitag 2006: 18). Sie finden heraus, dass die Wahrscheinlichkeit, wählen zu gehen, mit zunehmendem Alter zunimmt, wodurch ihre Hypothese "The older an individual is, the higher is his/her propensity to vote" gestützt wird

¹² Die *Civic Education Study* der IEA (*International Association for the Evaluation of Educational Achievement*) wurde 1999 durchgeführt. Es wurden insgesamt etwa 90'000 14-Jährige aus 28 Ländern, 50'000 16- bis 18-Jährige aus 16 Ländern, 9'000 Lehrer und etwa 6'000 Schulleiter befragt (siehe dazu Schulz und Sibberns (2004) oder z. B. <http://www.icpsr.umich.edu/icpsrweb/civicleads/series/00202>).

(Bühlmann und Freitag 2006: 27, 35). Dies sagt auch Ruedin (2011: 4) in seinem Artikel "The Role of Social Capital in the Political Participation of Immigrants", in dem er schreibt, dass nicht alle gesellschaftlichen Gruppen im gleichen Ausmass am politischen Leben teilnehmen. Neben Personen mit einem höheren Bildungsniveau seien es auch ältere Bürger, die öfter und zu einem grösseren Ausmass partizipieren als jüngere Bürger.

Weber et al. (2016: 80) schreiben im *Young Adult Survey Switzerland* ebenfalls, dass "die **politische Partizipation** in der Schweiz [...] vom Alter ab[hängt]". Trotzdem sei ein "wiederverstärktes Interesse" für Politik bei den jungen Erwachsenen in der Schweiz zu beobachten; knapp die Hälfte ist interessiert. Als Hauptinformationskanäle werden das Internet und die Presse benutzt. Etwa ein Drittel der jungen Erwachsenen sollen laut Autoren ehrenamtlich aktiv sein. Es muss jedoch beachtet werden, dass die beiden Variablen 'ehrenamtliches Engagement' und 'politische Partizipation' nur schwach miteinander korrelieren.

In seiner Studie über die "**Politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz**" schreibt Wittwer (2015), dass sich bei der Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen (als klassischste Form politischer Partizipation) Personen unter 30 Jahren deutlich weniger beteiligen als ältere Personen. Da das Alter der Personen, die wählen und abstimmen gehen, in den meisten Schweizer Gemeinden nicht registriert wird, sei die Datenlage zur Untersuchung des Stimm- und Wahlverhaltens von Jugendlichen nicht ideal. Ausnahmen bilden die Stadt Zürich, die Stadt St. Gallen oder der Kanton Genf (siehe dazu z. B. Sciarini et al. 2016). In seiner Studie nennt Wittwer nur die Zahlen der Stadt Zürich, wo die Wahlbeteiligung bei 18- bis 26-Jährigen um 20 bis 40 % geringer ist als bei den älteren Altersgruppen (Wittwer 2015: 26 f.). Gemäss einer Auswertung der Stimmregisterdaten aus der Stadt St. Gallen beteiligen sich die jungen Erwachsenen in der Schweiz nicht nur weniger stark, sondern auch weniger häufig an Wahlen und Abstimmungen als ihre älteren Mitbürger (Dermont 2014; zit. in Wittwer 2015: 27)¹³. Als Ursache für die niedrige politische Partizipation junger Erwachsener nennt Wittwer zwei Gründe. Erstens sind Jugendliche "einfach weniger an Politik interessiert und beteiligen deshalb nur so schwach" (Wittwer 2015: 27). Die Unterschiede zwischen Jung und Alt seien bezüglich des politischen Interesses aber nicht so gross wie bei Abstimmungen und Wahlen. Daher kommt er zur zweiten Ursache für die schwache politische Partizipation der jungen Bevölkerung: "Junge Erwachsene bevorzugen andere, informellere Formen und Mittel zur politischen Partizipation als die institutionalisierten Wahlen und Abstimmungen" (ebd.: 28). Ein weiterer wichtiger Grund für die geringe Stimmbeteiligung der Jugendlichen sei, dass sowohl der Wahl- und Abstimmungsprozess als auch die Wahl- und Abstimmungsunterlagen "nicht jugendgerecht sind" (ebd.).

Die Autoren der bereits erwähnten Studie über die **Teilnahme an Gemeindeversammlungen** in der Zürcher Gemeinde Richterswil kommen zum Schluss, dass die Teilnehmer der Gemeindeversammlungen älter sind als die Nicht-Teilnehmer: "Es zeigt sich, dass Personen, welche mindestens einmal pro Jahr an einer Gemeindeversammlungen [sic!] in Richterswil teilnehmen [...] durchschnittlich 55 Jahre alt sind, gegenüber einem Alter von 47 Jahren bei den restlichen Befragten" (Haus et al. 2016: 11).

¹³ Eine weitere Studie mit den Stimmregisterdaten der Stadt St. Gallen hat Serdült durchgeführt. In seinem Beitrag "Partizipation als Norm und Artefakt in der schweizerischen Abstimmungsdemokratie" (Serdült 2013) hat er das Alter aber nicht explizit untersucht.

Hinsichtlich der Beteiligung von Jugendlichen an **unkonventionellen Verfahren** gibt es gemäss Kaase (1993: 431) ein "international durchgängiger Forschungsbefund". So sei "Jugendlichkeit besonders bedeutsam für positive Einstellungen gegenüber legalen wie illegalen Formen der direkten Partizipation [...]" (ebd.). Das Gewicht dieses Faktors ist bei der tatsächlichen Partizipation hingegen wesentlich reduziert, jedoch verschwindet es keinesfalls völlig.

Lokale oder regionale **Bürgerbeteiligungsformate** werden in **Deutschland** bereits häufig angewendet. Gemäss einer Studie des Arbeitskreises Bürgerbeteiligung in Darmstadt, welche mit Fragebögen für die Teilnehmenden von vier Beteiligungsveranstaltungen die städtischen Bürgerbeteiligungsprozesse in Darmstadt evaluiert, seien sowohl Jüngere (unter 45 Jahren) als auch Personen mit MH (Deutsche mit MH und Ausländische Bevölkerung) bei den Beteiligungsprozessen "nicht erreicht", bzw. als "nicht erreichte Bevölkerungsgruppen" definiert worden (Arbeitskreis Bürgerbeteiligung 2016: 15, 18, 32). Aus Sicht der Verwaltung und Politik von Darmstadt fehlen in den Bürgerbeteiligungsprozessen "junge Menschen generell [...] [und] Menschen mit Migrationshintergrund" (ebd.: 42). Bei der bereits im Abschnitt zur Beteiligung von Frauen vorgestellten Studie zur Beteiligung zum Transparenzgesetz in Rheinland-Pfalz wurde neben dem Geschlecht auch das Alter der Teilnehmenden erfasst. Etwas mehr als die Hälfte der Beteiligten (54 %) waren zwischen 35 und 64 Jahre alt. Bei einem Anteil von 43 % in der Gesamtbevölkerung war diese Altersgruppe also stark überrepräsentiert. Unter 35-Jährige haben nur zu 27 % teilgenommen, was bei einem Anteil von 36 % in der Gesamtbevölkerung unterdurchschnittlich ist (Faas et al. 2016: 32).

In einem Buchkapitel, in dem van der Heiden und Krummenacher (2011) das neue Phänomen von *deliberative planning* im traditionellen (direktdemokratischen) politischen Entscheidungsfindungsprozess einzuordnen versuchen und Gründe für dessen Aufkommen ermitteln wollen, untersuchen sie 48 *public forums*, die in Schweizer Gemeinden in einem Zeitraum von 10 Jahren stattgefunden haben. In einem etwas ausführlicheren Beispiel eines solchen deliberative Planungsprozesses in der Gemeinde Horw, bei dem eine *Future Search Conference* im Januar 2006 und eine Fortsetzung davon im April desselben Jahres stattgefunden hat, wird festgehalten, dass junge Personen klar untervertreten waren (van der Heiden und Krummenacher 2011: 233). Die qualitativen Interviews, die die Autoren in ihrer Analyse durchgeführt haben, bestätigen die niedrigen Teilnehmerzahlen von Jugendlichen, wie sie in Horw beobachtet worden sind. Zur Erklärung davon beziehen sie sich auf Cook et al. (2007), die sagen, dass junge Erwachsene eher das Internet benutzen, anstatt an solche *public forums for political communication* zu gehen. In ihren Umfragen hätten Cook et al. (2007: 42) Gebiete ausfindig machen können, in denen Jugendliche stärker politisch partizipierten als ältere Personen. 18- bis 29-Jährige engagieren sich in Form von Diskussionen über politische Themen im Internet. Diese von den Autoren *political talk* genannte Form könnte ein weitgehend unbekannter Weg der Jugendlichen sein, wie sie ihrer Stimme in den sozialen Medien Gehör verschaffen wollen – und nicht in den *halls of government* (ebd.: 42 f.).

Personen mit Migrationshintergrund

"The factors that explain electoral participation of foreign nationals reflect those that explain electoral participation of Swiss nationals."

(Ruedin 2016: 16)

Wie das Zitat aussagt, spielen bei der Entscheidung, ob sich eine Person mit Migrationshintergrund (MH) bei Wahlen beteiligt, dieselben Faktoren eine Rolle, wie bei Personen ohne MH. Da Personen mit MH bei den Faktoren, die die Teilnahme am politischen Leben bestärken würden, meistens niedrigere Werte haben (z. B. bei Alter, Bildung, politisches Wissen oder Kontakt mit der Landesbevölkerung), ist deren politische Partizipation im Allgemeinen geringer (Ruedin 2016: 17). Die drei in der Einleitung genannten Gründe, weshalb jemand nicht an Wahlen und Abstimmungen teilnimmt, treffen gemäss Ruedin (2016: 2) ebenfalls auf ausländische Staatsangehörige (oder allgemein Personen mit MH) zu: entweder sie besitzen kein Bürgerrecht (*I.*), und wenn sie das Bürgerrecht besitzen, bleiben sie trotzdem oft von der Urne fern, weil sie entweder nicht interessiert sind (*II.*) oder nicht mobilisiert werden (*III.*).

Wie Ruedin (2009: 335) festhält – und sich auch bei der eigenen Suche nach Forschungsliteratur gezeigt hat – gibt es viele Forschungsbeiträge über die politische Repräsentation von Frauen, jedoch erstaunlich wenig bezüglich ethnischer Minderheiten. Obwohl Gerechtigkeitstheorien beides hervorheben würden – sowohl die Untervertretung ethnischer Minderheiten als auch die Untervertretung von Frauen – sei die politische Repräsentation von ethnischen Gruppen (in Parlamenten/Legislativen) weit weniger oft untersucht worden (Ruedin 2013: 61). Daher können im Rahmen dieses Teilprojektes auch weniger Forschungsbeiträge hinsichtlich der politischen Partizipation von Personen mit MH aufgezeigt werden.

Migranten sind in westlichen Ländern eine der Bevölkerungsgruppen, bei denen fortlaufend festgestellt werden kann, dass diese weniger **politisch partizipieren** als die *mainstream population* ("allgemeine" Bevölkerung) (Ruedin 2011: 6). Die Wahrscheinlichkeit, dass Migranten wählen gehen, sich als Kandidaten für ein politisches Amt melden, Mitglied einer politischen Partei/Organisation werden oder aktiv am politischen Leben teilnehmen ist kleiner als bei Personen ohne MH. Dies sei gemäss Ruedin insbesondere bei Migranten erster Generation (solche, die in das Zielland migriert sind) zu beobachten. Die zweite Generation partizipiert ebenfalls weniger stark als der Rest der Bevölkerung, jedoch sind die Unterschiede dort weniger gross (ebd.: 8). Die verringerte Stimmbeteiligung ausländischer Bürger wird oft als **participation gap** oder *participatory gap* bezeichnet (Armingeon und Schädel 2014; Ruedin 2016: 2). Für das Vorhandensein dieses *participation gap* liefert die Forschung verschiedene mögliche Erklärungen. Ein verbreiteter Ansatz sieht die soziale Herkunft (*social origin*) als Ursache. Bei Migranten handelt es sich oft um junge Personen mit einem niedrigeren Bildungs- und Einkommensniveau als der Rest der Bevölkerung. Diese Faktoren gehen bereits mit einer geringeren Partizipationsrate einher. Weitere Ursachen sind die soziale Integration und die Sozialisierung. Es wird ange-

nommen, dass Migranten, die im Zielland leben und *full members of society* ("vollwertige" Mitglieder der Gesellschaft) sind, sich auch vermehrt für politische Fragen interessieren, eher davon betroffen sind und sich daher für die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen entscheiden. Die Sozialisierungs-These fokussiert sich auf die Tatsache, dass Personen, deren Eltern bereits an Wahlen und Abstimmungen teilnahmen, eher wählen und abstimmen gehen – "they have been habituated into voting" (Ruedin 2016: 2) –, als Personen, die diese Sozialisierung mit der Politik nicht miterlebt haben.

Eggert und Giugni (2010: 198) untersuchen in ihrem Artikel die Determinanten der politischen Integration von Migranten auf der lokalen Ebene. Mit Hilfe einer Volksbefragung in der Stadt Zürich fokussieren sie sich auf die zwei Dimensionen der Integration 'politisches Interesse' und 'politische Partizipation'. Basierend auf dem Argument, dass ein verbindendes Engagement (*involvement*) die politische Integration anspricht, schauen sie im Spezifischen den **Einfluss von einer Mitgliedschaft in einer Freiwilligenorganisation auf den Grad an politischem Interesse und politischer Partizipation** an. Es geht dabei um italienische, kosovarische und türkische Migranten in der Stadt Zürich. Die politische Partizipation beinhaltet verschiedene Aktivitäten wie z. B. das Kontaktieren eines Politikers, das Arbeiten für eine politische Partei oder die Teilnahme an einer Demonstration. Um den Vergleich zwischen Schweizern und Ausländern zu ermöglichen, werden nur Aktivitäten miteinbezogen, die sowohl für Schweizer als auch für nicht-Schweizer möglich sind (also ohne Wahl- und Abstimmungsteilnahme oder Unterschreiben einer Initiative / eines Referendums). Es wird zwischen drei Typen von organisatorischer Zugehörigkeit unterschieden: ethnische, *cross*-ethnische und gewerkschaftliche Mitgliedschaften. Diese drei Typen sollen zu unterschiedlichen Formen von Sozialkapital führen. Während die Mitgliedschaft in ethnischen Organisationen zu *bonding social capital* führt (innerhalb von Gruppen), führt eine Mitgliedschaft in *cross*-ethnischen Organisationen zu *bridging social capital* (über Gruppen hinweg). Für alle drei ethnischen Gruppen haben sie herausgefunden, dass deren Mitgliedschaft in einer Organisation einen positiven Effekt auf deren Grad an politischer Partizipation hat. Dies gilt sowohl für ethnische als auch *cross*-ethnische Mitgliedschaften, wobei Ersteres einen stärkeren Effekt hat. Gewerkschaftliche Mitgliedschaft hingegen führt nicht zu einem Anstieg der politischen Partizipation der Migranten (ebd.: 198 f.).

Gemäss der bereits erwähnten CH@YOUPART-Studie scheinen Ausländer, die auf kantonaler oder kommunaler Ebene das Stimm- und Wahlrecht haben, ihr Stimm- und Wahlrecht in geringerem Ausmass wahrzunehmen als die restliche Schweizer Bevölkerung. So würden Studien zeigen, dass die **Stimmbeteiligung von Ausländern** "deutlich tiefer ist als diejenige der Schweizer" (Rothenbühler et al. 2012: 45). In den umliegenden Ländern der Schweiz (mit dem Wahlrecht für die ausländische Wohnbevölkerung) sei aber auch eine geringere Beteiligung von Ausländern zu beobachten. Auch in der Europäischen Union, "die allen Unionsbürgern das Wahlrecht auf kommunaler Ebene an ihrem jeweiligen Wohnort und für die Wahlen des Europäischen Parlaments gewährt", wird eine geringere Beteiligung jener Wähler festgestellt, "die ursprünglich aus einem anderen Mitgliedstaat gekommen sind" (ebd.). Als Erklärung für die niedrige Stimm- und Wahlbeteiligung von Ausländern in der Schweiz wird deren sozioökonomische Situation genannt: Sie sind im Durchschnitt jünger, verfügen über eine schlechtere Bildung und haben ein geringeres Einkommen. Des Weiteren engagieren sich Ausländer weniger in Organisationen und Vereinen und haben ein geringeres politisches Interesse. Bei den Ausländern sind also dieselben

Gruppen überproportional vertreten, die auch bei den Schweizern eine tiefe Stimmbeteiligung aufweisen (Rothenbühler et al. 2012: 45 f.) – was bereits in der Einleitung dieses Unterkapitels erwähnt wurde. Hinsichtlich der Doppelbürgerschaft (Besitz eines weiteren Passes neben dem Schweizer Pass) unterscheiden sich die jungen Doppelbürger nicht von den anderen Befragten in der CH@YOUPART-Studie. Auch das politische Interesse unterscheidet sich nicht signifikant zwischen diesen zwei Gruppen (ebd.: 46). Bei den stimmberechtigten Jugendlichen mit ausländischen Eltern lasse sich laut *Young Adult Survey Switzerland* hingegen beobachten, dass diese an nationalen Abstimmungen und Wahlen eher unterdurchschnittlich teilnehmen (Weber et al. 2016: 80). In Bezug auf das Engagement von Ausländern in einer Partei verweisen Rothenbühler et al. (2012) auf eine Studie über den Kanton Aargau. Diese habe aufgezeigt, "dass in der Hälfte aller Lokalparteien Ausländerinnen und Ausländer zumindest als Sympathisanten auftreten" (Rothenbühler et al. 2012: 46). Ein Viertel aller Lokalparteien würden jedoch den ausländischen Personen die Mitgliedschaft verweigern. In den Daten, die für die CH@YOUPART-Studie erhoben worden sind, können dementsprechend auch keine signifikanten Unterschiede hinsichtlich der Parteimitgliedschaft zwischen den befragten Doppelbürgern und denjenigen mit nur dem Schweizer Pass festgestellt werden (ebd.).

In einem Interview, welches die Zeitschrift *Terra Cognita* mit Pascale Steiner (Sekretariat der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen (EKM)) geführt hat, sagt Steiner ebenfalls, dass Forscher mit den wenig verfügbaren Daten aufzeigen konnten, "dass der **Anteil ausländischer Wähler** [bei Abstimmungen und Wahlen in der Schweiz] jeweils deutlich kleiner war als jener der schweizerischen" (*Terra Cognita* 2010: 34). Sie fügt jedoch hinzu, dass in der Schweiz zur Frage über die Häufigkeit der Urnengänge von Ausländern wenig geforscht wurde. Diese niedrige Stimmbeteiligung könne zum Teil durch Studien über die Eingebürgerten erklärt werden. Neben dem häufig geringen Einkommen, dem schwachen Interesse für Politik und dem kaum vorhandenen Engagement in Vereinen oder Organisationen hätten Eingebürgerte aber "ein starkes Vertrauen in die Regierung, sie glauben an ihren politischen Einfluss und verfügen über ein vergleichbares Bildungskapital" (ebd.). Gemäss Steiner lasse sich die Stimmbeteiligung der Eingebürgerten aber nicht nur mit sozio-strukturellen Faktoren erklären. So habe die tiefe Stimmbeteiligung, neben der Aufenthaltsdauer oder der Sprachbeherrschung, wohl auch damit zu tun, dass "Zugewanderte während Jahren von politischen Mitentscheidungsprozessen ausgeschlossen waren" und diese nach der Einbürgerung "plötzlich mit den Instrumenten der direkten Demokratie vertraut sein [sollten]" (ebd.: 34 f.) – was wohl nicht immer einfach ist.

Hinsichtlich der politischen Vertretung von Personen mit MH in Gremien schreibt Ruedin (2009: 336), dass es vor allem Forschung zu *ethnic group representation* (Repräsentation von ethnischen Gruppen) gibt und es sich dabei meistens um Einzelfallstudien (nur ein Land oder nur eine ethnische Minderheit) handelt. Zudem liegt der Fokus bei diesen Einzelfallstudien oft auf der lokalen Ebene. Ruedin hat sodann zum ersten Mal die *levels of ethnic group representation* in einer länderübergreifenden Perspektive untersucht. Er findet heraus, dass kulturelle *attitudes* (Meinungen, Einstellungen, Haltungen), gemessen mit der (positiven) Einstellung gegenüber marginalisierten Gruppen in der Gesellschaft, der entscheidende Faktor hinsichtlich der ethnischen Repräsentation in nationalen Parlamenten zu sein scheinen (Ruedin 2009: 349). Dies bedeutet, dass wahltechnische Bestimmungen, welche zur besseren Repräsentation von ethnischen Minderheiten führen sollen, nur dann erfolgreich sind, wenn gleichzeitig ein Wechsel der *attitu-*

des – hin zu einer positiveren Einstellung gegenüber ethnischen Minderheiten – in der Bevölkerung stattfindet (Ruedin 2009: 349). Gemäss Ruedin würde ein höherer Repräsentationsgrad von ethnischen Gruppen zudem zu einer besseren Integration dieser führen. Dort, wo die Repräsentation von ethnischen Gruppen besser ist, fühlen sich die Angehörigen einer ethnischen Minderheit weniger vom politischen System entfremdet (Pantoja und Segura 2003; zit. in Ruedin 2009: 335). Zudem würden viele Angehörige ethnischer Minderheiten glauben, dass ihre Interessen nur durch ein Mitglied der eigenen Gruppe angemessen vertreten werden können (Ruedin 2009: 335). Trotzdem seien die Bemühungen, ethnische Minderheiten vermehrt in den Parlamenten zu repräsentieren, schwach. Dies zeige auf, dass die Wahrnehmung dieser Untervertretung gering ist und der politische Einbezug von Minderheiten nicht als dringliche Angelegenheit betrachtet wird (ebd.: 348).

Hinsichtlich der Beteiligung von Personen mit MH an **unkonventionellen Beteiligungsverfahren** sind zwei Aussagen gefunden worden. Im bereits beim Abschnitt über die Beteiligung von Jugendlichen erwähnten Buchkapitel von van der Heiden und Krummenacher (2011), in dem sie dem Phänomen von *deliberative planning* auf den Grund gehen und als Beispiel ein solcher Prozess in der Gemeinde Horw genauer ausführen, werden auch Aussagen über die Beteiligung von Personen mit MH an diesem Prozess in Horw gemacht. So wird festgehalten, dass die Diskussionen in Deutschschweizer Dialekt gehalten worden sind, was die ausländische Bevölkerung zu einem gewissen Masse von der Debatte ausgeschlossen habe, obwohl einige Personen mit MH trotzdem teilnahmen (van der Heiden und Krummenacher 2011: 228 ff.). Folglich könnte die Sprache tatsächlich ein Problem darstellen, weshalb Personen mit MH nicht an solchen unkonventionellen Beteiligungsverfahren teilnehmen. Wie bereits im Abschnitt über die Jugendlichen erwähnt, ist in der Studie über die Bürgerbeteiligung in Darmstadt festgestellt worden, dass neben den Jugendlichen auch Personen mit MH (Deutsche mit MH und Ausländische Bevölkerung) bei den Beteiligungsprozessen "nicht erreicht" worden sind (Arbeitskreis Bürgerbeteiligung 2016: 15 f.). Es scheint also, dass Personen mit MH bei unkonventionellen und lokalen Beteiligungsverfahren kaum teilnehmen – oder wenn sie teilnehmen, sich aufgrund der Sprache nicht richtig beteiligen können.

2. Eigene Auswertungen zur Partizipation von Frauen, Jugendlichen und Personen mit MH in der Schweiz

In diesem Kapitel werden eigene Auswertungen zur Partizipation der drei Bevölkerungsgruppen aufgezeigt. Einerseits werden bereits bestehende empirische Daten (Sekundärdaten) aufgearbeitet. Andererseits wurden eigene Daten in Form von Befragungen erhoben (Primärdaten). Das methodische Vorgehen der Datenerhebung und -auswertung wird im nächsten Kapitel kurz aufgezeigt. Danach folgen die Auswertungen aus den Sekundärdaten für die Schweiz allgemein (Kapitel 1.1.). Darauf folgend wird spezifisch auf die regionale Partizipation im Sachplanverfahren eingegangen und mithilfe von eigenen Daten die Beteiligung der drei Bevölkerungsgruppen beim regionalen Partizipationsverfahren behandelt (Kapitel 2.3.). Zum einen wird die tatsächliche Situation in den drei Standortregionen Jura Ost (JO), Nördlich Lägern (NL) und Zürich Nordost (ZNO) aufgezeigt und zum anderen Zusammenfassungen der Gespräche wiedergegeben, welche mit unterschiedlichen Personen geführt worden sind, die sich mit der Beteiligung einer dieser Bevölkerungsgruppe beschäftigen oder selber zu einer davon gehören.

2.1. Methodisches Vorgehen der Datenerhebung und -auswertung

Für die eigenen Auswertungen der politischen Beteiligung dieser drei Bevölkerungsgruppen in der Schweiz allgemein wird auf verschiedene Sekundärdaten zurückgegriffen. Für die Wahlbeteiligung von Frauen und Jugendlichen werden Daten der Schweizer Wahlstudie *Selects*¹⁴ verwendet. Für die Darstellung der weiblichen Vertretung im nationalen und den kantonalen Parlamenten werden die Berichte von Werner Seitz verwendet, die jeweils nach den nationalen Wahlen herausgegeben wurden. Für die Vertretung von Frauen und Jugendlichen in den Gemeindeexekutiven kann auf eine gesamtschweizerische Befragung sämtlicher Gemeinderäte und -präsidenten (etwa 15'000 Personen) aus dem Jahr 2011 zurückgegriffen werden (siehe dazu Ladner 2015). Bei den Jugendlichen können dank Daten aus den *VOX*-Analysen¹⁵ zusätzlich Aussagen über deren Teilnahme an Abstimmungen gemacht werden. Da es keine Daten zur politischen Beteiligung von Personen mit MH gibt, werden diesbezüglich kantonale Mitwirkungsmöglichkeiten und Instrumente vorgestellt, mit denen sich Personen ohne Schweizer Pass politisch beteiligen können.

Für die Behandlung der drei Bevölkerungsgruppen beim regionalen Partizipationsverfahren wurden eigene Daten in Form von verschiedenen Befragungen (mehrere Interviews und ein Fokusgruppengespräch) erhoben. Eine tabellarische Übersicht davon ist im Anhang zu finden. Um die tatsächliche Situation in den Regionalkonferenzen (RKs) zu erheben, wurden die Präsidenten der drei Standortregionen JO (Ueli Müller), NL (Hanspeter Lienhart) und ZNO (Jürg Grau) im

¹⁴ Das seit 1995 bestehende Wahlforschungsprojekt *Selects* erfasst die Wahlteilnahme bezüglich verschiedener sozialer Merkmale wie z. B. Geschlecht oder Alter. Es wird von mehreren politikwissenschaftlichen Instituten der Schweizer Universitäten getragen und ist seit 2008 beim Schweizer Kompetenzzentrum für Sozialwissenschaften FORS in Lausanne angegliedert (siehe dazu: <http://forscenter.ch/de/our-surveys/selects/>).

¹⁵ Die *VOX*-Analysen wurden zwischen 1977 bis September 2016 jeweils nach eidgenössischen Volksabstimmungen durchgeführt, um das Stimmverhalten der Stimmbürger zu eruieren (siehe dazu: <http://www.gfsbern.ch/de-ch/Publikationen/VOX-Analysen>). Nachfolger sind die *VOTO*-Analysen (siehe dazu: <http://www.voto.swiss>).

Rahmen der für die Evaluation der regionalen Partizipation durchgeführten Interviews (siehe dazu Alpiger und Vatter 2016) spezifisch zur Beteiligung von Frauen, Jugendlichen und Personen mit MH in ihrer eigenen RK befragt. Obwohl die Beurteilungen der Präsidenten eine gewisse Subjektivität aufweisen, muss auf diese zurückgegriffen werden, da bei den Teilnehmenden der RKs keine Altersangaben und Angaben zum MH erhoben werden. Auf Basis der Mitgliederlisten können jedoch über die Vertretung von Frauen objektive Aussagen gemacht werden.

Bei der Auswahl der weiteren Interviewpartner wurden externe Personen gesucht, die entweder zu einer betroffenen Bevölkerungsgruppe gehören oder sich mit der Partizipation dieser Bevölkerungsgruppen beschäftigen. Ziel der Gespräche war es, die wissenschaftlichen Aussagen, die in der Forschung zu finden sind, zu widerspiegeln und gegebenenfalls auf neue Erkenntnisse zu stossen. Dass man das regionale Partizipationsverfahren kennen muss, war dabei keine Voraussetzung. Sowohl beim Anfragen als auch beim Interview wurde das Verfahren soweit vorgestellt, damit die befragten Personen Fragen dazu beantworten konnten. Es wurden verschiedene Personen und Organisationen angeschrieben (Frauen-, Jugend- und Ausländer-/Migranten-Organisationen), woraus schliesslich die Auswahl eines Sozialwissenschaftlers, zweier Frauen aus der Nuklearbranche und eines Politikers mit MH resultierte. Die Auswahl ist hauptsächlich abhängig von der Bereitschaft, ein Gespräch im Rahmen dieses Projektes zu führen und von der zeitlichen und personellen Kapazität der angefragten Organisationen.

Für die politische Mitwirkung von Frauen wurden zwei Interviews geführt. Zum einen mit dem Sozialwissenschaftler Didier Ruedin¹⁶, der sich unter anderem mit der Partizipation von Frauen beschäftigt. Zum anderen wurden zwei Vorstandsmitglieder des Vereins *Women in Nuclear* (WiN)¹⁷ Schweiz interviewt. Die beiden Frauen Helena Loner¹⁸ und Ruth Williams¹⁹ wurden im Interview zur Stellung der Frau in den Nuklearwissenschaften, zur politischen Partizipation von Frauen allgemein und zu deren Beteiligung an der regionalen Partizipation befragt.

Über die Partizipation von Personen mit MH wurde mit dem Zürcher Nationalrat Angelo Barrile²⁰ diskutiert. Als Sohn italienischer Einwanderer hat er selber auch MH. Dabei wurden Themen wie 'Hürden als Person mit MH in der Politik', 'das politische Engagement von Ausländern / Personen mit MH allgemein' sowie 'Empfehlungen für regionale Partizipation' besprochen. Ähnliche Themen wurden zusätzlich auch mit dem Sozialwissenschaftler Ruedin, welcher ebenfalls zur Partizipation von Ausländern forscht, diskutiert.

¹⁶ Didier Ruedin ist *Doctor of Philosophy* (PhD, Sociology) und arbeitet beim *Swiss Forum for Migration and Population Studies* in Neuenburg. Seine Forschungsschwerpunkte sind Immigration und Diversität sowie die politische Repräsentation von Frauen und ethnischen Gruppen in nationalen Legislativen (siehe dazu: <https://druedin.com/>).

¹⁷ WiN Schweiz ist ein Verein von Frauen, die sich mit der Kerntechnik, der Entsorgung, der Radioaktivität und dem Strahlenschutz befassen. Die Mitglieder sind oder waren in der Stromwirtschaft, in der Forschung, in der Medizin, in der Politik oder in Behörden und Verbänden tätig (siehe dazu: <http://www.win-swiss.ch/>).

¹⁸ Helena Loner ist promovierte Chemikerin und arbeitet seit 1997 im Kernkraftwerk Leibstadt. Loner präsidiert den Verein WiN Schweiz (siehe dazu: <http://www.win-swiss.ch/htm/startseite.htm>).

¹⁹ Ruth Williams hat Anglistik und Deutsche Literatur studiert und ist PR-Fachfrau. Aktuell ist sie für Swissnuclear tätig. Williams ist Vizepräsidentin des Vereins WiN Schweiz (siehe dazu: <http://www.win-swiss.ch/htm/startseite.htm>).

²⁰ Der Zürcher Angelo Barrile ist Facharzt FMH für Allgemeine Innere Medizin und seit 2015 im Nationalrat für die Sozialdemokratische Partei (SP). Er ist in der Schweiz geboren; seine Eltern stammen beide aus Italien. Er gehört somit zur zweiten Migrationsgeneration (siehe dazu: <http://www.barrile.ch/>).

Um Einblicke in die politischen Interessen von Jugendlichen zu erhalten, wurde im Rahmen des im September 2016 in Bern durchgeführten FSC-Länderworkshops²¹ ein zweistündiges Fokusgruppengespräch mit neun Jugendlichen (16- bis 26-jährig) geführt. In einem lockeren Rahmen wurden Themen wie 'politisches Interesse von Jugendlichen', 'politische Beteiligung von Jugendlichen' und 'Empfehlungen für die regionale Partizipation' diskutiert.

Für alle Interviews wurde ein Interviewleitfaden erstellt, der für die unterschiedlichen Personen jeweils angepasst wurde. Beim Fokusgruppengespräch wurden den Gesprächsteilnehmern ebenfalls einige Leitfragen gestellt, worüber dann in der Gruppe diskutiert wurde. Die Interviews sowie auch das Fokusgruppengespräch wurden alle im Deutschschweizer Dialekt geführt, mit einem Aufnahmegerät aufgezeichnet und im Nachhinein ins Hochdeutsche transkribiert. Die Transkripte der Gespräche werden nicht angefügt; ein Grossteil der Aussagen ist jedoch in Kapitel 2.3. zu finden. Die Transkripte wurden jeweils nach Antworten auf die gestellten Fragen sowie nach weiteren wichtigen und interessanten Aussagen durchsucht. Diese wurden dann zu inhaltlich passenden Themenblöcken gruppiert und in Form von Paraphrasen wiedergegeben. Schliesslich wurden die gruppierten Paraphrasen in einen sinnvollen Zusammenhang gebracht, woraus die einzelnen Abschnitte mit den Zusammenfassungen der durchgeführten Interviews in Kapitel 2.3. entstanden. Gewisse treffende Aussagen wurden in ihrer ursprünglichen Form gelassen und fliessen als wörtliches Zitat (in Anführungszeichen) in den Text ein.

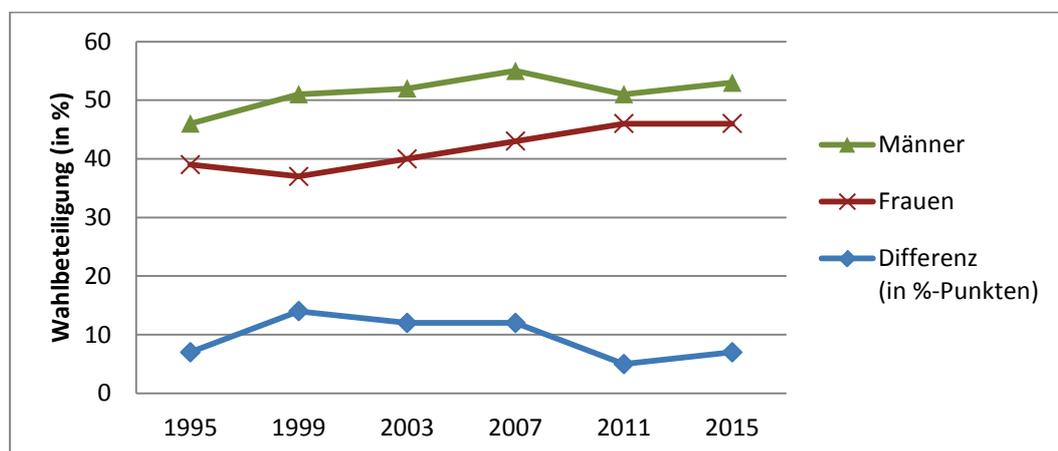
²¹ Beim *Forum on Stakeholder Confidence* (FSC) handelt es sich um eine Arbeitsgruppe des *Radioactive Waste Management Committee* der OECD-Kernenergieagentur. Vom 7. bis 9. September 2016 hat die Schweiz als Gastgeberland den 10. Länderworkshop dieses FSC durchgeführt. Dabei wurden auch Schweizer Jugendliche zwischen 16 und 25 Jahren eingeladen, welche sich stellvertretend für die nächste Generation einbringen konnten (siehe dazu: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-63642.html>).

2.2. Allgemeine Auswertungen zur Schweiz

Frauen

Zur weiblichen Beteiligung bei den **eidgenössischen Wahlen** kann auf die *Selects*-Analysen zurückgegriffen werden (siehe dazu Selb und Lachat 2004; Lutz 2008, 2012, 2016). Bei den Wahlen 1995 konnten "keine signifikanten Unterschiede in der Wahlbeteiligung zwischen Frauen und Männern" (Selb und Lachat 2004: 7) festgestellt werden. In den Jahren 1999 und 2003 soll sich dies aber geändert haben – "dort liegt die Teilnahmewahrscheinlichkeit der Männer mit etwa 41.1 bzw. 43 Prozent jeweils über dem Beteiligungsniveau der Frauen mit etwa 33 Prozent" (ebd.). Bei den Wahlen 2007 sollen sich 55 % der Männer und rund 43 % der Frauen beteiligt haben – dieser Unterschied sei im Gegensatz zu den vorangegangenen Wahlen 2003 nicht kleiner geworden (Lutz 2008: 7). Seit Mitte der 1990er-Jahre soll sich dieser Unterschied sogar wieder vergrößert haben, "während es lange Zeit nach 1971, d. h. nach der Einführung des Frauenstimmrechts, eine Abnahme der Beteiligungsdifferenz gab" (ebd.). Im Vergleich zu anderen westlichen Demokratien sei diese Differenz in der Wahlbeteiligung zwischen Männern und Frauen "mit Abstand am grössten" (ebd.). Bei den Wahlen 2011 haben sich 51 % der Männer und nur 46 % der Frauen beteiligt, wodurch der Unterschied etwas verringert wurde (Lutz 2012: 7; für eine tabellarische Übersicht siehe Lutz 2012: 8). In den Wahlen 2015 hat sich die Differenz mit einer männlichen Beteiligung von 53 % (und 46 % Frauen) jedoch wieder ein bisschen vergrößert (Lutz 2016: 5). In Abbildung 1 sind die Wahlbeteiligungen beider Geschlechter sowie deren Differenz grafisch dargestellt.

Abbildung 1: Wahlbeteiligung nach Geschlecht (Eidg. Wahlen 1995–2015)



Anmerkung: Eigene Darstellung; Quelle: Lutz (2012: 8, 2016: 6)

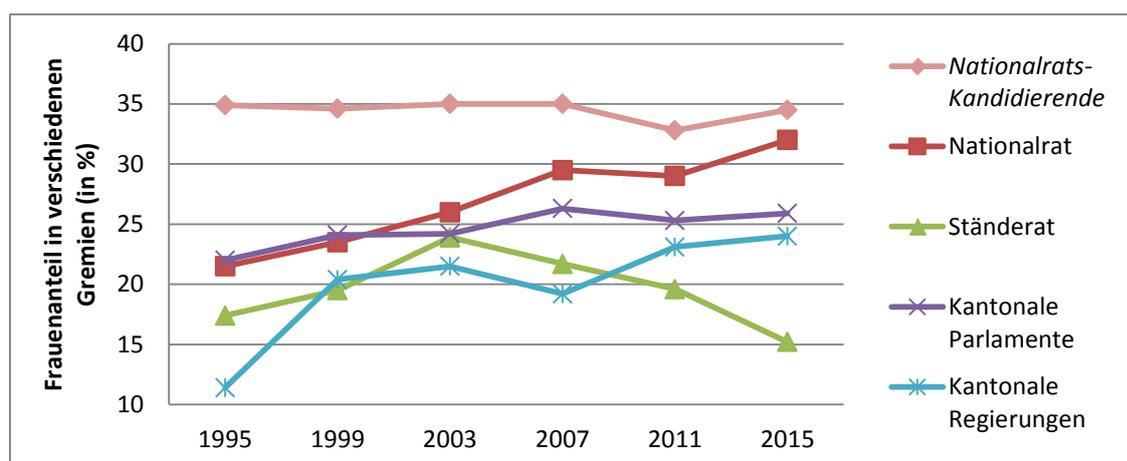
Neben der Beteiligung an Wahlen ist auch die Vertretung von Frauen in den **nationalen und kantonalen Gremien** von Interesse. Dazu können die Berichte "Die Frauen bei den eidgenössischen Wahlen" von Werner Seitz (1996, 2000, 2004, 2008, 2012, 2016) herangezogen werden. Darin behandelt er den Frauenanteil bei den Kandidierenden für die Nationalratswahlen, den Anteil Frauen bei den gewählten Nationalräten (hier jeweils nur für die Proporzkantone), den Anteil gewählter Ständerätinnen sowie die Frauenvertretung in den kantonalen Parlamenten und

Regierungen. Eine Übersicht über diese Vertretungen seit den Wahlen 1995 ist in nachfolgender Abbildung 2 dargestellt. Im Folgenden wird dies kurz ausgeführt.

Der Frauenanteil bei den **Kandidierenden** für die Nationalratswahlen lag bei den eidgenössischen Wahlen 1995, 1999, 2003 und 2007 jeweils bei etwa 35 %. 2011 betrug der Anteil nur noch knapp 33 % (1'133 Frauen und 2'325 Männer), was dem Wert bei den Wahlen 1991 entspricht. In den Wahlen 2015 ist der Anteil wieder ein bisschen angestiegen und betrug mit 1'308 Frauen (und 2'480 Männer) 34.5 %.

Der Anteil **gewählter Nationalrätinnen** ist über den ganzen Zeitraum hinweg immer tiefer als der Frauenanteil bei den Kandidierenden. So lag er in den Jahren 1995 und 1999 bei 21.5 bzw. 23.5 %²². Im Jahr 2003 betrug der Anteil mit 52 Frauen 26 %. Bei den darauffolgenden Wahlen im Jahr 2007 ist der Frauenanteil im Nationalrat wiederum gestiegen und erreichte 29.5 % (59 Frauen). Im Jahr 2011 ist der Anteil zum ersten Mal seit der Einführung des Frauenstimmrechtes wieder zurückgegangen. Mit 58 gewählten Frauen erreichten diese einen Anteil von 29 %. Bei den Wahlen 2015 konnten die Frauen wiederum zulegen und erreichten einen Anteil von 32 % (64 Frauen) und haben somit zum ersten Mal die 30 %-Schwelle überschritten.

Abbildung 2: Frauenanteil bei Nationalrats-Kandidierenden, im Nationalrat, im Ständerat, in den kantonalen Parlamenten und kantonalen Regierungen (1995–2015)



Anmerkung: Eigene Darstellung; Quelle: Seitz (1996, 2000, 2004, 2008, 2012, 2016)

Beim **Ständerat** ist die Frauenvertretung um einiges tiefer als im Nationalrat. Nach einem kontinuierlichen Anstieg von knapp 9 % im Jahr 1991 (entspricht vier Frauen) auf knapp 24 % im Jahr 2003, wurde bei den Wahlen 2007 eine Frau weniger in den Ständerat gewählt (22 % bzw. zehn Ständerätinnen)²³. In den darauffolgenden Wahlen 2011 wurde wiederum eine Frau weniger in den Ständerat gewählt, womit der Anteil auf 19.6 % sank. Diesen kontinuierlichen Trend zur Abnahme des Frauenanteils konnten auch die Wahlen 2015 nicht stoppen. 2015 wurden nur sieben Frauen in die kleine Kammer gewählt. Dies entspricht einem Anteil von 15.2 % und ist somit die Hälfte des Frauenanteils im Nationalrat. Dies ist zudem der niedrigste Wert seit 1991.

²² Bisherige Anteile gewählter Nationalrätinnen: 1971: 5 %, 1975: 7.5 %, 1979: 10.5 %, 1983: 11 %, 1987: 14.5 %, 1991: 17.5 % (EKF 2009: 2)

²³ Bisherige Anteile gewählter Ständerätinnen: 1971: 2.2 % (= 1 Frau), 1975: 0 %, 1979: 6.5 %, 1983: 6.5 %, 1987: 10.9 %, 1991: 8.7 %, 1995: 17.5 %, 1999: 19.6 % (EKF 2009: 2).

Vergleich mit europäischen Ländern

Der Frauenanteil im Nationalrat (23.5 % nach den Wahljahr 1999) bewegte sich im europäischen Vergleich gemäss Eidgenössischer Kommission für Frauenfragen (EKF) im oberen Mittelfeld. Die skandinavischen Länder sowie die Niederlande wiesen mit 36 bis 42.7 % zu diesem Zeitpunkt die höchsten Quoten auf. Deutschland erreichte 30.9 %, Spanien 28.3 % und Österreich 26.8 % (EKF 2009: 1). Auch als die Schweiz nach den Wahlen 2011 einen Frauenanteil von knapp 30 % erreichte, konnte sie sich im Vergleich mit den europäischen Staaten nur auf Platz 12 platzieren (wiederum hinter den skandinavischen Ländern sowie Spanien, Andorra, Deutschland und Mazedonien) (Seitz 2011). Nachdem die Frauen 2015 zum ersten Mal die 30 %-Schwelle überschritten haben, konnten sie international trotzdem nicht aufholen. Sie belegen mit knapp 32 % nur Platz 14 (von 40 bewerteten Staaten) (Seitz 2015)²⁴.

Wird die Frauenvertretung in den **Parlamenten auf der kantonalen Ebene** betrachtet, zeigt sich Folgendes: Verglichen mit den Wahlen in den Jahren 1996 bis 1999 kann für den Zeitraum zwischen 2000 und 2003 eine Stagnation des Anteils gewählter Frauen in den Kantonsparlamenten bei etwa 24 % festgestellt werden (Ende 2003 waren 709 Frauen und 2'223 Männer in den kantonalen Parlamenten). Im Zeitraum zwischen 2004 und 2007 stieg der Anteil Frauen um zwei Prozentpunkte auf 26 % (721 Frauen und 2'017 Männer). In der Periode 2008 bis 2011 ging der Anteil gewählter Frauen wieder leicht zurück und betrug 25.3 %. In der darauffolgenden Periode (2012–2015) stieg der Anteil wiederum auf 25.9 %. Gemäss Seitz muss "[m]it Blick auf die letzten zwei Jahrzehnte [...] von einer Stagnation des Frauenanteils in den kantonalen Parlamenten gesprochen werden" (Seitz 2016: 11).

In den **kantonalen Regierungen** ist die Frauenvertretung jeweils noch geringer als in den Parlamenten. Gemäss Seitz (2004: 55) "waren die Frauen [in den kantonalen Regierungen] lange Zeit nicht oder nur schwach vertreten". Die erste Frau wurde 1983 in den Zürcher Regierungsrat gewählt. 1991 betrug der Frauenanteil aller Regierungsräte mit fünf Frauen nur 3 %. Danach kam es zu einem deutlichen Anstieg auf 11 % (1995) und 20 % (1999). Ende der nächsten Periode (2003) betrug der Frauenanteil in den kantonalen Regierungen 21.5 %, was 34 von 158 Sitzen entspricht. 2004 erreichten die Frauen einen Höchststand von 23.4 %, wonach ihr Anteil wieder auf 19 % sank (Ende 2007). Seither nimmt der Frauenanteil wieder etwas zu und erreichte 2011 einen Wert von 23.1 % und 2015 einen Wert von 24 % (37 von insgesamt 154 Sitzen).

Um noch eine Ebene tiefer zu gehen – die Vertretung von Frauen in den **Gemeindeexekutiven** – können Daten aus der gesamtschweizerischen Befragung der Gemeinderäte und -präsidenten verwendet werden (siehe dazu Ladner 2015). Gemäss den Resultaten dieser Befragung sei der Frauenanteil in den Gemeindeexekutiven in den letzten 20 Jahren markant gestiegen: im Jahr 1988 lag der Anteil bei weniger als 10 % (wobei etwa zwei Drittel aller Gemeinden gar keine Frau im Gemeinderat hatten). 20 Jahre später, 2009, lag der Frauenanteil bei 23.5 % (mit einer Schwankung zwischen 22.9 % und 33 %; je nach Gemeindegrösse) und nur noch 15 % aller Gemeinden hatten keine Frau in der Exekutive. Dieser grosse Anstieg soll vor allem in den 1990er-Jahren stattgefunden haben. Ab den 2000er-Jahren flachte dieser wieder ab (ebd.)²⁵.

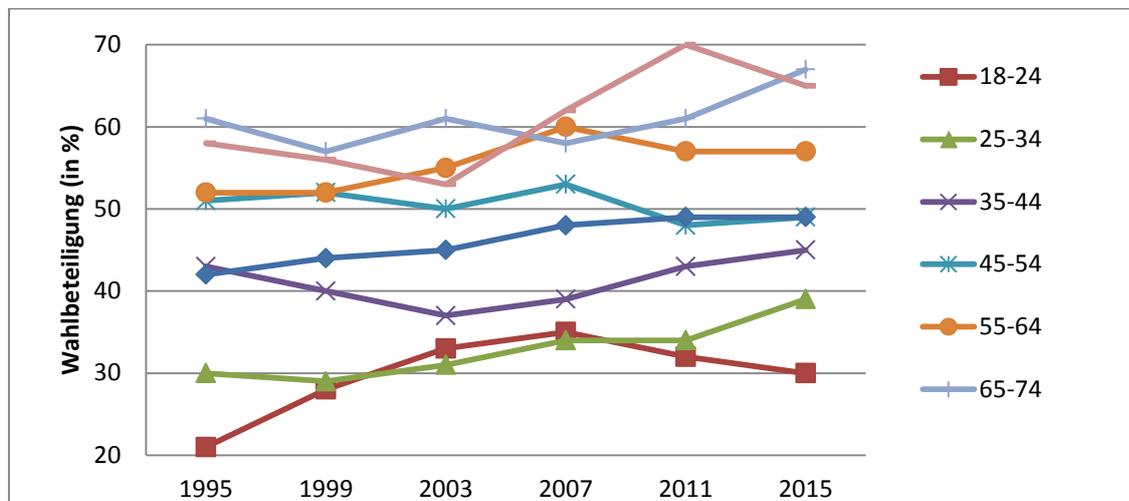
²⁴ Für den weltweiten Vergleich siehe Subindex *Political Empowerment* im "Global Gender Gap Report 2016" (World Economic Forum 2016).

²⁵ Siehe dazu auch: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/wahlen/frauen.html>

Jugendliche

Bei den Jugendlichen kann zur Beurteilung der Wahlbeteiligung bei **eidgenössischen Wahlen** auch auf die *Selects*-Analysen zurückgegriffen werden. Zwischen 1995 und 2003 soll die "Teilnahmebereitschaft in der Gruppe der jüngsten Wahlberechtigten zwischen 18 und 24 Jahren" (Selb und Lachat 2004: iv) zugenommen haben (von 27.30 % auf 46 %), was als Grund für den Anstieg der allgemeinen Wahlbeteiligung (um drei Prozentpunkte auf 45.2 %) in diesen Jahren genannt wird. Trotzdem nehmen ältere Wahlberechtigte wesentlich häufiger an Wahlen teil als jüngere. Erklärt wird dieser positive Effekt des Alters auf die Teilnahmebereitschaft einerseits mit der "unterschiedlichen Sozialisation der älteren Generation, die im Gegensatz zu den stärker individualisierten Jungen die Teilnahme an Wahlen eher als Bürgerpflicht betrachtet" (ebd.: 7). Andererseits habe man im Alter immer mehr (materielle) Besitzstände zu verteidigen und sei daher politisch aktiver. Nach den Wahlen 2007 schreiben die *Selects*-Autoren wiederum, dass bei den 18 bis 24-Jährigen "in den letzten 12 Jahren [...] ein starker Anstieg zu beobachten" sei (Lutz 2008: 7). Das Niveau hat seit den Wahlen 1999 dasjenige der nächstälteren Gruppe (25- bis 34-Jährige) erreicht (Lutz 2008: 8). Sowohl in den Wahlen 2011 als auch 2015 konnte eine Stagnation der Beteiligung der jungen Bevölkerung festgestellt werden, wobei bei den Wahlen 2015 ein ansteigender Trend in der zweitjüngsten Gruppe (25- bis 34-Jährige) beobachtet werden konnte (Lutz 2012: 7, 2016: 5).

Abbildung 3: Wahlbeteiligung nach Altersgruppen (Eidg. Wahlen 1995–2015)



Anmerkung: Eigene Darstellung; Quelle: Lutz (2016: 8)

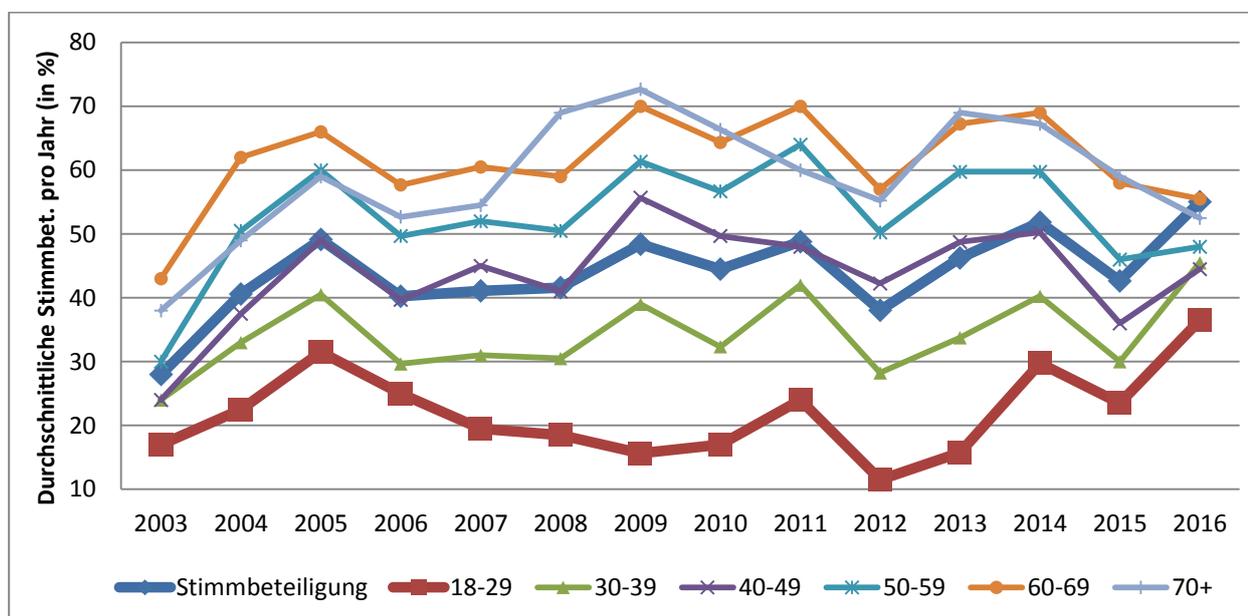
Wird gemeinsam mit dem Alter das Geschlecht betrachtet, kann für die Wahlen 2007 festgestellt werden, dass sich junge Männer klar häufiger an Wahlen beteiligen als junge Frauen. Mit dem Alter nähern sich die Geschlechter jedoch an. Ab 55 Jahren unterscheidet sich die Beteiligung hingegen wieder – wohl eine Nachwirkung der späten Einführung des Frauenstimmrechts (Lutz 2008: 8). Für die Wahlen 2011 konnte im Gegensatz zu den Wahlen 2007 kein Unterschied zwischen jungen Männern und Frauen mehr festgestellt werden (vor allem wegen dem Rückgang der Beteiligung junger Männer). Die Unterschiede bei den älteren Personen blieben aber immer noch bestehen (Lutz 2012: 7 f.). Dasselbe konnte auch für die Wahlen 2015 festgestellt werden:

keine Unterschiede in der jüngsten Gruppe (18- bis 24-Jährige) und stets kleine Differenzen in den älteren Gruppen (mit der grössten Differenz bei den über 75-Jährigen) (Lutz 2016: 5).

Die Beteiligung Jugendlicher an **Abstimmungen** kann anhand der *VOX*-Analysen ausgewertet werden. Bei dieser Nachbefragung wurden die Altersgruppen anders eingeteilt und die Jugendlichen zählen zur Gruppe der 18- bis 29-Jährigen. In Abbildung 4 sind die jahresdurchschnittlichen Stimmbeteiligungswerte pro Altersgruppe aufgeführt. Wie zu sehen ist, liegt die Stimmbeteiligung der 18- bis 29-Jährigen immer unter den Werten der anderen Altersgruppen. Die höchsten Beteiligungswerte teilen sich die Gruppe der 60- bis 69-Jährigen und der über 70-Jährigen.

Wittwer, der sich in seiner Studie ebenfalls mit den *VOX*-Befragungen beschäftigt, schreibt in seinem Bericht, dass unter 30-Jährige "bei allen Abstimmungen signifikant weniger teilgenommen [haben] als über 30-Jährige" (Wittwer 2015: 27). Bei der Abstimmungsvorlage über die Personenfreizügigkeit im Februar 2009 soll der Unterschied sogar bis zu 54 % betragen haben.

Abbildung 4: Allgemeine Stimmbeteiligung und nach Altersgruppen (Eidg. Abstimmungen 2003–2016)



Anmerkung: Die Stimmbeteiligungswerte wurden jeweils pro Jahr zusammengefasst (Mittelwert). Eigene Darstellung; Quelle: VOX-Analysen (2003–2016)

Wie die Vertretung junger Erwachsener in den **politischen Gremien** aussieht, kann im Rahmen dieses Berichtes nicht eruiert werden, da keine passenden Datensätze zur Verfügung stehen. Einzig über deren Vertretung in den Gemeindeexekutiven kann dank der gesamtschweizerischen Studie über alle Gemeinderäte und -präsidenten (siehe dazu Ladner 2015) eine Aussage gemacht werden. Diesbezüglich zeigt sich dasselbe Bild wie bei der Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen: im Durchschnitt sind Gemeinderats-Mitglieder 51 Jahre alt, wobei das Durchschnittsalter in kleinen Gemeinden etwas tiefer und in grossen Gemeinden etwas höher ist (hier sind vor allem die Männer älter). In kleinen Gemeinden finden sich zudem die grössten Anteile an Personen unter 35 Jahren. Im Gegensatz zu Abstimmungen und Wahlen ist der Anteil an Personen über dem Pensionsalter geringer – "Exekutivmitglieder im Pensionsalter kommen praktisch ebenso selten vor wie Exekutivmitglieder unter 35 Jahren" (ebd.: 113).

Personen mit Migrationshintergrund

Gemäss Eidgenössischer Kommission für Migrationsfragen (EKM 2016b) gehören zur ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz rund 1.7 Millionen Ausländer. Etwa die Hälfte davon (860'000) lebt bereits mehr als 10 Jahre in der Schweiz und rund 350'000 davon sind sogar in der Schweiz geboren. Zu den in diesem Bericht definierten Personen mit Migrationshintergrund (siehe dazu die Definition in der Einleitung) gehören aber weit mehr als diese 1.7 Millionen Menschen. Denn auch Personen, die in der zweiten oder dritten Generation in der Schweiz sind, gelten als Personen mit Migrationshintergrund (MH).

Über die Teilnahme von Personen mit MH am politischen Prozess (sei es an Wahlen, Abstimmungen oder anderen konventionellen und unkonventionellen Beteiligungsarten) konnten im Rahmen dieses Berichtes keine gesamtschweizerischen empirischen Daten gefunden werden. Daher werden hier auch keine Angaben über die Partizipation von Personen mit MH in der Schweiz gemacht.

Ein Grund für die fehlende Datengrundlage ist sicherlich die Tatsache, dass Personen mit MH oft von der politischen Partizipation ausgeschlossen sind (**fehlende Bürgerrechte**) und gar nicht partizipieren können. In der Schweiz bestehen für Ausländer trotzdem einige Möglichkeiten, sich politisch zu beteiligen. So dürfen Schweizer Kantone und Gemeinden, unter Berücksichtigung des übergeordneten Gesetzes, eigene Regeln hinsichtlich des Ausländerstimmrechtes festlegen. **Ausländer** können also je nach Wohnort – und unter bestimmten Bedingungen – das **kantonale und/oder kommunale Stimm- und Wahlrecht** besitzen und sich somit politisch beteiligen. In den zwei Kantonen Jura und Neuenburg dürfen Ausländer auf kantonaler Ebene abstimmen und wählen; gewählt werden können sie aber nicht. Ein aktives und passives Stimmrecht haben Ausländer in allen Gemeinden der vier Kantone Neuenburg, Jura, Waadt und Freiburg; in den Genfer Gemeinden besitzen sie nur das aktive Stimmrecht. Die fakultative Einführung des kommunalen Stimm- und Wahlrechtes ist möglich in den Kantonen Appenzell Ausserrhoden (in 3 von 20 Gemeinden eingeführt), Graubünden (in 23 von 125 Gemeinden eingeführt) und Basel-Stadt (hier nur in den beiden Gemeinden Bettingen und Riehen möglich, wurde nicht eingeführt; nicht möglich in der Stadt Basel) (EKM 2016a)²⁶. Neben dem Stimm- und Wahlrecht werden den Ausländern in einigen Gemeinden das Motionsrecht und weitere Instrumente zur Mitwirkung eingeräumt. So hat die Gemeinde Burgdorf (Kanton Bern) 2008 den sogenannten "Ausländerantrag" eingeführt. Dieser erlaubt es Ausländern, Motionen, Postulate oder Interpellationen beim Stadtrat einzureichen. Auch in der Stadt Luzern können Ausländer seit 2015 mit einem sogenannten "Bevölkerungsantrag" Vorstösse fürs Parlament machen. Eine "Partizipationsmotion" gibt es seit 2016 in der Stadt Bern (Zaslowski 2016). Ausländer bzw. Ausländerorganisationen können sich ausserdem über das Vernehmlassungsverfahren an der kantonalen Gesetzgebung beteiligen (EKM 2010: 8). Zudem gibt es in den meisten Kantonen "konsultative Kommissionen [...], die sich mit Ausländer- und Integrationsfragen befassen und zu denen in den meisten Fällen auch Ausländerinnen und Ausländer gehören" (EKM 2010: 8; zit. nach Rothenbühler et al. 2012: 46).

²⁶ Eine Übersicht über die politischen Partizipationsmöglichkeiten von Ausländern in den einzelnen Schweizer Kantonen bietet das Dokument "Mitreden und Mitgestalten" (EKM 2010).

2.3. Auswertungen auf die regionale Partizipation bezogen

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse aus der eigenen Datenerhebung, welche spezifisch für die regionale Partizipation vorgenommen wurde, aufgezeigt. Es werden jeweils die Befunde zur Beteiligung der einzelnen Bevölkerungsgruppen in den regionalen Partizipationsgremien – basierend auf den Interviews mit den Präsidenten der drei RKs und den Informationen aus den Mitgliederlisten – und die Zusammenfassungen der Gespräche, die mit den externen Personen zu den jeweiligen Bevölkerungsgruppen geführt worden sind, wiedergegeben. Die Inhalte der Interviews mit den externen Personen beziehen sich nicht nur auf die regionale Partizipation (im Folgenden mit 'rP' abgekürzt), sondern auch allgemein auf das politische Engagement von Frauen, Jugendlichen oder Personen mit MH. Da sie aber auf die Beteiligung an der regionalen Partizipation abzielen, werden sie trotzdem dargestellt.

Frauen in der regionalen Partizipation

In der RK JO sind gemäss **Müller** "nicht viele" Frauen vertreten, "höchstens 20 %" (tatsächlicher Frauenanteil: 16–19 %). Man habe Mühe gehabt, Frauen als Mitglieder zu gewinnen. Man sei aber nicht explizit auf Frauenorganisationen zugegangen, sondern habe allgemein die Organisationen angeschrieben. Bereits zu Beginn hätten sie aber mindestens eine Frau im Leitungsteam haben wollen, was nicht ganz einfach gewesen sei. Nachdem die RK dann zusammengesetzt war, habe man nicht mehr gross geschaut und gesagt, dass man unbedingt mehr Frauen in der RK wolle. Müller fügt hinzu, dass man in den Parlamenten und Gemeinderäten ähnliche Verhältnisse habe. Da man in einer freiheitlichen Gesellschaft lebe, wolle er niemanden zur Teilnahme zwingen. Wenn sich die Leute nicht engagieren wollen, dann akzeptiere er das. Trotzdem findet er es wichtig, dass man allen (also Frauen und Männern) die Gelegenheit gibt, mitzumachen. Aber irgendwann müsse man akzeptieren, wie es ist; denn "wenn sie [die Frauen] nicht wollen, dann wollen sie nicht". Zuletzt fügt er hinzu, dass das Thema 'Tiefenlager' für die Bevölkerung und insbesondere auch für Frauen vielleicht gar nicht so wichtig sei, "wie wir immer meinen, dass es ihnen wichtig sein sollte". Gemäss **Lienhart** sind Frauen in der RK NL schlecht vertreten: "wenn man sich das Bild der RK vorstellen würde, so ist dies männlich und grauhaarig" (tatsächlicher Frauenanteil: 20–22 %). Beim Aufbau der RK hätten sie keine "Förderprogramme für Frauen" gemacht – die Zusammensetzung habe sich aus den Aufbauforen ergeben. Wenn eine Vertretung eines Vereins oder einer Gemeinde zurückgetreten sei, so habe man es dem Verein bzw. der Gemeinde überlassen, eine neue Person zu schicken. Wenn die Aufgabe bestehen würde, mehr Frauen für die RK zu gewinnen, so würde er diesen Auftrag/Wunsch einfach an die Vereine und Gemeinden weitergeben und diese auffordern, Rücksicht darauf zu nehmen, dass mehr Frauen in der RK vertreten sein sollten. Hinsichtlich der Einzelpersonen seien sie nie in der komfortablen Lage gewesen, dass sie aufgrund des Geschlechtes auswählen konnten. Sie seien "einfach froh gewesen, wenn wir den Sitz überhaupt besetzen konnten". **Grau** (ZNO) findet es wichtig, dass Frauen auch dabei sind. Trotzdem sei die Vertretung der Frauen immer etwa zwischen 20 und 25 % gewesen (tatsächlicher Frauenanteil: 20–22 %). Am Anfang der rP hätten sie ebenfalls nicht explizit nach Frauen gesucht – es seien keine Frauenvereine spe-

ziell angeschrieben worden. Einzig die Kernfrauen Weinland²⁷ seien angefragt worden, jedoch wollten diese nicht mitmachen. Auf die Frage, was er machen würde, wenn es vom BFE heissen würde, dass sie die Vertretung der Frauen auf mindestens 40 % erhöhen sollen, antwortet er mit der Gegenfrage, wie gross denn die RK werden solle? Entweder man erhöht die Mitgliederanzahl. Dies würde dann etwa 120 Personen inkl. Referenten und Medien ausmachen, was logistisch eine zu grosse Anzahl sei. Zudem müssten diese Personen alle noch entschädigt werden. Eine andere Variante wäre, Personen aus der RK rauszuwerfen. Jedoch wäre der Entscheid darüber, wer es sein sollte, schwierig. Folglich dürfte er im Prinzip gar nicht mehr nach Frauen suchen. Denn falls diese Interesse haben, müsste er sie aufnehmen, was aber eigentlich gar nicht mehr möglich sei, da die RK ZNO bereits (zu) gross sei.

Werden die **Mitgliederlisten** der ursprünglichen sechs RKs betrachtet, kann in allen Regionen eine deutliche Untervertretung von Frauen festgestellt werden. In JO schwankt die Frauenbeteiligung zwischen 16 und 19 %; in Jura Südfuss sogar nur zwischen 10 und 15 %. In NL und Südranden ist sie mit einem Streubereich von jeweils 20 bis 22 % etwas grösser, jedoch immer noch stark unter den erwünschten 50 %. In der kleinen Plattform Wellenberg waren jeweils 5 bis 6 Frauen Mitglied, was einem Anteil von 16 bis 21 % entspricht. In ZNO schwankte der Frauenanteil zwischen 20 und 22 %. In der PLANVAL-Studie wird ebenfalls von einer "klare[n] Dominanz von Männern" (PLANVAL 2014: 43) bereits zu Beginn der rP gesprochen. So habe es keine Region geschafft, einen Frauenanteil über 25 % zu erreichen. Ein Grund für diese geringe Frauenbeteiligung sei gemäss PLANVAL-Bericht sicherlich die Tatsache, dass "jeweils knapp die Hälfte aller Teilnehmenden durch die Gemeindebehörden gestellt wurde, wo der Frauenanteil tendenziell auch tief ist" (PLANVAL 2014: 43; siehe dazu auch Alpiger und Vatter 2016: 20).

Zusammenfassung des Gesprächs mit Ruedin (über die politische Partizipation von Frauen)

Der Sozialwissenschaftler Ruedin beschäftigt sich hinsichtlich der Partizipation von Frauen vor allem mit deren Repräsentation in Parlamenten (Legislativen) in der Schweiz und international vergleichend. Da dies "offizielle Gremien" seien, untersuche er somit die "formale Repräsentation". Mit unkonventionellen Verfahren, wie es die rP ist, habe er weniger Erfahrung. Seine Forschungsrichtung habe den Vorteil, dass es genaue und zugängliche Daten dazu gebe, was bei Untersuchungen von informellen oder unkonventionellen Verfahren häufig nicht der Fall sei.

Wenn die Beteiligung von Frauen in Legislativen betrachtet werde, müsse man bedenken, dass es ein **langer Prozess** sei, bis jemand **Mitglied einer Legislative** werde. Als letzte Station müsse man gewählt werden. Doch noch bevor man gewählt wird, müsse man offiziell kandidieren. Die Partei müsse dich als Person auswählen und entscheide auch, welche Listenposition jemand haben wird. Bevor es so weit komme, müsse man sich intern bewerben oder man werde angefragt und müsse dann zusagen. Vorher müsse man sich überlegen, ob man überhaupt Politik machen wolle, und noch früher müsse man sich fragen, ob man sich überhaupt für Politik interessiere. Die Idee hinter diesem Gedankengang sei, dass es eine ganze Reihe von Entscheidungen brauche

²⁷ Die Kernfrauen Weinland ist eine Vereinigung von Frauen, die sich seit 2005 gegen ein Endlager im Weinland einsetzen (siehe dazu: <http://www.kernfrauen.ch/>). Sie nehmen in keiner Standortregion an der rP teil.

und es viele Situationen gebe, in denen immer etwas passiert. Um schliesslich zu verstehen, wieso die Frauenvertretung so ist, wie sie ist, "müssen wir eigentlich die ganzen Schritte von Beginn weg verstehen oder zumindest anschauen". Häufig werden in der Forschung jedoch nur die Institutionen angeschaut (z. B. die verschiedenen Wahlsysteme, Quotenregelungen oder die Kandidatenrekrutierung der Parteien).

Den Beitrag, den er hinsichtlich der Problematik der fehlenden Frauen in den RKs geben könne, sei seine Forschung über die **Einstellung in der Bevölkerung** (siehe dazu auch Forschungsbeitrag von Ruedin in Kapitel 1. *Forschungsstand* auf S. 7 f.). In einem Land, in dem alle sagen, "Politik ist Männersache und Frauen müssen Kinder aufziehen und sollen keine öffentlichen Rollen haben", sei es für eine interessierte Frau viel schwieriger, hinzustehen und zu sagen, dass sie Politik machen will. Aber wenn diese Frau in einem Umfeld lebe, in dem es normal ist, dass Männer und Frauen Politik machen, sei es für diese viel einfacher. Diese unterschiedlichen Einstellungen würden auch einen Einfluss auf die Kandidatenwahl der Parteien haben. Wenn diese die Meinung vertreten, dass Männer und Frauen gleichwertig sind, so werden auch eher Frauen als Kandidatinnen ausgewählt. Es sei also vor allem die Einstellung, die ein Land gegenüber Frauen in der Politik habe, die zu den unterschiedlich hohen Frauenbeteiligungen führe.

GRÜNDE FÜR DIE GERINGE FRAUENBETEILIGUNG IN DEN RKs

In der Schweiz habe er solche Unterschiede in den Einstellungen auch schon feststellen können. So gebe es z. B. zwischen der Stadt und dem Land "ganz klar Unterschiede" bei den Einstellungen. Wie sich das auf die Repräsentation auswirke, habe er aber noch nie untersucht. Er würde dies auch durchaus als Grund erwarten, weshalb nur etwa 20 % Frauen an der rP teilnehmen. Diese Partizipationsprozesse würden ja alle in eher ländlichen Gebieten stattfinden und dort hätten die Leute tendenziell **konservativere Einstellungen (1. Grund)**; wozu auch diese "Trennung von Geschlechterrollen" gehöre. In der traditionellen Sichtweise sei eher der Mann die aktive, öffentlich orientierte Person. Dies sei gemäss Ruedin ein wichtiger Faktor für die Untervertretung der Frauen in diesen Gremien, "und dafür gibt es keine einfache Lösung".

Als weiterer Grund für die geringe Frauenbeteiligung nennt er die bereits im PLANVAL-Bericht erwähnte Tatsache, dass etwa die Hälfte der RK-Mitglieder **Behördenvertreter (2. Grund)** sind und diese oftmals männlich sind. Auch hier bestehe gemäss Ruedin wahrscheinlich wiederum das Problem des konservativen Bildes, dass Frauen keine öffentlichen Ämter innehaben.

Ein dritter Grund für die geringe Beteiligung könne am **Thema des Beteiligungsverfahrens (3. Grund)** (radioaktive Abfälle, Bau eines Tiefenlagers) liegen, welches eher ein Männerthema sei. Laut Ruedin seien Frauen in Parlamenten häufig für "traditionelle Frauengebiete" wie Bildung, Minderheiten oder Gesundheit zuständig. Für technische Sachen wie Landesverteidigung, Finanzen oder Wirtschaft seien hingegen häufig Männer zuständig. Dies habe einerseits mit dem Interesse zu tun, weshalb jemand Politik mache. Da Frauen sich gemäss Ruedin oft über Themen wie Bildung oder Gesundheit beklagen, werden Frauen auch eher durch diese Themen mobilisiert und wollen auch eher zu diesen Themen Politik machen. Andererseits habe dies mit Stereotypen zu tun. Bei den Verhandlungen über die Themenverteilung würden gewisse Personen gemäss den Stereotypen sagen "das ist technisch, das können die Männer besser" – auch wenn dies falsch sei. Diese sei in den ländlichen Gebieten wiederum stärker der Fall als in den städtischen.

EMPFEHLUNGEN FÜR DIE REGIONALE PARTIZIPATION

Als Empfehlung zur Lösung dieses Problems spricht Ruedin die **Präsentation des Themas (1. Empfehlung)** an. Es geht also um das *Framing*, bzw. in welchem Rahmen die rP präsentiert werde. Es solle nicht nur um das Tiefenlager (und die technischen Themen) gehen, sondern auch um die Zukunft bzw. die zukünftigen Generationen. "Ich könnte mir vorstellen, dass dort Potenzial ist".

"Man kann es als eine technische Frage präsentieren; dann geht es um Geologie und Atomphysik. Oder man kann es präsentieren als 'Das ist unsere gemeinsame Zukunft, das sind die Interessen von allen'." (Ruedin über das Framing der rP)

Eine weitere Lösung sieht Ruedin in **"harten Quoten" (2. Empfehlung)** – dies funktioniere immer. Jedoch würde es dann wohl noch mehr zur Alibiübung werden; wie die rP von einigen Personen kritisiert wird. Daher schlägt er eine abgeschwächte Form von Quoten vor: Oft würden die Männer bei der Rekrutierung von Kandidaten sagen, dass es gar keine Frauen gäbe, die interessiert seien; "was völliger Unfug ist". Es werde nicht gesucht und nicht lange überlegt, wen man rekrutieren könnte. Oft werden dann einfach die ersten genommen, die einem in den Sinn kommen, und das seien halt häufig die Männer, die man bereits kenne. Ruedins Idee wäre, dass man sage, "ihr könnt schlussendlich zwar Männer wählen, aber ihr müsst für jeden Mann, der ins Gremium kommt, eine potenziell geeignete Frau auflisten und begründen, weshalb der Mann besser ist als die Frau". Dadurch würden die Männer und die wenigen Frauen zum Überlegen gezwungen, wen man sonst noch fragen könnte und "breiter zu denken". Obwohl die Leute damit zwar zu etwas gezwungen werden, werde ihnen doch auch eine gewisse Freiheit gelassen – im Gegensatz zu Quoten, bei denen etwas fest vorgeschrieben wird.

Wichtig sei zudem, dass bei der **Kommunikation (3. Empfehlung)** von Entscheiden, z. B. der Nagra, oder von Informationen generell mit verschiedenen Gruppen auch unterschiedlich kommuniziert werde. Den gegenüber Kernenergie eher ängstlich und kritisch eingestellten Personen müssen Entscheide oder technische Informationen anders kommuniziert werden als jemandem, der an die Technik glaubt und ihr vertraut. Bei Ersteren müsse der Fokus vielleicht mehr auf die Sicherheitsaspekte und das Vertrauen in die Kernenergie gelegt werden, wohingegen bei Letzteren dies weniger wichtig sei. Diesbezüglich gäbe es wohl auch Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Es sei aber allgemein in der Bevölkerung so, dass es Leute gebe, die ängstlicher sind und Leute, die weniger ängstlich sind.

DIE REPRÄSENTATION UND DIE VERTRETUNG DER INTERESSEN VON FRAUEN IN GREMIEN

Auf die Frage, ob er es grundsätzlich als **Problem** sehe, wenn **in einem Gemeinderat** oder eben **in den RKs keine Frauen** vertreten sind, bemerkt Ruedin, dass ein Unterschied zwischen dem Gemeinderat und einer RK gemacht werden müsse. Denn bei Letzterer gehe es im Gegensatz zum Gemeinderat um eine spezifische Sachfrage – die Standortauswahl (und die damit verbundenen Aspekte) für ein geologisches Tiefenlager.

Diesbezüglich macht Ruedin darauf aufmerksam, dass es verschiedene Arten von Repräsentation gibt und je nach Art der Repräsentation ein Gremium repräsentativ ist oder nicht. Bei der **deskriptiven Repräsentation** werden verschiedene Gruppen betrachtet (z. B. Frauen und Männer

oder Personen mit MH und Personen ohne MH). Es werde dann geschaut, wie viele Männer und Frauen bzw. Personen mit und ohne MH es in der Bevölkerung gibt und wie viele in den Parlamenten vertreten sind. Dann werden diese Werte verglichen. Grundsätzlich werde einfach nur gezählt, wie viele Personen es in der Bevölkerung gibt und wie viele im Gremium sind; rein deskriptiv. Dem werde meistens die **substantive Repräsentation** gegenübergestellt, bei der es um Ideen und Einstellungen (für oder gegen etwas) geht²⁸. Dabei vergleiche man die Bevölkerung wiederum mit den Parlamentariern; diesmal aber hinsichtlich deren Einstellungen. Dies sei nicht mehr so einfach wie bei der deskriptiven Repräsentation, bei der man nur zählen müsse. Werde die Repräsentativität eines Gremiums betrachtet, müsse man daher immer definieren, ob die deskriptive oder die substantive Repräsentativität gemeint ist. Denn man könne z. B. nicht davon ausgehen, dass die Interessen der Frauen gar nicht vertreten sind, wenn ein Gremium praktisch nur aus Männern bestehe. Es sei theoretisch, aber auch de facto, so, "dass sich andere Gruppen für die Minderheiten einsetzen". Die linken Parteien würden sich im Parlament z. B. auch für die Interessen von Migrant*innen einsetzen, da sich diese selber nicht vertreten können. "Und so sind deren Interessen vertreten, obwohl sie als Personen nicht direkt vertreten sind". Es gäbe aber durchaus auch Situationen, bei denen es nötig sei, dass spezifische Gruppen dabei sind. Dies sei z. B. der Fall, wenn einzelne Gruppen etwas erlebt haben, das sich die anderen Mitglieder gar nicht vorstellen können, und diese Gruppen die Sachverhalte daher besser formulieren können.

Wenn also Frauen und Männer hinsichtlich eines Themas dieselben Interessen haben – und Ruedin meint, dass dies bezüglich geologischer Tiefenlager der Fall sei –, sei es folglich nicht so, dass die Interessen der Frauen in einem Männergremium nicht präsent sind. In diesem Fall komme es nicht so sehr auf die Verteilung der Geschlechter an.

"Bei dieser Sachfrage ist es nicht unbedingt ein Problem, wenn die Vertretung nicht repräsentativ ist. [...] Es sind dann halt nur Männer, die die Sitzungen abhalten. Aber die Interessen sind die gleichen." (Ruedin über die Interessen und Vertretung von Frauen und Männern in den RKs).

Wenn Frauen in einem Thema aber andere Interessen haben oder davon mehr betroffen sind, dann sei ein reines Männergremium problematisch, weil dann die Interessen der Frauen nicht mehr präsent seien und deren Sichtweise in den Diskussionen fehlen würden. Daher sei es in einem Gemeinderat anders als bei der rP. Denn der Gemeinderat behandle Themen aus den verschiedensten Gebieten, wohingegen in der rP ein viel kleinerer Themenbereich im Zentrum stehe. Daher sei es in einem Gemeinderat, sowie auch in den Legislativgremien, viel wichtiger, dass verschiedene Gruppen dabei sind und keine Perspektiven abwesend sind, wenn diese nötig sind.

Auf die Frage, ob denn **Frauen tatsächlich dasselbe Interesse bezüglich geologischer Tiefenlager** haben, antwortet Ruedin, dass es ja um das allgemeine Interesse an der Sicherheit oder der Energieproduktion gehe und er sich nicht vorstellen könne, dass Frauen, rein biologisch, dabei irgendein anderes Bedürfnis haben. Daher findet er es in dieser Sachfrage weniger schlimm, wenn die Frauen untervertreten sind, als wenn es um andere Themen geht, von denen Frauen explizit betroffen seien (z. B. Abtreibung oder häusliche Gewalt). Bei solchen Themen brauche man unbedingt beide Seiten und man könne nicht nur die Frauen oder nur die Männer miteinbeziehen.

²⁸ Siehe dazu auch Ruedin (2012a: 116).

Zusammenfassung des Gesprächs mit den zwei Frauen von WiN Schweiz

Die beiden Frauen Loner und Williams sind Vorstandsmitglieder von **WiN Schweiz**. WiN Schweiz nimmt nicht an der rP teil. Grund dafür sei wahrscheinlich, dass sie keine regionale, sondern eine schweizweite Organisation seien – und bei der rP sei jeweils nur eine einzelne Region betroffen. WiN Schweiz sei ein Verein mit etwa 50 Mitglieder und Teil des Netzwerkes WiN Global für Frauen, die im Gebiet der Nukleartechnologie arbeiten. Es gebe eine jährliche Konferenz für die WiN-Mitglieder jedes Landes, bei der die Möglichkeit bestehe, weltweit Kontakte zu knüpfen und Austausch zu betreiben. Hauptsächlich gehe es eigentlich um die Kommunikation innerhalb des Netzwerkes bezüglich der Kerntechnologie (und nicht nur bezüglich der Kernenergie). Diese interne Kommunikation sei gemäss Williams enorm wichtig: "Man will diesen Frauen Wissen zur Verfügung stellen und den Austausch untereinander fördern; auch mit anderen Ländern". Es gehe konkret auch um Karriereförderung und Job-Angebote. Die Kommunikation gegen aussen sei je nach Land und Mittel, die zur Verfügung stehen, und Mitgliederzahl sehr verschieden.

Als erstes wird Williams gefragt, weshalb sie als Anglistikerin und Literaturwissenschaftlerin nun in einem Beruf gelandet sei, der sich **mit Nuklearwissenschaften beschäftige**. Williams sei dort "per Zufall hineingerutscht". Da man bei der Energieforschung jemanden mit Fremdsprachenkenntnis gebraucht hätte, sei sie zuerst temporär in dieser Branche gelandet. Sie habe dort beim Übersetzen von Berichten und Präsentationen geholfen. Beim Lesen dieser Dokumente habe sie dann gemerkt, dass es sehr spannend sei, was in der Energieforschung gemacht werde. Sie habe zudem bald gemerkt, dass viele Vorurteile, die sie gehabt hätte, tatsächlich nur Vorurteile gewesen seien und überhaupt nicht stimmten. Vieles würde ganz anders aussehen, wenn man sich an die wissenschaftlichen Fakten halte. Sie habe dann auch realisiert, wie relevant das Thema Energie sei. So habe sie dann begonnen, sich speziell mit der Kernenergie zu befassen. Bis heute sei sie bei diesem Thema hängen geblieben – was sie nie gedacht hätte.

"Je mehr man darüber weiss, desto faszinierender wird es auch." (Williams über die Kernenergie)

Die Chemikerin Loner wollte nie in die traditionelle chemische Industrie. Sie habe sich immer stärker für die Kernenergie interessiert und sei dann über ihren Schwiegervater, der in diesem Gebiet gearbeitet habe, zur Kernenergie gekommen. Kernenergie habe viel mit Chemie zu tun: in einem Kraftwerk gebe es eine ganze Abteilung, die mit Chemie und Strahlenschutz zu tun habe.

Die Frage, ob sie in ihrer beruflichen Laufbahn auf irgendwelche **Hürden** gestossen sei, ob es Schwierigkeiten oder schlechte Erfahrungen gab, weil sie eine Frau ohne technische Ausbildung sei, verneint Williams. Sie habe lange in einem Kernkraftwerk in der Kommunikation gearbeitet, und sie habe immer das Gegenteil empfunden, "dass man als Frau sehr willkommen geheissen wird in dieser Branche". Man werde auch gefördert und unterstützt.

"Frauen werden sehr unterstützt in dieser Branche." (Williams über die Nuklearbranche)

Loner könne diese Aussagen nur unterstreichen; "ich hab durchaus auch diese Erfahrung gemacht". Die Frage, ob sie als Frauen in dieser Branche denn nie belächelt worden seien, verneint Loner ebenfalls. Man müsse sich in dieser männerdominierten Umgebung nur wohl fühlen, dann

gehe das gut²⁹. Dass die Kernenergie immer noch ein **männerdominiertes Thema** sei, bejahen beide Frauen. Es gebe zwar tendenziell immer mehr, aber anteilmässig immer noch nur wenige Frauen in der Branche. Diese würden zudem selten führende Positionen besetzen. Dies sei laut Williams aber in der ganzen Wirtschaft so.

MEINUNG ÜBER DAS REGIONALE PARTIZIPATIONSVERFAHREN

Im Anschluss darauf werden die beiden Frauen nach ihrer **Meinung über das regionale Partizipationsverfahren** gefragt. Loner findet es grundsätzlich eine gute Lösung, "dass man versucht, diese Regionen einzubinden und die verschiedenen Facetten, die das Ganze hat, auch anschaut". Gemäss Williams ist es "ganz ein wichtiger Prozess".

"Ich denke, der Sachplan geht damit den einzig richtigen Weg." (Williams über die rP)

Die Leute in diesen Regionen müssen sich laut Williams einbringen und mitreden können. Die rP sei aber vor allem auch ein wichtiges Forum, in dem die Betroffenen viel lernen können. Denn in der Kernenergie müsse man einfach ein paar Sachen lernen und wissen, damit man sich, basierend auf technischen und wissenschaftlichen Fakten, eine Meinung bilden könne. Williams denkt, dass viele Teilnehmende ihre Ansichten daraufhin ändern, anpassen oder völlig revidieren mussten – wie sie damals auch.

"Alle, die dort mitmachen, lernen etwas und können dieses Wissen auch weitertragen. Man kann auch Berührungsängste abbauen und man lernt, sich zivilisiert auseinanderzusetzen – auch mit Gegnern – und den Diskurs über dieses Thema [geologische Tiefenlagerung] zu pflegen."

"Wenn es zu einer Akzeptanz eines solchen Tiefenlagers kommen soll, dann braucht es diese Einbindung der Bevölkerung."

(Williams über die rP)

Die Frauen werden dann zu ihrer Meinung bezüglich der oft angebrachten Kritik, dass die rP nur eine **Alibiübung** sei und am Schluss sowieso der Bundesrat entscheide, wo das Tiefenlager hinkommt, gefragt. Gemäss Williams sei dies nicht der Fall. Loner meint, dass dies wohl eher Leute sagen, die sich gar nicht dafür interessieren und dies nur als Ausrede für ihre Nicht-Teilnahme an der rP benutzen.

"Ich sehe es nicht als Alibiübung. Das glaube ich wirklich nicht." (Williams über die rP)

Es stimme grundsätzlich schon, so Williams, dass eines Tages in Bern entschieden werde, wo das Tiefenlager hinkomme; dies aber anhand sicherheitstechnischer und wissenschaftlicher Fakten und nach einem langen Prozess. Und auch nachdem der Standortentscheid einmal gefällt sei, sei es wichtig, dass sich die Bevölkerung hat einbringen können. Diese müsse wissen, dass es nicht unwichtig ist, dass sie dort teilnimmt. Daher sei es schon wichtig, dass die Leute miteinbe-

²⁹ Ähnliche Aussagen sind auch im Magazin ENERGEIA zu finden, in dem weibliche Mitglieder der Eidgenössische Energieforschungskommission hinsichtlich Frauen in der Energiebranche allgemein befragt worden sind: "Ich hatte aber bisher nicht das Gefühl, dass ich als Frau [in der Energiebranche] weniger akzeptiert werde", "Dieses Gefühl [dass man sich als Frau in der Energiebranche mehr beweisen muss] habe ich nie gehabt" oder "Wenn eine Frau den Einstieg [in die Energiebranche] geschafft hat, ist die Akzeptanz in der Regel gegeben" (Zehnder 2017: 7).

zogen werden. Nach all dem, was sie bei ihrer täglichen Arbeit mitkriegt, habe sie den Eindruck, dass sich sowohl das BFE als auch die Nagra "endlos Mühe" geben. Sie informieren, führen Gespräche, laden Leute ein, entwickeln Sachen etc. Sie findet, dass man "unglaublich viel" in die Kommunikation investiert und den Leuten nicht das Gefühl gibt, dass es eine Alibiübung sei.

GRÜNDE FÜR DIE GERINGE FRAUENBETEILIGUNG IN DEN RKs UND EMPFEHLUNGEN

In Bezug auf die generell schwächere politische Partizipation von Frauen (sowohl als Politikerinnen und Kandidatinnen als auch an Wahlen und Abstimmungen oder an Gemeindeversammlungen) denkt Williams, dass es darauf ankomme, welches Thema jeweils besprochen werde. Frauen würden sich von Themen aus dem Sozial-, Gesundheits- oder Ökobereich wohl eher angesprochen fühlen. Bei der rP bestehe jedoch das Problem, dass diese vor allem technische Themen behandle und Frauen sich dafür weniger interessieren.

"Frauen interessieren sich grundsätzlich nicht so stark für Energiefragen."

(Williams über das Thema der rP)

Das **Thema (1. Grund)** könne also als erste Ursache genannt werden, weshalb sich Frauen so spärlich an der rP beteiligen. Gemäss Loner würden Frauen schon gerne mitdiskutieren oder Fragen stellen, wenn man sie in Gespräche zu solchen Themen verwickeln würde. Dafür müsse es aber jemanden geben – am besten eine Frau –, der/die aus diesem Bereich komme oder in einer RK sei und diesen Frauen Denkanstösse gibt und sie motiviert. Loner spricht von einer Art Vorbildern³⁰. Diese **Vorbildperson (1. Empfehlung)** sollte den Frauen das Gefühl geben, dass sie verstanden werden und dass sie dieselben Gedankengänge und Befürchtungen haben. Dafür sollten insbesondere auch Frauen, die bereits in der RK sind, "ihr Gesicht zeigen" und Werbung machen, indem sie sagen, wie wertvoll ihnen die Arbeit in der RK ist. Es komme dabei gar nicht auf die Position dieser Frauen in der RK an, "sondern einfach, dass sich Frauen in der Öffentlichkeit zeigen" – sei es in den Medien, mit Flyern oder Ähnlichem.

"Ich denke, vor allem für Frauen ist es sehr wichtig, dass sie sehen, dass in einer RK auch noch andere Frauen sind, die sich Gedanken dazu machen." (Loner zur Teilnahme von Frauen an der rP)

Damit verbunden ist die weitere Empfehlung Loners, dass sich diese **Frauen auch an Veranstaltungen äussern (2. Empfehlung)** und nicht nur Männer Referate halten sollten. Auch in diesem Rahmen sollten Frauen also eine Vorbildfunktion übernehmen. Die Vorbildfunktion von Frauen, die sich bereits in der rP engagieren, findet Loner sehr wichtig. Solche Frauen sollten sich auch ein bisschen dazu verpflichten, zu zeigen, was sie machen, hinzustehen und über ihre Arbeit zu berichten.

In Anlehnung an weibliche Vorbildpersonen fügt Loner an, dass sich **Frauen unter Frauen (3. Empfehlung)** allgemein wohler fühlen. Auch Williams findet, dass Frauen anders sind, wenn sie nur unter Frauen reden, als wenn Männer dabei sind. Sie unterscheidet zwischen drei Szenarien. *a)* "Frau spricht mit Frauen": Dies sei die beste Variante. *b)* "Frau spricht mit Männern und Frauen": Hier werde es bereits ein bisschen schwieriger, da sich bei gemischten Gruppen die

³⁰ Ein ähnlicher Aspekt wird auch im Artikel "Weibliche Energiepolitik" im ENERGEIA-Magazin aufgegriffen. So steht, dass erfolgreiche Energiepolitikerinnen, wie z. B. Bundesrätin Doris Leuthard, jungen Frauen als Vorbild dienen und diese zum Einstieg in die Politik ermutigen könnten (Brunner 2017: 4).

Männer gerne hervorheben. Die Frauen würden sich dann nicht mehr trauen, ihre Meinung zu sagen oder Fragen zu stellen, weil sie Angst haben, sich zu blamieren. Beim dritten Szenario c) "Mann spricht mit Männern und Frauen" sei es am schwierigsten für die Frauen.

"Ich habe den Eindruck, dass es den Frauen einfacher fällt, wenn sie mit Gleichgeschlechtlichen reden können." (Loner)

Williams, die Führungen in einem Kernkraftwerk gegeben hat, habe immer wieder diese Erfahrung gemacht, dass sich Frauen unter Frauen am wohlsten fühlen. In einer reinen Frauengruppe hätten sich die Frauen getraut, "dumme" Fragen zu stellen und alles zu sagen und zu diskutieren. "Wenn man sie an solche Themen heranzuführen kann, dann blühen sie richtig auf". Dies habe Williams vor allem bei Seniorinnen beobachtet, die als reine Frauengruppen Führungen machten. Sie habe auch schon erlebt, dass in Gruppen, bei denen Ehepaare dabei waren, sehr oft der Mann Fragen stellte. Wenn dann die Frau einmal etwas fragte, machte der Mann ein schräges Gesicht im Sinne von "oh, nein, jetzt fragt sie wieder eine 'dumme' Frage". Man merke dann auch diese "Autsch-Reaktion" bei den Frauen, die dann nie mehr wagen würden, eine Frage zu stellen. Das Interesse wäre grundsätzlich also schon da, der Weg dorthin sei aber oft schwierig.

Williams sieht als eine Lösung dieses Problems die Durchführung von **Arbeitsgruppen nur für Frauen (4. Empfehlung)**. Dort könnten diese ganz frei reden; denn "dann reden sie anders als wenn Männer da sind". Frauen hätten in anspruchsvollen technischen Themen nämlich "schon Hemmungen".

Ein weiterer Grund für die schwache Frauenbeteiligung bei der rP könnte gemäss Williams die **"wesentlich kritischere, bis sehr ablehnende" Haltung (2. Grund)** von Frauen gegenüber Kernenergie sein; "weil sie zu diesem Thema einen sehr emotionalen Ansatz haben". Männer würden sich eher für die Technik interessieren und betrachten dies auch ein bisschen sachlicher. Zudem würden viele Männer eine gewisse Faszination für die Technik oder für ein Kraftwerk empfinden. Daher seien Männer vielleicht eher bereit, sich auf dieses Thema einzulassen und den Wissenschaftlern zuzuhören. Dass Frauen dies viel mehr ablehnen würden sei auch durch Umfragen bestätigt worden. Frauen hätten demgegenüber öfter Angst und wollen sich daher gar nicht damit beschäftigen.

"Die emotionale ablehnende Haltung gegenüber der Kernenergie ist mit ein Grund, denke ich, dass Frauen nicht in die RK gehen." (Williams über Gründe für das Fernbleiben von Frauen)

Ein weiterer Grund, weshalb sich Frauen weniger stark an der rP beteiligen als Männer sei gemäss Williams die **"Trippelbelastung" (3. Grund)**. Frauen würden heutzutage arbeiten gehen, haben Kinder, wollen attraktiv und sportlich sein und auch irgendwann noch ein bisschen Freizeit haben. Der Tag habe aber nur 24 Stunden. Williams findet, dass Frauen nach wie vor mehr für die Familie arbeiten als Männer. Dies beinhalte nicht nur den Haushalt, sondern auch z. B. die Eltern, die Schwiegereltern oder das Patenkind³¹. Loner fügt hinzu, dass es auch häufig Frau-

³¹ Ähnliche Aussagen sind auch im Magazin ENERGEIA zu finden, in dem eine interviewte Frau aus der Eidgenössischen Forschungskommission Folgendes sagt: "Solange aber das Problem besteht, dass Familie und Beruf schwierig zu vereinbaren sind, wird dieser Anteil [von Frauen in der Energiebranche] weiterhin nur langsam zunehmen" (Zehnder 2017: 7). In einem anderen Artikel derselben Zeitschrift wird geschrieben, dass die politische Karriere von Frauen durch das Schweizer Milizsystem erschwert würde, "da für viele Frauen bereits der Hauptbe-

en seien, die bei Organisationen oder Freiwilligenarbeiten mithelfen – "dort ist der Frauenanteil wesentlich höher als der Männeranteil".

"Frauen haben einfach viel weniger Zeit.

Das ist eines der grössten Probleme (auch in unserem Verein)." (Williams)

Als weiteren Grund nennen Loner und Williams, dass Frauen immer noch instinktiv denken würden, dass Technik eine **Männerdomäne (4. Grund)** sei und dort zum Teil ein bisschen andere, rauere Sitten herrschen würden. Die Diskussionskultur von Männern sei schon anders und es könne schon sein, dass eine Frau findet, "das ist jetzt irgendwie nicht so mein Ding". Nichtsdestotrotz würden es Männer in der Regel eigentlich begrüessen, so Loner, "wenn auch Frauen dabei sind". Für Frauen sei es aber trotzdem schwierig, diese Hürde zu nehmen und sich dort auch zu integrieren. Dies habe unter anderem mit dem Frauenbild in unserer Gesellschaft zu tun, meint Williams. Sie habe sich manchmal gefragt, wieso so viele Frauen, die noch keine Kinder haben – und daher eigentlich Zeit hätten – sich nicht oder kaum für Politik interessieren. Die meisten Frauen würden sich mehr für Mode, Shopping oder Styling interessieren.

"Ich denke, es ist eine wichtige Aufgabe für die Schule, etwas daran [am Frauenbild] zu ändern." (Williams über das Rollenbild der Frau in der heutigen Gesellschaft)

Williams sieht den Grund für die schwache Frauenbeteiligung bei solchen Beteiligungsprozessen im **Rollenbild der Frau in unserer Gesellschaft (5. Grund)**, welches immer noch eher konservativ geprägt sei. Im Gymnasium hätte sie zum Glück einen sehr guten Geschichtslehrer gehabt, mit dem sie sehr viel Politik gemacht, diskutiert oder Sachen (Wahlen und Abstimmungen) vorbereitet hätten. Aber die Gymnasiasten seien ja nur eine kleiner Teil aller Jugendlichen. Daher müsse dies "auf allen Schulstufen viel mehr gelebt werden" und man sollte die Kinder viel früher an die Politik heranzuführen. Zudem sollten die Mädchen gezielt bei technischen Themen eingebunden werden. Es gäbe ja bereits Versuche, wie z. B. der Nationale Zukunftstag, an dem Mädchen und Jungen gezeigt wird, was es alles für Berufe gibt und dass diese nicht geschlechterbezogen sind³². Williams habe manchmal den Eindruck, dass dies in der Schweiz einfach noch ein bisschen Zeit brauche: "Wir sind ein konservatives Land".

Damit sich dies ändert und sich auch Frauen vermehrt in der Politik engagieren können, müsse gemäss Loner akzeptiert werden, "dass die **Männer** auch einmal die **Frauenrolle übernehmen**" (**5. Empfehlung**). Jedoch würden Männer oft noch schräg angeschaut werden, wenn sie sagen, dass sie einen Teil der Kindererziehung übernehmen oder einen Teil der Zeit zu Hause sein wollen. Die Männer sollten daher die Möglichkeit haben, mehr Arbeiten der Frau übernehmen zu können, z. B. mit **Teilzeitstellen (6. Empfehlung)** für Männer oder für Paare, bei denen beide arbeiten. Dies sei vor allem eine Aufgabe für die Arbeitgeber. Diese müssten zusätzlich auch "die Frauen freistellen für solche Tätigkeiten [politisches Engagement]; damit sie Botschafterinnen für ihre Branche sein können".

ruf und die Familie schwierig zu vereinen seien" (Brunner 2017: 4). Stadelmann-Steffen und Koller (2014: 542) sprechen diesen Aspekt in ihrem Artikel ebenfalls an und schreiben, dass, obwohl Frauen vermehrt einer bezahlten Arbeit nachgehen, sie immer noch einen grossen Anteil der unbezahlten Arbeit zu Hause erledigen müssen. Konsequenterweise bleibt dann weniger Freizeit, die z. B. für politische Aktivitäten genutzt werden kann.

³² Siehe dazu: <http://www.nationalerzukunftstag.ch/de/home/>

"Wenn man will, dass sich Frauen politisch mehr engagieren und bei solchen Sachen [wie der rP] mehr mitmachen, dann muss man Freiräume für Frauen schaffen; d. h. sie ein bisschen entlasten von Beruf und Familie." (Williams)

Gemäss Loner müsse man zusätzlich die Männer dazu motivieren, die **Frauen auch in diesen Bereichen zu fördern (7. Empfehlung)**; so wie sie zwei es selber in ihrer Branche erleben. "Wir haben nicht das Gefühl, dass wir gebremst worden wären". Man muss die Männer dazu motivieren, manchmal einen Schritt zurück zu machen und den Frauen in den Gremien ab und zu "den Vortritt zu lassen oder sie zu motivieren".

Als weiterer Grund für die schwache Frauenbeteiligung an der rP wird die Tatsache diskutiert, dass die Hälfte der RK-Mitglieder **Gemeindeabgeordnete (6. Grund)** sind und in den Gemeinderäten die Männer bereits in Überzahl sind. Auch hier sieht Williams die Ursache in der Zeit, die den Frauen für ein solches Engagement fehle. Zudem herrsche immer noch die Tradition, dass Männer Politik machen. Frauen würden sich lieber an anderen Orten engagieren, wie z. B. mit Freiwilligenarbeit in Vereinen. Die technischen Angelegenheiten würden Frauen dann lieber den Männern überlassen.

Als allgemeiner Lösungsvorschlag könnte gemäss Williams die Einführung von **Quoten (8. Empfehlung)** etwas bewirken. Da die rP aber auf freiwilliger Basis von statten geht, ist dies kein Ansatz. Das BFE kann die Präsidenten der RK nicht zwingen, nur noch Frauen aufzunehmen. Nichtsdestotrotz könne laut Williams aber der Auftrag gegeben werden, dass ein zu ersetzender Sitz durch eine Frau besetzt werden sollte.

MEINUNG ZU RUEDINS ARGUMENT BEZÜGLICH DER FRAUENVERTRETUNG IN DEN RKs

Abschliessend werden die beiden Frauen noch gefragt, wie sie zu Ruedins Argument stehen, dass es gar nicht so wichtig sei, viele Frauen in der RK vertreten zu haben, da diese hinsichtlich der Standortsuche dieselben Interessen hätten wie die Männer. Weder Williams noch Loner sind dieser Meinung.

"Männer und Frauen stehen diesem Thema sehr unterschiedlich gegenüber; haben eine andere Herangehensweise." (Williams)

Gemäss Williams würden Frauen vermutlich mehr für ihre Nachkommen denken und "sich für die Sicherung der Lebensqualität ihrer Nachkommen einsetzen". Frauen hätten bezüglich Tiefenlagerung mehr **Zweifel**, ob dies ökologisch standhält, ob die technische Sicherheit gewährleistet werden kann und was dies für die Zukunft bedeutet. Daneben hätten sie auch grössere **Ängste** – vor allem wenn es um Radioaktivität oder Umweltverschmutzung, bzw. um diese sehr grossen Zeiträume und weiten Dimensionen gehe – und diese Ängste müsse man abholen. Ihre Umfragen hätten gezeigt, dass Frauen **skeptischer und ablehnender** gegenüber der Kernenergie sind und diesbezüglich einen **emotionaleren Ansatz** hätten. Und wenn man Akzeptanz erzielen wolle, dann müsse man die Menschen auch auf der emotionalen Ebene abholen. Man müsse sie ernst nehmen mit ihren Ängsten und Zweifeln, auf sie eingehen und ihnen mit Fakten weiterhelfen.

"Frauen muss man bei diesem Thema [geologische Tiefenlagerung] mit ins Boot nehmen. Es ist wichtig, dass sie dabei sind und dass sie mehr technisches Wissen lernen." (Williams)

Williams findet es wichtig, dass mit denjenigen gesprochen wird, die Zweifel haben, und es nicht viel bringe, wenn man nur diejenige miteinbeziehe, die dem Thema gegenüber bereits positiver eingestellt sind. Man müsse denen, die Ängste und Zweifel haben, sachlich und neutral die Vorteile und Nachteile aufzeigen. Nur so würden sich diese auch eine eigene Meinung bilden können. Daher findet Williams es ganz wichtig, dass man mehr Frauen zur Teilnahme an der rP überzeugen kann³³. Dafür könnte man **Frauen explizit aufsuchen und ansprechen**; z. B. in Frauenvereinen. Im besten Fall sollte dies durch eine Frau geschehen. Diese sollte dann ausdrücklich sagen, dass Frauen in der RK wichtig sind. Den Frauen soll gezeigt werden, dass man mit ihnen über ihre Sorgen und Ängste reden will. Nur so bringe man laut Williams "nachhaltig Akzeptanz in einer Region hin". Hierbei könnte z. B. die Nagra, bei der sehr professionelle Frauen arbeiten würden, Kommunikationsarbeit leisten und weibliche Mitarbeitende zu den Frauen schicken; was wiederum mit der Vorbildfunktion von Frauen zu tun hat.

"Wenn man Akzeptanz erzielen will, muss man die Frauen auf jeden Fall ins Boot holen. Ich sehe das auch als Handlungsempfehlung an die Branche. Diese muss tatsächlich vermehrt Frauen auf die Piste schicken, um Frauen zu akquirieren." (Williams)

EXKURS zum Forschungsstand über die Einstellung von Frauen gegenüber geologischer Tiefenlagerung und der Entsorgung radioaktiver Abfälle allgemein

Da sich die Meinungen des Sozialwissenschaftlers Ruedin und der beiden Frauen von WiN Schweiz bezüglich der Einstellung von Frauen gegenüber der geologischen Tiefenlagerung oder allgemein der Entsorgung radioaktiver Abfälle unterscheiden, wird hier kurz aufgezeigt, was in der Forschung diesbezüglich herausgefunden wurde. Jenkins-Smith et al. (2011) stellen in ihrer Studie über "Public Acceptance of a Permanent Nuclear Waste Disposal Facility" fest, dass Männer den Bau des WIPP (*Waste Isolation Pilot Plant*; ein Endlager für radioaktive Abfälle) stärker unterstützen als Frauen (Jenkins-Smith et al. 2011: 636). Zudem sehen Männer ein kleineres Risiko im Transport der Abfälle zur WIPP als Frauen. Männer würden auch eher für das WIPP stimmen als Frauen (ebd.: 638 f.). Zusammenfassend schreiben die Autoren, dass, neben der Distanz zu einer solchen Anlage, der Stellenwert von Umweltproblemen und dem Minderheitsstatus, das Geschlecht eine der stärksten Einflussvariable hinsichtlich der Einstellung gegenüber einer solchen Anlage ist (ebd.: 642). Seidl et al. (2011) konnten mit ihrer Studie über "Wert-haltungen und Meinungen bei der Entsorgung radioaktiver Abfälle" ebenfalls feststellen, dass Frauen eine geringere Akzeptanz gegenüber geologischen Tiefenlager zeigen als Männer (Seidl et al. 2011: 19). Die Geschlechtsunterschiede seien vor allem bei der Abwägung der Risiken und Chancen durch ein geologisches Tiefenlager klar signifikant (ebd.: 23). Frauen sehen in einem solchen Lager mehr Risiken als Männer. Zwei Jahre später führten dieselben Autoren die Überlegungen im Papier "Perceived Risk and Benefit of Nuclear Waste Repositories" (Seidl et al. 2013) aus. Darin verweisen sie auf zwei weitere Studien, die Geschlechterunterschiede in der Risikowahrnehmung, insbesondere bezüglich nuklearer Technologien, untersuchen und schliesslich auch feststellen können (siehe Gustafson 1998; Davidson und Freudenburg 1996; zit. in Seidl et al. 2013: 1045). Weitere Studien, die sich mit der Einstellung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen gegenüber geologischen Tiefenlagern oder radioaktiven Abfällen befassen, sind z. B. Raetzo (2014), TSN opinion (2008, 2013) oder Wüest Partner AG (2016).

³³ Dass Frauen unbedingt in Gremien präsent sein müssen, schreiben auch Paxton et al. (2007) in ihrem Kapitel "Do Women Make a Difference?". Es sei wichtig, dass Frauen, die die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, politisch tätig sein sollen, obwohl sie zum Teil genau gleich agieren wie Männer ("they legislate exactly the same as men" (Paxton et al. 2007: 272)). Sobald Frauen aber unterschiedliche Interessen und Prioritäten hinsichtlich eines Themas haben, sei es noch viel wichtiger, dass diese miteinbezogen werden. Paxton et al. sprechen dabei ebenfalls den von Ruedin erwähnte Unterschied zwischen deskriptiver und substantiver Repräsentation an.

Jugendliche in der regionalen Partizipation

Für den Präsidenten der RK JO, **Müller**, sei es hinsichtlich der Beteiligung von Jugendlichen in der rP schwierig, "überhaupt ein paar zu gewinnen". An das Aufbauforum, welches extra für Jugendliche veranstaltet worden sei, seien nur etwa fünf oder sechs Jugendliche gekommen. Davon seien dann nur eine oder zwei Personen tatsächlich der RK beigetreten. Sie hätten zudem alle Jugendorganisationen angeschrieben und "auch nachher aktiv Jugendliche gesucht". Die Gemeinden seien auch explizit angefragt worden, ob sie keine Jugendlichen kennen, die evtl. bereit wären, teilzunehmen. Auf die Frage, was man denn machen könnte, damit mehr Jugendliche an der rP teilnehmen, antwortet Müller, dass man einen Event veranstalten könnte. Es stelle sich dann jedoch die Frage, weshalb die Jugendlichen kommen würden; wegen dem Apéro oder wegen dem tatsächlichen Inhalt? Er findet es grundsätzlich wichtig, dass man allen die Gelegenheit gibt, mitzumachen und dass man es vor allem den Jugendlichen schmackhaft mache. Aber irgendwann müsse man einfach sagen, "jetzt ist es so. Wenn sie nicht wollen, dann wollen sie halt nicht". **Lienhart** sagt ebenfalls, dass in der RK NL die Jugendlichen schlecht vertreten sind. Mit etwa zehn Jugendlichen als Mitglieder sei das Bild der RK "männlich und grauhaarig". Sie hätten kein Aufbauforum explizit für Jugendliche durchgeführt, sondern einfach die Leute als Mitglieder in die RK aufgenommen, die sich bei den anderen Aufbauforen gemeldet haben. Wie bereits im Abschnitt zur Frauenvertretung erwähnt, habe man es den Gremien überlassen, welche Delegierten sie schicken wollen. **Grau** von der RK ZNO findet es sehr wichtig, dass auch Jugendliche an der rP teilnehmen. Daher sei er bemüht, diese in die RK zu bringen. Aber auch ZNO habe beim Aufbau nicht explizit Jugendvereine angeschrieben. Wenn er jetzt den Auftrag erhalten würde, die RK nur mit Jugendlichen zu vergrössern, würde Grau eine Informationsveranstaltung für Jugendliche machen mit dem Titel "Wir wollen die RK mit Jugendlichen ergänzen". Dort sollen die Jugendlichen darüber informiert werden, was laufe und wie gross der Aufwand sei. Dies sollte sodann per Inserate und Facebook durch eine junge Person gestreut werden, da diese einen grösseren Bekanntenkreis habe.

Hinsichtlich des Alters können den **Mitgliederlisten** keine Informationen entnommen werden. Die im Rahmen der durchgeführten Evaluation befragten Personen (Präsidenten der sechs RKs, Leitungspersonen der Fachgruppen und Teilnehmer der Online-Umfrage) bestätigen jedoch die Aussagen, dass neben den Frauen auch Jugendliche untervertreten sind (siehe dazu Alpiger und Vatter 2016: 20).

Zusammenfassung des Fokusgruppengesprächs mit neun Jugendlichen

FORMEN DES POLITISCHEN ENGAGEMENTS DER JUGENDLICHEN

Im Fokusgruppengespräch mit den neun Jugendlichen werden diese als erstes gefragt, ob und in welcher Form sie **politisch aktiv** sind. Die meisten geben an, dass sie abstimmen und wählen gehen. Politisch aktiv sei keiner der Jugendlichen (ausser eine Person, die für eine Partei aktiv tätig ist). Weiter geben sie an, dass sie zum Teil mehr und zum Teil weniger über politische Themen diskutieren – sei es im Kollegenkreis oder in der Familie – und sich dafür interessieren. Auch die unter 18-Jährigen würden manchmal über politische Themen diskutieren; da dies ihre

Eltern tun. Ein 16-Jähriger erzählt, dass er einmal Flyer verteilt habe – aber nur weil er dafür Geld verdient habe. Eine 23-Jährige sagt, dass sie erst seit einem Jahr abstimmen und wählen gehe. Früher hätte es sie einfach nicht "gepackt" oder sie hätte es verschlafen, das Abstimmungs-couvert rechtzeitig auszufüllen.

An **Gemeindeversammlungen** haben nur Einzelne einige Male teilgenommen. Oft hätten sie gar nicht mitgekriegt, dass eine Gemeindeversammlung stattfinden würde. Dies stehe ja nur im Amtsblatt, welches sie ohnehin nicht lesen würden. Ein Jugendlicher schlägt daher vor, dass vor einer Gemeindeversammlung jeder Person ein Stimmrechtsausweis zugeschickt werden sollte – sozusagen als Einladung und Erinnerung an die Gemeindeversammlung.

Auf die Frage, ob sie bereits an **Demonstrationen** teilgenommen haben, antwortet eine junge Frau, dass sie einmal in Berlin an einer 1. Mai-Demonstration gewesen sei. Derjenige, der in einer Partei aktiv ist, nehme mit seiner Partei immer an 1. Mai-Veranstaltungen teil. Ob man an Demonstrationen teilnehme oder nicht, habe viel mit dem Kollegenkreis zu tun: "Wenn Kollegen an Demos gehen, dann geht man eher auch einmal mit. Wenn du keine solchen Kollegen hast, dann bekommst du das gar nicht mit".

Bei einer **Unterschriftensammlung** (für eine Petition, Initiative oder Referendum) habe sich noch nie jemand beteiligt. Eine Jugendliche fügt dem hinzu, dass sie aber grundsätzlich immer unterschreiben würden, wenn sie für eine Unterschrift gefragt werde – auch wenn sie dagegen sei. Sie könne ja immer noch dagegen stimmen, wenn später darüber abgestimmt werde. Die Jugendliche findet, dass über jede Problematik, die mit einer Petition, Initiative oder Referendum aufgegriffen wird, diskutiert werden sollte. Der in einer Partei aktive Jugendliche fügt hinzu, dass er dies den Leuten, die er auf der Strasse anspreche, auch manchmal sage – vor allem wenn eine Person nicht sicher sei. Er sage den Leuten, dass sie doch unterschreiben sollen, denn dann komme es zum Abstimmungskampf, bei dem alle Argumente genannt werden, womit man sich eine auf Argumenten basierende eigene Meinung bilden könne. Eine Jugendliche findet, dass in der Schweiz zu viel abgestimmt wird. Trotzdem gehe aber auch sie immer abstimmen. Eine andere fügt hinzu, dass sie auf der Strasse noch nie etwas unterschrieben habe, online jedoch schon sehr oft.

Daraufhin werden die Jugendlichen gefragt, ob sie **soziale Medien** nutzen, um politische Werbung zu machen oder die eigene Meinung kundzugeben. Die Antworten fallen gemischt aus. Gegen die Benutzung von sozialen Medien spreche, dass dort alles über Jahre hinweg gespeichert bleibe und man daher seine Meinung kaum mehr ändern könne (da immer wieder auf das vor zehn Jahren Gesagte zurückgegriffen werden könne). Ein weiterer Grund dagegen sei, dass in den sozialen Medien "unreale" Diskussionen oder Streite entstehen, die in der Realität nie stattfinden würden (bzw. würden die Leute es in der Realität nie wagen, solche Aussagen zu machen) – "Die Hemmschwelle sinkt". Des Weiteren würden die sozialen Medien, oder vor allem Facebook, die Informationen oft auf den Benutzer zuschneiden. Es kommen also nur diejenigen Informationen an den Benutzer, die ihm wohl auch gefallen. Dies sei bereits eine Art Zensur, die Facebook mache.

Es werden aber auch Gründe genannt, weshalb die Benutzung von sozialen Medien gut sei. Damit könne man viele Leute erreichen, welche politische Themen sonst nicht mitbekommen wür-

den. Darunter fallen z. B. die Jugendlichen oder aber auch Leute aus sozial niedrigeren Schichten. Zudem können Informationen damit schneller und breiter gestreut werden, als wenn man jemandem *face-to-face* etwas sage. Weiter biete z. B. Facebook die Möglichkeit für das Zusammenkommen von verschiedenen Meinungen. Dies könne zum Teil interessanter sein, als wenn nur im eigenen Kollegenkreis (der meistens dieselbe Meinung hat) diskutiert wird.

"Du erreichst damit eine Bevölkerungsschicht, die du sonst nicht erreichen würdest."

(Jugendliche über die sozialen Medien)

Eine Jugendliche meint, dass man in den sozialen Medien ja auch neutral politisch aktiv sein könne, indem man neutrale Artikel zu einem Thema teile und nicht eine Diskussion darüber starte. Die sozialen Medien (und das Internet allgemein) würden zudem die Möglichkeit bieten, Videos über ein Abstimmungsthema zu verbreiten. Es wird das Newsportal *Watson* genannt, welches jeweils in einer unterhaltsamen Form komplexe Abstimmungsthemen erkläre, oder die Online-Plattform *Easyvote*, welche die politische Partizipation von jungen Erwachsenen fördern möchte. Dies werde anhand einfacher und neutraler Filmchen über aktuelle Abstimmungsthemen gemacht. Auch die Online-Wahlhilfe *Smartvote* wird als Hilfsinstrument genannt. Denn sowohl mit *Smartvote* als auch mit *Easyvote* könne man sich neutral über die anstehenden Wahlen oder Abstimmungen informieren.

"Easyvote finde ich super. Mit kurzen Videos, mit allen Infos, neutral, kompakt zusammengefasst und mit Pro- und Contra-Argumenten."

"Ich finde solche Sachen wie Easyvote oder Smartvote sehr wichtig, weil dort Pro- und Contra-Argumente völlig neutral aufgelistet werden."

Denn z. B. in den Medien bekommst du nicht immer alle Infos zu einer Abstimmung."

(Jugendliche über *Easyvote* und *Smartvote*)

Bei der Frage, ob die Jugendlichen sonst in irgendeiner Form politisch aktiv seien, wirft ein Jugendlicher ein, dass seiner Meinung nach **bereits "sich allgemein informieren" politische Partizipation** sei. Ein anderer Jugendlicher meint, dass nur das Reden über etwas eigentlich auch schon eine politische Aktivität sei. Das Verfassen eines konstruktiven Online-Kommentars gehöre auch dazu.

"Sobald du im Gespräch bist und dir eigene Gedanken machst, bist du eigentlich politisch aktiv."

"Grundsätzlich ist jede Tätigkeit eine politische Tätigkeit bzw. ein politisches Statement; ob es bewusst ist oder unbewusst."

(Jugendliche über Formen der politischen Aktivität)

UNTERSCHIED ZWISCHEN ALT UND JUNG

In Bezug auf die Aussagen, dass politische Aktivität weit mehr als nur Wählen und Abstimmen sei, werden die Jugendlichen gefragt, was sie denn für einen Unterschied zwischen der politischen Partizipation von jüngeren und derjenigen von älteren Personen sehen. Eine Jugendliche sieht den Unterschied in den **Informationsquellen**; die Jugend informiere sich mit der Gratiszeitung 20minuten und die Alten würden die Tageszeitung NZZ lesen. Sie könne sich aber vorstel-

len, dass dies früher auch schon so gewesen sei und ihre Eltern sich als Jugendliche auch anders informiert hätten als die Erwachsenen. Da sich die Informationsquellen zwischen Alt und Jung unterscheiden, sei folglich auch der Informationsgehalt anders. Eine andere Jugendliche meint, dass sie immer ihre Eltern frage, wenn sie selber etwas nicht wisse. Früher habe sie alles geglaubt, was in der Zeitung 20 Minuten gestanden habe; heute traue sie den Informationen daraus nicht mehr immer. Daher sei es wichtig, sich selber eine Meinung zu machen.

"Ich denke, man entwickelt sich und vielleicht müssen wir uns in dieser grossen Auswahl, die wir an Informationsquellen haben, zuerst zurechtfinden, damit wir die Informationen finden, die man finden möchte." (Jugendliche über das Angebot an Informationen)

Ein weiterer Unterschied sei, dass die älteren Leute **mehr Erfahrung** haben. Darauf bezogen sagt eine Jugendliche, dass sie in der Schule kaum Unterricht zur politischen Bildung gehabt habe. Zum Teil werde dies erst im Gymnasium behandelt. Gemäss einer kurzen Fragerunde hatten einige Jugendliche aus der Fokusgruppe Staatskundeunterricht gehabt (zum Teil sogar mehrere Male), andere gar nie. Daher seien gewisse Jugendliche "jetzt einfach noch nicht so weit". Man müsse lernen, wie man ein politisches Urteil fällen kann, denn dies sei mehr als nur eine Meinung über etwas zu haben. Es habe auch damit zu tun, dass man wisse, wie und wo man sich Informationen beschaffen könne.

*"Du musst lernen, dir eine eigene Meinung zu bilden.
Es ist nicht so, dass du das einfach von Kind auf kannst".*

*"Wenn du abstimmt, dann sollte dies ein rational begründetes Urteil sein;
und nicht nur 'ich sag mal meine Meinung'."*

(Jugendliche über die eigene Meinungsbildung)

DAS WAHLALTER 16 UND SICH NICHT ERNST GENOMMEN FÜHLEN

Daraufhin werden die Jugendlichen gefragt, ob die Tatsache, dass man nie gelernt habe, dass man eine eigene Meinung haben kann, diese mitteilen kann und dass diese auch zählt, ein Grund für die tiefe Partizipationsrate von Jugendlichen sein könnte. Darauf antwortet eine Jugendliche, dass dies mit einem Abstimmungsalter von 16 Jahren sicher anders bzw. besser wäre³⁴. Wenn man nicht abstimmen dürfe, so habe man das Gefühl, dass es nichts bringe, sich mit einem Thema auseinanderzusetzen. Ein anderer Jugendlicher ergänzt und sagt, dass es ein Alter gebe, ab

³⁴ Im Kanton Glarus dürfen Jugendliche ab 16 Jahren seit 2007 abstimmen und wählen, wodurch der Kanton schweizweit eine Vorreiterrolle einnimmt (Schenkel 2007). Konkrete Erhebungen über die Beteiligung der 16-Jährigen gibt es für Glarus bisher aber noch keine (Müller und Loser 2016). In Österreich wurde das aktive Wahlalter auf Bundesebene 2007 auf 16 Jahre gesenkt (Demokratiezentrum Wien 2015). Gemäss einer Studie stimmen die 16- und 17-Jährigen zwar unterdurchschnittlich häufig ab, jedoch gehen sie deutlich häufiger wählen als ältere Erstwähler. Für die Österreichischen Nationalratswahlen 2008 wurde die Beteiligungsrate auf 77 % geschätzt, was nahezu der durchschnittlichen österreichischen Wahlbeteiligung von 78.8 % entspricht (Schwarzer et al. 2009: 42; Vehrkamp et al. 2015: 36). In Deutschland führte Niedersachsen 1996 als erstes Bundesland das aktive Wahlrecht ab 16 Jahren auf Kommunalebene ein; weitere Bundesländer folgten. Auf Landesebene ist das Wählen ab 16 Jahren nur in den Bundesländern Bremen und Brandenburg möglich (Landesjugendring Brandenburg 2017; Zicht 2016). Aus der Studie "Wählen ab 16" geht hervor, dass es durch die Senkung des Wahlrechts auf 16 Jahre langfristig gelingen kann, die Wahlbeteiligung von 72 % (bei den Bundestagswahlen 2013) auf 80 % (im Jahr 2049) zu steigern. Denn "je früher und je häufiger Erst- und Jungwähler ihre Stimme abgeben, desto höher ist langfristig das Niveau der allgemeinen Wahlbeteiligung" (Bertelsmann Stiftung 2015; Vehrkamp et al. 2015: 62 ff.).

dem man sich langsam eine politische Meinung bilde. Und wenn man sich dann nicht beteiligen könne, dann versande dieses Interesse. Gemäss einer anderen Jugendlichen werde einem als Jugendlichen das Gefühl gegeben, dass die eigene Meinung nicht wichtig ist. Man fühle sich als nicht komplett ernst genommen, obwohl dies vielleicht gar nicht so ist³⁵.

"Von den älteren Leuten kommen Sätze wie 'du hast sowieso keine Ahnung'."

"Wenn man jung ist hat man generell das Gefühl, dass man sich rechtfertigen muss, wenn man selber eine Meinung hat, die ein bisschen anders ist, als dass andere denken."

(Jugendliche über die Gründe, wieso man als junge Person nicht an (politischen) Diskussionen mit älteren Personen teilnehmen will)

Dies führe dazu, dass man sich oft nicht traue, etwas zu sagen oder einen Posten zu übernehmen. Dies sehen die Jugendlichen auch als Grund, weshalb die Jugend schwach politisch partizipiert. Es gehe dabei zwar auch um das 'nicht ernst genommen fühlen' aber vor allem auch darum, dass man sich das nicht zutraue. Sie Jugendliche hätten einfach eine "Unsicherheit gegenüber älteren Leuten". Das sei wohl auch ein Grund, weshalb es in den RKs mehr Männer habe; denn Frauen seien in dieser Hinsicht ähnlich wie Jugendliche.

"Ich war erst vor kurzem an der Urne abstimmen und dann hat mich ein älterer Herr angesprochen und gefragt, was ich denn hier mache; ob ich meinen Vater begleite."

(Jugendliche über das Verhalten älterer Leute gegenüber jungen Personen)

DAS BRIEFLICHE ABSTIMMEN

Als nächstes wird das Thema vom brieflichen Abstimmen aufgegriffen und mit den Jugendlichen darüber diskutiert, dass durch das briefliche Abstimmen – im Gegensatz zum Urnengang – die Teilnahme doch vereinfacht werde. Doch trotzdem würden sich die Jugendlichen weniger beteiligen als die Erwachsenen. Eine Jugendliche fragt, ob es nicht möglich wäre, z. B. in Form eines E-Mails seine Stimme abzugeben. Sie findet, dass die Online-Partizipation die Teilnahme von Jugendlichen erhöhen würde.

"Das ist nicht mehr ein moderner Weg." (Jugendliche über das briefliche Abstimmen)

Die Jugendlichen bestätigen sodann die Frage, ob es der **Aufwand** sei, den die Jugend davon abhalte an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen. Eine andere Jugendliche meint aber, dass dies früher wohl kaum anders gewesen sei.

"War dies früher anders? Sind meine Eltern, als sie 20 Jahre alt waren, immer abstimmen gegangen? Ich glaube, das hat doch einfach mit dem Jugendlich-Sein zu tun. Da bist du noch immer in der Identitätsfindung."

(Jugendliche über die geringe Stimmbeteiligung von Jugendlichen)

³⁵ Dies wurde auch im PIDOP-Projekt festgestellt. So steht im *Policy Briefing Paper No. 7* (PIDOP 2012b: 3), dass die im Rahmen des Projektes gemachten Untersuchungen offenbaren, dass junge Menschen sich von Politikern oder anderen Erwachsenen oft nicht ernst genommen fühlen. Dieses fehlende Entgegenkommen verringert deren Glauben in die eigenen politischen oder gesellschaftlichen Fähigkeiten und ist ein signifikanter negativer Anreiz, sich weiterhin mit der Politik zu beschäftigen.

Als zusätzliche Hürde wird das **Frankieren der Briefumschläge** genannt (das Abstimmungs-couvert muss nur in gewissen Kantonen frankiert werden). Obwohl es sich nur um einen Franken handle, halte es davon an, brieflich abzustimmen. Zudem **komme der Brief zu früh an** und bis die Abstimmung sei, habe man dies wieder vergessen. Die Jugendlichen hätten wohl einfach noch zu wenig Selbstdisziplin. Ein Jugendlicher schlägt vor, dass ein E-Mail-Reminder verschickt werden könnte. Dafür müsste man sich aber wohl freiwillig melden, da der Staat (oder der Kanton) keine E-Mail-Adressen von uns habe. Durch die Plakate würde er nicht daran erinnert werden, da er diese nicht immer anschau. Ein anderer meint, dass man diese mit der Zeit gar nicht mehr wahrnehme, wenn man sie zu oft sehe.

POLITISCHE BILDUNG DURCH ERZIEHUNG UND SCHULE

Gemäss einer Jugendlichen habe die Tatsache, ob eine junge Person abstimmen geht oder nicht, viel mit der Erziehung zu tun: "Wenn es die Eltern machen, machst du es halt auch. Dann gehört es einfach dazu". Zudem spiele wohl auch der Kollegenkreis eine Rolle. Es gebe Kollegenkreise, bei denen alle abstimmen und wählen gehen und solche, bei denen dies niemand tut. Es wäre daher wichtig, diejenigen zu mobilisieren, die gar kein Interesse haben. Wichtig sei dabei nicht die Frage, wie man sie erreichen kann, sondern, wie man ihr Interesse wecken kann. Man könnte z. B. in den Schulen ansetzen und diesen den Auftrag erteilen, politische Themen zu besprechen. Denn dort könne man das Interesse wecken. Obwohl gewisse Jugendliche Staatskundeunterricht gehabt haben, sei dies nicht überall obligatorisch. Es sei zwar im Fach Geschichte angegliedert, jedoch liege es an der Lehrperson, ob sie ein paar Lektionen Staatskunde machen will oder nicht.

"Das ist das Problem: du hast keine politische Bildung in der Schule. Dafür musst du einen Lehrer haben, der sich dafür interessiert." (Jugendliche über die fehlende politische Bildung)

Eine Jugendliche erzählt, dass sie in der Schule die **Nationalratswahlen simuliert** hätten. Alle konnten eine Stimme abgeben und nach den richtigen Wahlen hätten sie dann geschaut, wer dem effektiven Resultat am nächsten gekommen sei. Das Problem daran sei aber gewesen, dass sie kein echtes Wahlmaterial hatten, da sie damals erst 16 Jahre alt waren.

"Wäre es denn nicht möglich, dass der Bund etwas zur Verfügung stellt, damit man das machen könnte?" (Jugendliche über die Simulation einer Nationalratswahl in der Schule)

Für die **Primarschule** gäbe es bereits ein **Geschichtslehrmittel**, in dem die Primarschüler lernen, wie eine Entscheidung in der Gemeinde vor sich geht. Damit können sie lernen, wie man darüber diskutiert, ob z. B. im Schwimmbad eine neue Rutschbahn gebaut werden soll oder nicht; "damit bereits Primarschüler merken, dass es verschiedene Aspekte gibt und man darüber diskutieren kann". Denn wenn man nie politische Bildung habe und einem nie gesagt worden ist, "das geht dich im Fall auch etwas an", dann werde man sich wohl nie richtig für Politik interessieren. Grundsätzlich sei man ja von jedem Thema, zumindest ein bisschen, betroffen (auch von einem Tiefenlager, z. B. wenn plötzlich die Sicherheit nicht mehr gewährleistet ist, oder auch von der Migrationspolitik, wenn man einen Ausländer kennt, der ausgeschafft werden soll). Die Jugendlichen stimmen der Aussage zu, dass daher die **Betroffenheit klarer kommuniziert** werden müsse; bei allen Abstimmungen. In der Schweiz sei es halt speziell, dass man so viel zu sagen habe in der Politik. Dies müsse man auch irgendwie lernen. Man müsse auch betonen, dass

dieses Bürgerrecht etwas Spezielles ist und man es daher wertschätzen und auch nutzen soll. Dann würde die Jugend vielleicht mehr am politischen Prozess teilnehmen.

EMPFEHLUNGEN FÜR DIE REGIONALE PARTIZIPATION

Schliesslich werden die Jugendlichen gefragt, wie man mehr Jugendliche für die rP gewinnen könnte. In den sozialen Medien solle man **Werbung für die rP (1. Empfehlung)** machen und schreiben, dass das Thema uns alle angeht. Eine in einer Standortregion wohnende Jugendliche fügt dem hinzu, dass sie keine Ahnung gehabt habe, dass eine solche rP stattfinden würde. Auf den Kanälen der sozialen Medien sollten die Informationen "**einfach auf den Punkt gebracht**" (2. Empfehlung) werden; am besten von **jungen Journalisten (3. Empfehlung)**. Denn mit jungen Journalisten könne man sich besser identifizieren als z. B. mit dem Präsidenten einer RK³⁶. Ein weiterer Jugendlicher schlägt vor, dass es **Vorreiter oder Vertrauensleute (4. Empfehlung)** geben sollte. Weiter wird von einem **Blog (5. Empfehlung)** gesprochen, in dem kurz und einfach über die Themen und aktuellen Prozesse informiert werden soll.

Beim Zusammentragen der Empfehlungen kommt das Problem zur Sprache, dass das **Thema** grundsätzlich **zu komplex** sei. Obwohl dies wohl auch für ältere Herren komplex sei, würden diese trotzdem hingehen, "weil sie älter sind, sich mehr zutrauen und männlich sind". Die Jugendlichen finden, dass man nicht "von oben herab" und mit komplizierten Begriffen die Jugendlichen ansprechen, sondern ihnen Folgendes sagen soll: "Wir sind an deiner Meinung interessiert. Es ist nicht Sachwissen gefragt, sondern Meinungen. Du darfst immer auch sagen 'ich weiss es nicht' ". Die **Ansprüche sollen herabgesetzt (6. Empfehlung)** werden. Diesbezüglich kommt einer Jugendlichen folgende Idee:

"Was, wenn man eine Regionalkonferenz machen würde, bei der nur Jugendliche dabei sind?"

In einer solchen **RK nur für Jugendliche (7. Empfehlung)** könne man eher zugeben, wenn man etwas nicht wisse; "wir sind ja keine Experten". In einem solchen Gremium würde einfach geredet und informiert werden und die Jugendlichen würden sich weniger unterdrückt fühlen. Dies wäre dann ein Parallel-Gremium, wie man es bei vielen Parteien mit den Jungparteien kenne: "So ähnlich wie bei der JUSO, bei der die Jugend irgendwo, an einem anderen Ort, zu Wort kommt". Dieses Gremium müsse sodann dieselben Rechte und Entscheidungskompetenzen haben, wie sie die RK hat und es müsse natürlich immer ein Austausch mit der RK stattfinden. Dafür könnte man sich auch einmal gemeinsam treffen.

"Ich alleine würde nicht in eine RK gehen, bei der ich weiss, dass alle älter sind und mehr wissen als ich." (Jugendliche über die Hürden, Mitglied einer RK zu werden)

"Für mich als Jugendlicher wäre es doch viel lässiger, einmal zu einer solchen Gruppe zu stossen, als wenn man alleine in diese RK sitzen müsste." (Jugendliche über die Vorteile eines Jugendgremiums)

³⁶ In der Bereits im Forschungsstand vorgestellten *Scoop it 2.0*-Studie von Künzler und Herzig Gainsford (2015) wird als Grund für die Politikferne einiger Jugendlichen ebenfalls das Alter derjenigen genannt, welche die politischen Themen vermitteln. Gemäss einer befragten Jugendlichen sei das Durchschnittsalter von denen, die eine Abstimmungsvorlage präsentierten, "gefühlte 65". Daher soll man sich nicht wundern, "warum die jungen Leute nicht abstimmen gehen" (Künzler und Herzig Gainsford 2015: 15).

Diese Idee finden auch die anderen Jugendlichen gut. Sie wären auch nicht an den FSC-Länderworkshop gekommen (im Rahmen dessen das Fokusgruppengespräch durchgeführt wurde), wenn sie gewusst hätten, dass keine anderen Jugendliche dabei sind. Eine Teilnehmerin meint, dass man wohl auch eher hingehen würde, wenn eine solche Informations- oder Diskussions-Veranstaltung am Freitagabend gemütlich bei einem Bier stattfinden würde. Die Idee, dass man eine Veranstaltung mit einem **Konzert** verbinden könnte, kommt bei den Jugendlichen teilweise gut an. Jemand meint, dass die meisten Leute dann wohl erst auf das Konzert kommen würden. Die Jugendlichen finden, dass solche Veranstaltungen grundsätzlich von jungen Personen organisiert werden sollten, damit überhaupt junge Leute kommen. Obwohl eine Jugendliche es auch interessant findet, wenn alte Leute dabei sind (zum Austausch mit anderen Generationen), würde sie als Einstieg trotzdem nicht alleine in ein Gremium mit nur älteren Personen gehen.

Die Jugendliche, welche die Idee eines Jugendgremiums hatte, glaubt zudem, dass es auch einfacher und effizienter wäre, wenn eine solche Jugendgruppe dafür zuständig wäre, weitere Jugendliche für die RK zu gewinnen. Auch die Verbreitung in den Schulen durch die Jugendlichen selber wäre wohl effizienter.

"Die Jungen geben es den Jungen weiter." (Jugendliche über den Sinn eines Jugendgremiums)

Es wären dann die **Jugendlichen, die in den Schulen vorbeigehen (8. Empfehlung)** und informieren oder auch Veranstaltungen organisieren, "wo die Jungen zu den Jungen sprechen". Es nütze nichts, Jugendvereine nur anzuschreiben, da damit meistens nur der Präsident angeschrieben werde. Und je nach Einstellung, Lust und Zeit des Präsidenten, komme dies dann gar nicht bis zu den Mitgliedern des Vereins. Man müsse in die Vereine vorbeigehen, in die Schulen gehen, die sozialen Medien benutzen oder einen **persönlichen Brief schreiben (9. Empfehlung)**, in dem steht, dass man Jugendliche im Alter von 18 bis 25 Jahren brauche.

DIE FINANZIELLE ENTSCHÄDIGUNG

Zuletzt wird das Thema 'Geld' angesprochen. Eine RK solle ein Budget für Jugendliche haben, damit diese (im Rahmen des Jugendgremiums oder sonstigen Jugendveranstaltungen) auch einmal ein Forschungslabor oder Ähnliches besuchen können. Zudem müsse es für einen Jugendlichen lukrativ sein, seine Zeit für die Mitgliedschaft in einer RK zu opfern. Diese Lukrativität könne einerseits durch coole Leute, die ebenfalls teilnehmen, zu Stande kommen oder andererseits durch Geld. Für die meisten Jugendlichen ist die finanzielle Entschädigung ein wichtiger Grund, wieso man an der rP teilnehmen würde (oder eben nicht). Denn vor allem für einen Studenten sei dieses Sitzungsgeld sehr viel.

Personen mit Migrationshintergrund in der regionalen Partizipation

In der RK JO habe es gemäss **Müller** "sicher nicht viele" Personen mit MH. Man könne dazu aber keine genauen Aussagen machen, da man den MH nicht immer vom Namen her erkenne. In NL seien Personen mit MH gemäss **Lienhart** ebenfalls "an einer Hand abzuzählen". **Grau** meint sogar, dass sie in der RK ZNO gar keine Ausländer hätten (ausser natürlich diejenigen Mitglieder, welche die deutschen Gemeinden und Landkreise vertreten). Bei den Ausländern fehle laut Grau wohl das Interesse. An einer Gemeindeversammlung seien auch kaum Personen mit MH anwesend. Solche Parallelen (zwischen der Gemeindeversammlung und der Vollversammlung einer RK) gäbe es viele. Wie bereits bei den Frauen und Jugendlichen seien auch bezüglich Personen mit MH keine Vereine explizit angeschrieben worden.

Den **Mitgliederlisten** können hinsichtlich des Migrationshintergrundes keine Informationen entnommen werden. Die in der bereits durchgeführten Evaluation befragten Personen unterstützen jedoch die Aussagen, dass neben den untervertretenen Frauen und Jugendlichen auch Personen mit MH kaum bis gar nicht teilgenommen haben (siehe dazu Alpiger und Vatter 2016: 20).

Zusammenfassung des Gesprächs mit Barrile

Der Zürcher Nationalrat Angelo Barrile ist in der Schweiz geboren; seine Eltern stammen aber beide aus Italien. Er gehört also zur zweiten Generation von Ausländern. Da sein Eltern beide arbeiteten, sei er tagsüber immer bei einer Schweizer Tagesmutter gewesen. Dies habe ihm den Vorteil gebracht, dass er die deutsche Sprache und damit auch den Schweizer Dialekt bereits als Kind lernte. Nachdem er sich mit 20 Jahren habe einbürgern lassen, sei er Mitglied bei der SP geworden. Ihn haben vor allem zwei Sachen dazu gebracht, in die Politik einzusteigen: erstens seine Mitgliedschaft bei der Umweltorganisation Greenpeace (als Jugendlicher beigetreten, da er sich Sorgen um die Umwelt machte und sich damit Informationen beschaffen konnte) und zweitens der Staatskundeunterricht in der Kantonsschule. Beim Staatskundeunterricht habe er dann gemerkt, "dass mich dies extrem packt, die Politik". Er habe eine gute Geschichtslehrerin gehabt, die zu jeder Abstimmung Leute eingeladen habe, von der Pro- und von der Contra-Seite, die mit ihnen diskutiert hätten (z. B. auch aus dem Nationalrat). Dies sei "echt spannend" gewesen und die Politik dadurch richtig greifbar geworden. Als damals mit der Zeit alle Mitschüler volljährig geworden seien, habe er gemerkt, dass es ihn störe, "dass die Einen abstimmen durften und ich nicht". Er wollte auch mitreden können. Daher habe er sich mit 20 Jahren einbürgern lassen.

HÜRDEN ALS PERSON MIT MH

Auf persönliche Hürden in seiner politischen Laufbahn angesprochen, sei laut Barrile die Tatsache, dass er **in einem unpolitischen Haushalt aufgewachsen** sei, sicher eine Hürde gewesen: "Wir haben zu Hause wenig oder gar keine politischen Diskussionen gehabt". Er habe dieses Prozedere, dass man vier Mal im Jahr abstimmen kann oder als Kind mit den Eltern mit an die Urne geht, nicht gekannt³⁷. Nach seinem Parteibeitritt habe er zuerst lernen müssen, "wie es hier

³⁷ In einer *gfs.bern*-Studie wurde ebenfalls herausgefunden, dass das Elternhaus "nach wie vor einer der zentralen Treiber des politischen Interesses [ist]" (Golder et al. 2014: 4). Da am Familientisch über politische Inhalte disku-

überhaupt läuft". Grundsätzlich seien die Hürden, die er als Person mit MH gehabt habe, aber geringer gewesen als die anderen, die er überwinden musste (z. B. dass er auf dem Land aufgewachsen sei und es dort keine lokale SP-Sektion gegeben habe). Die Überwindung der Hürden sei vor allem dank seiner guten Bildung und der Beherrschung der Sprache möglich gewesen.

"Dass ich bei einer Schweizer Tagesmutter gewesen bin, sind Startchancen gewesen; da habe ich einfach Glück gehabt." (Barrile über seine Kindheit)

Das **Nicht-Beherrschen der deutschen Sprache** und ein **niedriges Bildungsniveau** bezeichnet Barrile daher als zwei wichtige Gründe, die eine Person mit MH abhalten könnte, sich gesellschaftlich oder sogar politisch zu engagieren. Seine Eltern und andere Migranteltern hätten vor allem Probleme mit der Sprache gehabt.

"Die Sprache ist sicher eine grosse Hürde gewesen." (Barrile über seine italienischen Eltern)

Für seine Eltern seien z. B. Quartier-Organisationen kaum zugänglich gewesen – "theoretisch schon, aber praktisch nicht". Denn seine Eltern hatten ein niedriges Bildungsniveau, konnten zum Teil kaum richtig italienisch und somit erst recht nicht deutsch sprechen – "Und in den Vereinen muss man ja mitreden können". In seinem Dorf habe es aber 'Parallel'-Vereine gegeben; wie beispielsweise einen italienischen Elternverein. Mitglieder dieses Vereines, die gut deutsch sprechen konnten, seien z. B. zum Übersetzen bei Gesprächen in den Schulen oder bei Schulbesuchen mitgegangen. Sie hätten den Leuten auch erklärt, wie das Schulsystem funktioniere oder was die Briefe, die man zu Hause erhalten hatte, bedeuteten. "Man hat sich untereinander geholfen". Obwohl alle italienischen Leute auch in den lokalen Vereinen hätten dabei sein können, seien dies de facto aber nur diejenigen gewesen, die schon in der zweiten Generation in der Schweiz waren.

GRÜNDE FÜR DIE GERINGE BETEILIGUNG VON PERSONEN MIT MH (IN DEN RKS)

Um dem schwachen gesellschaftlichen und politischen Engagement von Personen mit MH auf den Grund zu gehen, werden mit Barrile weitere potenzielle Erklärungen dafür diskutiert. Das Vorhandensein von **anderen, weit wichtigeren Problemen (1. Grund)**, wie z. B. ein niedriges Einkommen, sei gemäss Barrile sicher auch ein Grund für die schwache politische Teilhabe von Personen mit MH (auch an der rP). Er nennt als Beispiel seinen Vater:

"Dieser hat in der Fabrik am Fliessband gearbeitet, bis spät am Abend. Am Abend hat dieser nicht noch Zeit und Interesse gehabt, sich zu informieren oder sogar zu vergnügen. Er hat auch nicht das Geld gehabt, um in den Ausgang zu gehen." (Barrile über seinen Vater)

Des Weiteren könnte sich das politische Engagement von Personen mit MH aufgrund deren **Herkunftslands (2. Grund)** unterscheiden. Diesbezüglich gäbe es laut Barrile schon Unterschiede – diese würden sich aber eher in der Vereinsmitgliedschaft zeigen. Diejenigen Gruppen, die in Schweizer Vereinen schwach vertreten sind, seien oft selber besser organisiert. Und durch diese Organisationen erreiche man eine Bevölkerungsgruppe als Gruppe auch besser. So seien

tiert werde, werde "das politische Interesse früh geweckt" (Golder et al. 2014: 4). In der Studie haben rund die Hälfte der befragten Jugendlichen angegeben, dass die Eltern oder andere Verwandte deren "politische Leidenschaft [...] entfacht haben" (ebd.).

z. B. die Kurden besser zu erreichen als die Italiener, da die Italiener mittlerweile schon sehr gut in den verschiedenen Schweizer Vereinen integriert seien, weshalb sie gar nicht mehr als Gruppe bezeichnet werden können.

Ein weiterer Grund für das politische Desinteresse von Personen mit MH könnte sein, dass diese sich eher **für die Politik im Herkunftsland interessieren (3. Grund)**³⁸. Barrile höre immer wieder Leute, vor allem der ersten Migrationsgeneration, sagen, dass sie einen Fehler gemacht hätten: "Sie seien hier hin gekommen und hätten das Gefühl gehabt, dass sie sich für die italienische Politik interessieren, weil sie irgendwann zurück gehen". Meistens würden diese aber nicht mehr zurückgehen und daher dauere es manchmal bis zu zehn Jahren, bis diese überhaupt beginnen würden, die Schweizer Politik wahrzunehmen. Bei Barrile sei das aber nicht der Fall; "mein Heimatland ist die Schweiz; politisch bin ich hier zu Hause". Ein Interesse für das eigene Herkunftsland müsse aber nicht immer negativ hinsichtlich des politischen Engagements in der Schweiz sein. Politische Flüchtlinge würden sich z. B. sehr aktiv beteiligen, wenn sie können. Einerseits seien diese politisch interessiert und in der Schweiz sehr gut organisiert (z. B. in tamilischen oder kurdischen Vereinen) und andererseits würden sich diese auch für die Schweizer Aussenpolitik mit ihrem Heimatland interessieren – und dadurch würden sie auch "den Rest mitbekommen und erfahren häufig auch, wie das politische System der Schweiz funktioniert".

Den Personen mit MH fehle zudem die **Erfahrung, die man in (Schweizer) Vereinen mache (4. Grund)**. Man sei nicht in einem Schweizer Musikverein, sondern eher in einem parallelen italienischen Musikverein. Und daher engagiere man sich nicht politisch oder gehe nicht an Gemeindeversammlungen. Genau in solchen Vereinen würde jedoch ein Austausch stattfinden und man würde Leute kennen lernen; "und ich denke, dort findet auch politische Meinungsfindung statt". Diesbezüglich findet Barrile, dass sich junge Personen mit MH mehr beteiligen als ältere. Er denke auch, dass man als junge Person mit MH weniger Mut brauche, als erste Person mit MH irgendeinem Verein beizutreten, bei dem noch keine anderen Personen mit MH teilnehmen.

Die zwei wichtigsten Hürden, auch auf die rP bezogen, sieht Barrile einerseits in der bereits erwähnten fehlenden Erfahrung mit der direkten Demokratie: "Man kennt es nicht, dass man miteinander redet und immer wieder abstimmt". Andererseits **wisse man oft nicht, dass man mitbestimmen könnte (5. Grund)**. Viele würden wohl einfach denken, dass die Regierung entscheidet, wo ein Tiefenlager hinkomme. Denn in vielen Herkunftsländern der Personen mit MH könne man bei solchen Themen nicht mitsprechen: "Wenn bestimmt wird, dass hier ein Atomendlager hinkommt, ist es zwar blöd, aber es ist dann einfach so". Diese Hürde sei wohl überall ein bisschen vorhanden. Daher müsse man die **Leute ansprechen und ihnen sagen, dass es sich lohne (1. Empfehlung)** bei diesem Thema mitzureden. Als Beispiel nennt er die Stadt Zürich, in der es viele Mitwirkungsverfahren gegeben habe, bei denen die Quartierbevölkerung zum Mitreden eingeladen wurde. Am Anfang hätten viele gedacht, dass es sich gar nicht lohne, dort teilzunehmen, weil die Regierung sowieso das mache, was sie wolle. "Aber mittlerweile merkt man, dass dabei ganz andere Diskussionen entstehen"; vor allem auch, wenn man wisse, dass man zwar nicht alles mitentscheiden kann, aber gewisse Ideen aufgenommen werden.

³⁸ Dies sprechen auch Eggert und Giugni (2010: 184) in ihrem Artikel an, indem sie schreiben, dass "previous studies have shown that in Switzerland the political participation and mobilization of migrants is often oriented towards their homeland rather than towards the receiving society".

Auf die Frage, ob die Form der Mitwirkung (unkonventionelles Beteiligungsverfahren) ein Grund für die tiefe Teilnahmerate von Personen mit MH sein könnte, antwortet Barrile, dass dies für gewisse wohl ein Grund sein könnte. Er denke aber, dass viele Leute einfach gar **nicht wissen würden, dass dieses Mitwirkungsverfahren stattfindet (6. Grund)** und dass jeder dort hingehen dürfe und könne – sogar auch Schweizer Bürger.

PERSON MIT MH ALS ANSPRECHPERSON UND WEITERE EMPFEHLUNGEN

Als er im Zürcher Kantonsrat war, habe Barrile sich eigentlich immer dagegen gewehrt, "als Migrant Politik zu machen". Er habe sich eher als Arzt, sprich als Gesundheitspolitiker verstanden. Er wurde dann aber automatisch in die Schublade 'Migrant' oder 'mit MH' gesteckt; dies sowohl innerhalb der Partei als auch ausserhalb der Partei. Er habe dann gemerkt, dass er wohl auch ein Vertreter von den Leuten mit MH oder von der ersten Migrationsgeneration selber sei. "Man sieht diese Rolle in mir; die Leute mit MH selber aber auch die anderen, die keinen MH haben". Er möchte aber nicht, dass man das Thema Migration nur an ihn auslagere: "Ich finde, es ist ein Thema, das alle betrifft". Mittlerweile werde er oft als **Ansprechperson für Personen mit MH** gebraucht. Beim Wahlkampf für die Nationalratswahlen, aber auch schon vorher, seien verschiedene Organisationen auf ihn zugekommen (italienische aber auch nicht-italienische Gruppen). Seit er gewählter Nationalrat sei, kämen auch tamilische oder kurdische Gruppen zu ihm. Dies sei zwar in Ordnung so, jedoch hätten diese sehr viel Hoffnung in ihn gesteckt, die er gar nicht erfüllen könne.

"Als Ansprechperson bin ich da und ich glaube, das ist gut so. Denn ich kann sehr gut verstehen, wie man sich fühlt, wenn man zwischen zwei Kulturen aufwächst. Ich kann nicht sagen, ich wisse, wie sich die erste Migrationsgeneration fühlt, aber ich habe es mit meinen Eltern hautnah miterlebt." (Barrile über seine Rolle als Politiker mit MH)

Basierend auf der Aussage, dass er oft als Ansprechperson genutzt werde, nennt Barrile eine erste Empfehlung, wie man mehr Personen mit MH dazu bringen kann, sich gesellschaftlich und politisch zu beteiligen oder zu engagieren (auch hinsichtlich der rP). Womöglich brauche es so etwas wie eine **"Brückenperson" (2. Empfehlung)**, die Personen mit MH an Veranstaltungen mitnimmt. Personen mit MH würden sich meistens nicht trauen, an eine Veranstaltung zu gehen, bei der nur Schweizer anwesend sind. Diese Brückenperson sollte ebenfalls eine Person mit MH sein, die sich aber bereits gesellschaftlich oder sogar politisch engagiert.

Wenn man in den verschiedenen Kulturvereinen, die es gibt (z. B. albanischer, kosovarischer, italienischer oder spanischer), jemanden kenne, dann müsse man diesen beauftragen, die Leute aus dem Kulturverein über die rP zu informieren. Wichtig sei dabei, dass dies über eine **persönliche Kontaktaufnahme (3. Empfehlung)** und nicht über einen anonymen Brief geschehe. Schliesslich gehe es immer um den persönlichen Kontakt. Der persönliche Kontakt und dass man sich kennt und austauscht sei bei vielen Vereinen, ob für Personen mit MH oder nicht, das "A und O", wie man in ein Thema reinkomme, mitreden und mitwirken könne.

Es sei grundsätzlich wichtig, **lokale Vereine und Parteien (4. Empfehlung)** (vor allem Ortsparteien oder Personen, die sich für die Umwelt einsetzen) zu animieren, ihre Leute zu informieren, diese zum Hingehen aufzurufen oder sie sogar einfach mitzunehmen. Hier komme wieder die

Brückenperson zum Zuge, die andere Interessierte mitnehmen soll. Die interessierten Personen würden alleine aufgrund der Tatsache, dass sie die Brückenperson kennen, eher mitgehen, als wenn sie alleine hingehen müssten.

"Ich denke, der persönliche Kontakt und gewisse Vorbilder sind zentral." (Empfehlung von Barrile)

Auf die Frage, ob es der Teilnahmebereitschaft von Personen mit MH dienen würde, wenn die Veranstaltungen auf **Hochdeutsch (5. Empfehlung)** anstatt im Deutschschweizer Dialekt gehalten werden, kann Barrile keine definitive Antwort geben. Einerseits wäre es wohl nützlich. Andererseits würden vielleicht mehr Widerstände entstehen, "weil dann gewisse lokale Leute das Gefühl haben, sie können sich nicht mehr richtig äussern".

Zusammenfassend unterstreicht Barrile erneut, dass es wichtig sei, die Leute, die man kenne und von denen man wisse, dass sie sich interessieren, mitzunehmen. Man solle die Leute darauf ansprechen und sagen, dass es die Möglichkeit zur Beteiligung gibt. Dies sei wie bei der üblichen Partizipation: "Man muss wissen, dass man kann und darf. Man muss wissen, dass es stattfindet und wie man dazu kommt". Wenn man dann zusätzlich noch einen Götti oder eine Gotte habe, die einen mitnimmt oder einem die Informationen gibt, dann sei dies super.

Schliesslich wird Barrile noch gefragt, ob er der Aussage, dass es nicht so schlimm ist, wenn sich die Personen mit MH nicht am regionalen Partizipationsverfahren beteiligen, zustimme. Dieser Aussage würde er nur bedingt zustimmen. "Wenn man nicht will, dann muss man auch nicht". Aber viele würden gerne und es würde sie interessieren, aber sie wissen, dass sie **nicht erwünscht** wären, dass sie dort **niemanden kennen** und dass sie die **Sprache nicht so gut können**. Laut Barrile seien das wichtige Gründe, weshalb man sich nicht an eine solche Veranstaltung traue, auch wenn man das Interesse hätte.

Zusammenfassung des Gesprächs mit Ruedin (über die politische Partizipation von Personen mit MH)

Beim Gespräch mit Ruedin wird zu Beginn über den **Begriff 'Person mit Migrationshintergrund'** gesprochen. Ruedin findet den Begriff schlecht, "aber wir haben keinen besseren". Dieser Begriff teile die Bevölkerung in zwei Gruppen ('man hat einen MH' oder 'man hat keinen MH'). Man werde einfach in eine dieser Gruppen eingeteilt "und du hast als Person mit MH keine Möglichkeit, aus dieser Kategorie rauszukommen". Dies sei insbesondere bei Kindern oder Enkelkindern von Migranten problematisch. Denn in der Forschung sei häufig festgestellt worden, dass diese anders sind; "dass sie sich eben nicht gleich verhalten und dass die Identität nicht immer dieselbe ist", wie von ihren Eltern oder Grosseltern. Der Begriff 'Person mit MH' komme aus der Administration und nicht aus der Forschung. In der Forschung rede man meistens von 'ethnischen Gruppen', 'Minderheitengruppen' oder irgendwelchen Gruppen, "die von innen her definiert worden sind". Man dürfe den Begriff 'Person mit MH' schon benutzen, aber man müsse sich dieser Problematik sehr bewusst sein.

EINFLUSSFAKTOREN AUF DIE POLITISCHE PARTIZIPATION VON PERSONEN MIT MH

In seiner Forschung habe Ruedin herausgefunden, dass insbesondere das **Sozialkapital** die Partizipation von Personen mit MH beeinflusse. Vor allem die Kontakte, die Personen mit MH haben, würden eine wichtige Rolle spielen und weniger die Dauer, die sie in einer Gesellschaft verbracht haben. Ruedin unterstützt die Aussage "je besser man integriert ist, desto eher nimmt man an politischen Prozessen teil". Es sei jedoch schwierig, den Begriff 'integriert' zu definieren. Ein wichtiger Aspekt von **Integriert-Sein** sei sicher, dass sich die Leute als Teil der Gesellschaft sehen. Ist dies der Fall, so sei ihnen auch wichtig, wie sich diese Gesellschaft entwickle. Dieser Aspekt sei aber sehr schwierig zu fassen. Man könne zwar messen, ob und wie viele Kontakte man habe, aber das Gefühl, ob sich jemand tatsächlich dazugehörend fühlt oder nicht, sei schwierig zur erfassen. Auch daher finde er den Begriff 'Person mit MH' problematisch. Eine Person, deren Urgrosseltern hier eingewandert sind, die immer zu Hause ist, die sich nur mit Kollegen aus dem selben Herkunftsland trifft, die immer dieselbe Sprache mit diesen spricht, die zwar deutsch sprechen kann, es aber nicht praktiziert, die immer in die Läden ihres Herkunftslandes einkaufen geht, die zwar den Schweizer Pass hat, ihr dieser aber nichts bedeutet, sei nicht Teil der Gesellschaft. Im gleichen Masse könne es Personen mit MH geben, die zwar keinen Schweizer Pass haben, sich aber trotzdem für die Schweizer Politik interessieren und sich z. B. mit Flyer-Verteilen engagieren und auch in Vereinen mitmachen. Beide Personengruppen würden gemäss Definition in die Gruppe 'Person mit MH' eingeteilt werden, obwohl sie ganz unterschiedlich seien. Mit diesem Begriff "versteckt man eben einen wesentlichen Unterschied".

Wie sich die Partizipationsbereitschaft von Personen mit MH zwischen **verschiedenen Herkunftsländern** unterscheidet, könne gemäss Ruedin aufgeschlüsselt werden. Er sehe aber keinen grossen Mehrwert in einer Aufschlüsselung nach Ländern: "Was haben wir gelernt, wenn wir sehen, dass die Portugiesen sehr wenig wählen gehen und die Italiener dafür viel mehr gehen? Was bedeutet das?". In seiner Forschung hätten sie nicht nach Land aufgeschlüsselt, sondern ob das Land ein "freies Land" sei oder nicht (siehe dazu auch Forschungsbeitrag von Ruedin in Kapitel 1. *Forschungsstand* auf S. 7 f.). Sie hätten herausgefunden, dass Leute, die aus einem freien Land kommen, eher wählen gehen, "weil diese einen Hintergrund haben, in dem Wahlen nicht etwas Wertloses sind". In diesen Ländern hätten die Leute die Einstellung, dass man damit etwas bewegen kann. Eine Aufschlüsselung nach Ländern würde also erst dann Sinn ergeben, wenn diese auch noch nach ihrer Demokratiequalität aufgeschlüsselt werden.

Hinsichtlich der unterschiedlich starken Teilnahme von Personen mit MH an verschiedenen **Formen der Partizipation** (an Wahlen oder Abstimmungen, als Kandidat für ein politisches Amt, ein politisches Amt innehaben oder die Teilnahme an unkonventionellen Verfahren wie die rP) meint Ruedin, dass sich Personen mit MH wohl am ehesten an Wahlen und Abstimmungen beteiligen. Denn dort seien die Hürden am tiefsten und der Unterschied zwischen Personen mit und ohne MH kaum sichtbar (beide können das Stimmcouvert ausfüllen und zurückschicken). Dass die Hürden bei Gemeindeversammlungen (oder eben bei einer RK) aufgrund der Sprache (man sollte die deutsche Sprache oder sogar den jeweiligen Dialekt beherrschen, um mitdiskutieren zu können) grösser sind, findet Ruedin nicht. Die Sprache sollte kein Problem sein, wenn man Schweizer sei, da dies ja ein Integrationskriterium zur Einbürgerung sei.

GRÜNDE FÜR DIE GERINGE BETEILIGUNG VON PERSONEN MIT MH (IN DEN RKs)

Um das eigentlichen Problem anzusprechen, wird Ruedin schliesslich gefragt, was er denke, wieso Personen mit MH nicht an der rP teilnehmen.

*"Ich glaube, dass sich diese halt doch **nicht als Teil der Gesellschaft [1. Grund]** fühlen, weil man sie halt eben häufig auch nicht als Teil der Gesellschaft behandelt."*

(Ruedin über den Grund, weshalb Personen mit MH nicht an der rP teilnehmen)

Man wisse aber auch, dass viele Migranten (also Personen der ersten Migrationsgeneration) die Idee haben, **später einmal wieder zurückzugehen (2. Grund)**. Dies hätten bereits die Italiener gesagt; "und jetzt haben wir italienische Altersheime". Die Idee sei zwar auch bei den Italienern noch nicht ganz verschwunden, aber effektiv würden diese jetzt hier wohnen und wohl nicht mehr zurückgehen. Dasselbe sei bei den Portugiesen der Fall, bei denen es solche gebe, die seit 20 Jahren sagen, dass sie irgendwann zurückgehen. Diese Idee bleibe halt und sei Ausdruck davon, dass man nicht von hier sei. Es liege also nicht nur an den Schweizern, die die Migranten nicht als Teil der Gesellschaft behandeln, sondern zum Teil auch an den Migranten selber, die sich hier nicht zu Hause fühlen. Die Schweiz verhalte sich teilweise aber auch so, dass sich diese nicht zu Hause fühlen können; sei es in der Politik oder im Alltag. Besonders bei den Kindern der Migranten sei dies eine schwierige Situation. Diese würden sich zum Teil bereits als Teil von hier fühlen. Wenn sie dann aber eine Arbeitsstelle suchen, sei es für diese viel schwieriger oder "sie werden in gewissen Teilen der Gesellschaft ausgeschlossen". Dies habe zur Folge, dass Migrantenkinder, auch wenn sie Teil von der Gesellschaft sein wollen, es nicht sein können. Eine solche Dynamik könne dazu führen, dass Migrantenkinder zurück zu den Grosseltern gehen – diese Option hätten sie halt immer noch. Ein Schweizer, der von der Gesellschaft ausgeschlossen werde, habe diese Option nicht. Als Schweizer könne man sich nicht abkoppeln und sagen, "dann gehe ich halt". Bei den Kosovaren sei dies z. B. möglich, weil sie eine grosse Gemeinschaft seien. Eine ausgeschlossene kosovarische Person habe die Möglichkeit zu sagen, "ich gehe zu den Kosovaren, diese nehmen mich ernst". Diese Person fühle sich dann nicht mehr Teil der (schweizerischen) Gesellschaft; sie verhalte sich dann anders und ziehe sich vielleicht anders an, um sich wieder mehr abzugrenzen. Dies sei wohl auch ein Grund, neben der Idee, dass man wieder in sein Herkunftsland zurück will, weshalb Personen mit MH nicht an der rP teilnehmen.

Ein weiterer Grund sei auch, dass Migranten tendenziell ganz klar ein **anderes sozioökonomisches Profil (3. Grund)** hätten. Es handle sich dabei viel häufiger um Arbeiter und um Leute mit geringerer Schulbildung. Bei den Schweizern seien es ja auch nicht die Arbeiterklasse oder diejenigen mit einer geringeren Bildung, die an der rP teilnehmen.

"Es kommen diejenigen mit einer hohen Ausbildung und die ein stabiles Leben haben in die RK. Wenn man dies einmal berücksichtigt, dann ist der Unterschied [zwischen der Beteiligung von Personen mit MH und ohne MH] vielleicht gar nicht mehr so gross, wie er aussieht." (Ruedin)

Grundsätzlich müsse man bei Aussagen über die geringe politische Beteiligung von Migranten bedenken, dass zwar die Hälfte nicht wählen geht, weil es sie nicht interessiert, was aber bei der Mehrheit der Schweizer Bevölkerung genauso sei. Man müsse immer aufpassen, mit welchem Massstab man messe und vergleiche. So dürfe man die Partizipation von Personen mit MH nicht mit dem Mittelstand-Massstab von interessierten und politisch engagierten Bürgern vergleichen.

Es sei nicht der Fall, dass alle Schweizer interessiert und politisch engagiert sind. Auch an den Themen der rP seien wohl die meisten Schweizer nicht interessiert. Die meisten hätten das Gefühl, dass schliesslich sowieso alles in Bern entschieden wird und würden sagen "es ist ja schon nett, dass man uns fragt, aber ich habe etwas Besseres zu tun".

Es ist nicht so, dass alle Schweizer an der regionalen Partizipation teilnehmen wollen." (Ruedin)

Dass Personen mit MH oft zu derjenigen Bevölkerungsschicht gehören, die sich auch in der Schweiz nicht beteiligt, kann gemäss Ruedin wohl als Hauptgrund für die fehlende Beteiligung von Personen mit MH an der rP genannt werden. Die Bevölkerungsschicht, die sich bei den Schweizern ohne MH politisch beteilige, komme bei den Personen mit MH viel weniger oft vor. Das Gefühl, nicht zur Gemeinschaft zu gehören, sei gemäss Ruedin zwar auch ein Grund, jedoch ein zweitrangiger.

NOTWENDIGKEIT VON PERSONEN MIT MH IN DEN RKS

Schliesslich wird Ruedin gefragt, ob er es als Problem sehe, wenn Migranten oder Personen mit MH bei einem solchen Verfahren wie die rP nicht vertreten sind. Er wird mit dem Argument konfrontiert, dass, wenn diese nicht wollen, sie wahrscheinlich auch zufrieden mit dem sind, was gemacht wird oder sie es gar nicht interessiert. Ruedin würde es überheblich finden, wenn er mit der Beantwortung dieser Frage sozusagen für die Personen mit MH entscheiden würde bzw. eine Antwort geben würde, ob diese tatsächlich zufrieden damit oder nicht interessiert sind. Er wisse ja nicht, wie diese denken. Als Aussenstehender könne er nicht sagen, ob es ein Problem ist, "aber ich sehe das Problem momentan nicht". Von aussen her betrachtet sehe er die Suche nach einem Tiefenlager, wie er bereits bezüglich der Frauen gesagt habe, als Sachproblem. Und bei diesem **Sachproblem** seien die **Interessen von Leuten mit MH (oder von Frauen) nicht anders als von den anderen Bevölkerungsgruppen** – eine möglichst sichere und langfristige Lösung zu finden.

"Die Standortsuche ist ein langfristiges Problem, das uns alle angeht." (Ruedin)

Daher sehe er "in diesem spezifischen Fall, bei dem es um eine Sachfrage geht, bei der ich das Gefühl habe, dass es alle gleich betrifft" nicht direkt ein Problem. Dies sei eben der Unterschied zwischen der bereits im Abschnitt über die Frauen erwähnten deskriptiven und substantiven Repräsentanz (siehe dazu S. 33 f.). Es sei schon so, dass Frauen und Männer verschiedene Interessen hätten, aber nicht in allen Lebensbereichen. Und diese Sachfrage sei vielleicht ein Lebensbereich, in dem es kein Interessenunterschied gebe. Wir hätten als Menschheit Interesse daran, aber nicht spezifisch als Mann oder Frau (oder als Person mit oder ohne MH). Bei diesem Sachproblem, das die gesamte Bevölkerung betreffe, sei es also gar nicht nötig, dass Personen mit MH vertreten seien. Sobald aber jemand aufzeigen könne, dass Migranten oder Frauen diesbezüglich andere Interessen hätten, dann müssen man diese natürlich auch dabei haben.

"Man kann es so sagen: Man muss nicht davon ausgehen, dass diese Personen, weil sie gemäss BFS Migrationshintergrund haben, andere Interessen haben." (Ruedin)

Diesbezüglich kommt er erneut auf die zu Beginn erwähnte Problematik des Begriffs 'Person mit MH' zurück. Man teile diese Personen zwar in diese Gruppe ein, aber man fragt sich nicht, ob

diese Gruppe überhaupt relevant ist. Häufig sei sie zwar relevant, aber beim Thema 'Standortsuche' wisse er nicht, ob diese Gruppe relevant sei. Man müsste wohl mit Migranten selber sprechen und sie fragen, ob sie ein spezifisches Interesse bezüglich geologischer Tiefenlager hätten. Wenn diese sagen würden, "nein, das ist ein Bevölkerungsproblem", dann müsse man nicht ein Problem suchen gehen, das eigentlich gar kein Problem sei.

Es könne zudem sein, dass gewisse Personen, die per Definition Personen mit MH wären, gar nicht mehr als solche wahrgenommen werden, "weil sie Teil von der Gesellschaft geworden sind". Daher sollte man Aussagen wie "es ist niemand mit einem Bart oder mit einem Kopftuch gekommen" nicht als Beweis nehmen, dass keine Personen mit MH anwesend waren. Es würden jedoch immer noch viele Leute in solchen Stereotypen denken.

3. Handlungsempfehlungen zur Partizipation von Frauen, Jugendlichen und Personen mit MH

Nachdem im ersten Teil dieses Berichtes verschiedene Forschungsansätze und Studien vorgestellt und im zweiten Teil eigene Auswertungen hinsichtlich der Partizipation der drei Bevölkerungsgruppen in der Schweiz allgemein und auf die regionale Partizipation (rP) bezogen aufgezeigt worden sind, geht es im dritten Teil um die Formulierung von Handlungsempfehlungen. Die Empfehlungen sollten dazu dienen, die Teilnahmebereitschaft dieser drei Gruppen im allgemeinen politischen Leben und spezifisch für die rP zu verbessern. Im ersten Teil werden allgemeine Empfehlungen gegeben, welche alle Formen des politischen Engagements betreffen. Der zweite Teil beinhaltet Empfehlungen, die sich spezifisch auf die rP im Sachplanverfahren beziehen. Die allgemeinen Empfehlungen würden natürlich ebenfalls dazu beitragen, die Beteiligung der drei Bevölkerungsgruppen in der rP zu verbessern. Die Auswahl der Empfehlungen ergibt sich aus der Beschäftigung mit der Literatur und den durchgeführten Befragungen. Sobald ein Aspekt (sei es ein Grund für die tiefe Beteiligungsrates einer dieser Bevölkerungsgruppen oder bereits eine Empfehlung zur Verbesserung deren politischen Engagements) sowohl von den befragten Personen als auch in der Forschungsliteratur genannt wurde und dieser als realisierbar eingestuft werden konnte, wurde versucht, eine Empfehlung dazu zu formulieren. Je nach Generalisierungsgrad des Aspektes wurde die Empfehlung sogar explizit auf die rP angewendet (siehe dazu Kapitel 3.2. mit dem zweiten Teil der Handlungsempfehlungen). Es wurde versucht, alle Empfehlungen aus den durchgeführten Gesprächen – und welche im Rahmen der rP realisierbar sind – miteinzubeziehen.

3.1. Allgemeine Handlungsempfehlungen zur Partizipation der drei Bevölkerungsgruppen in der Schweiz

I. Die Förderung der politischen Bildung

Die erste Handlungsempfehlung, welche generell zur Steigerung der politischen Partizipation sowohl von Frauen als auch von Jugendlichen führen würde, ist die Förderung der politischen Bildung – und zwar bereits in den Kinderjahren. Dies sagt sowohl die Forschung (z. B. die CH@YOUPART-Studie, die sagt, dass das politische Interesse "von der politischen Bildung abhängig [ist]" (Rothenbühler et al. 2012: 48) oder Maiello (2003: 153), die schreibt, dass die Ergebnisse aus der *IEA Civic Education Study* "als eine Anregung zu einer dringenden Reform der politischen Bildung angesehen werden [sollten]") als auch die befragten Personen. In einem Zeitungsartikel des Tages-Anzeigers wird das Problem der tiefen Stimmbeteiligung der jungen Bevölkerung ebenfalls aufgenommen. Als Lösung dieses Problems sollten Schulen "mehr für die politische Bildung tun" (Müller und Loser 2016). Da der Staatskundeunterricht gemäss Kuster³⁹ heutzutage "im Nirgendwo zwischen Geschichte und irgendwelchen Sammelfächern statt[findet]" (Kuster; zit. in Müller und Loser 2016), müsste dieser erweitert werden.

³⁹ Claudio Kuster ist Autor des staatspolitischen Blogs *Napoleon's Nightmare* (siehe dazu: <https://napoleonsnightmare.ch/>).

In den *key messages* aus der PIDOP-Studie (siehe dazu Fussnote 3 auf S. 2) wird auch die Empfehlung abgegeben, dass "there should be **better education about political matters** and how to become involved in politics and other voluntary spheres of social life" (PIDOP 2011: 5). Die politische Bildung sollte zudem nicht nur von Schulen angeboten werden, sondern auch in Freizeitvereinen und -organisationen von Jugendlichen. In einem weiteren PIDOP-Bericht wird empfohlen, dass Schulen und Jugendvereine eine breitere Auswahl an Möglichkeiten anbieten sollten, um Erfahrungen der aktiven politischen Beteiligung zu sammeln (PIDOP 2012b: 5).

Auch in der Teilstudie des Projektes *Scoop it 2.0* (siehe dazu Fussnote 11 auf S. 13) wird als eine Empfehlung zur Steigerung des politischen Interesses Jugendlicher der "**attraktive[...] Staatskundeunterricht mit starkem Bezug zu aktuellen politischen Themen**" genannt (Künzler und Herzig Gainsford 2015: 27). Neben dem persönlichen Umfeld sei die Schule eine Institution, die das politische Interesse direkt fördern könne, "indem sie politische und staatskundliche Themen auf eine attraktive Art und Weise in den Unterricht einbaut" (ebd.: 26). Die Autoren denken dabei z. B. an Politikdiskussionen in Form von Rollenspielen. Auch die Autoren der Studie über die Beteiligung an Gemeindeversammlungen in der Zürcher Gemeinde Richterswil empfehlen unter anderem "verstärkte Anstrengungen im Bereich der politischen Bildung (vor allem für die jüngeren Altersgruppen)" (Haus et al. 2016: 5).

Die **Politik** sollte **auf allen Schulstufen** viel mehr gelebt werden und die nächste Generation sollte schon früh – bereits als Kinder – an die Politik herangeführt werden. Den Kindern sollte **gelernt werden, dass sie eine eigene Meinung haben können** und darüber diskutieren sollen. Dabei sollten insbesondere die Mädchen gezielt eingebunden werden, da ein Grund für die geringe Frauenbeteiligung im zum Teil immer noch sehr traditionellen Frauenbild – in dem Frauen keine öffentlichen Ämter besetzen – zu finden ist. Das Aufbrechen des traditionellen Frauenbildes hat mit der nächsten Handlungsempfehlung zu tun und wird daher dort genauer behandelt.

Die Tatsache, dass nicht alle Schweizer Jugendlichen in ihrer Schulzeit einmal Staatskundeunterricht gehabt haben (dies ist oft abhängig von der Lehrperson oder der besuchten Schule) kann als Grund genannt werden, weshalb sich viele junge Erwachsene in der Schweiz nicht für Politik interessieren und sich nicht politisch engagieren. Das Interesse an Politik hat zudem auch mit der **Erziehung (zu Hause)** zu tun. Wenn das Elternhaus eines Kindes nicht politisch interessiert ist, so spiegelt sich das auf das Kind ab und es wird sich wohl auch nicht für Politik interessieren⁴⁰. Deshalb ist es umso wichtiger, dass die Politik in der Schule behandelt wird.

Die Komplexität von Abstimmungsvorlagen und dem Wahlprozedere, dem man ohne Erklärung durch eine erwachsene Person kaum Herr werde, spricht wiederum dafür, dass zumindest das **Wählen und Abstimmen in der Schule einmal thematisiert** werden sollte. Im besten Fall könnte dies durch eine Simulation z. B. einer Nationalratswahl gemacht werden. Dafür könnte der Bund "Lernpackages" zur Verfügung stellen (mit Wahlzetteln und Wahlcouverts), mit wel-

⁴⁰ Auch Zani und Barrett (2012: 279) schreiben, dass sowohl *gender studies* (Geschlechterstudien) als auch Studien über Bürgerbeteiligung und politische Partizipation einen grossen Einfluss der Eltern auf die Ausgestaltung (*shaping*) der Sichtweisen und des Verhaltens der Jugendlichen feststellen können. Künzler und Herzig Gainsford (2015) schreiben ebenfalls, dass das soziale Umfeld der Jugendlichen einen wichtigen Einfluss auf das Interesse an Politik ausübt: "Jugendliche, deren Eltern und/oder Bekannte politisch interessiert sind und mit ihnen darüber diskutieren, interessieren sich stärker für dieses Thema" (Künzler und Herzig Gainsford 2015: 26).

chen eine 'echte' Wahl simuliert werden kann. Damit verbunden sollte in den Schulen auch eine **Einführung in die Online-Plattformen *Easycote*** (für kantonale und eidgenössische Abstimmungen) und ***Smartvote*** (für kantonale und nationale Wahlen) gemacht werden. Damit sollen die Jugendlichen ermutigt werden, diese als Hilfe bei Wahlen und Abstimmungen zu benutzen (siehe zur attraktiveren Politikgestaltung auch Handlungsempfehlung IV.).

Eine Möglichkeit, wie man spielend Politik lernen kann und komplexe Zusammenhänge vermittelt werden können, wäre z. B. auch die Methode des **Planspiels**. Mit dieser handlungsorientierten Methode übernehmen Kinder oder Jugendliche die Rolle von verschiedenen Akteuren innerhalb eines vorgegebenen Szenarios (z. B. eine Bundesrats- oder Nationalratssitzung) und erfahren so die Vorgänge, die in dem gewählten Szenario ablaufen. Auf der Grundlage von den einzelnen Profilen und Interessen ihrer Rollen entscheiden die Jugendlichen dann z. B. über Gesetze oder Vorlagen (siehe dazu bpb 2017). Etwas Ähnliches ist die in Genf stattfindende *Students' United Nations*⁴¹. Dabei handelt es sich ebenfalls um eine Simulation. Studenten auf Gymnasialstufe nehmen an zwei Tagen an einer 'simulierten' Generalversammlung der UNO teil. Diese Simulation wird im Saal der UNO durchgeführt und jeder Teilnehmer vertritt dabei ein Land.

II. Die Unterstützung und Förderung der Frauen in der Politik

Neben der fehlenden politischen Bildung kann das in vielen Regionen der Schweiz noch sehr traditionell geprägte Frauenbild ein Grund für die schwache weibliche Beteiligung in der Politik und an deliberativen Prozessen bzw. unkonventionellen Beteiligungsformen sein⁴². Deshalb ist es umso wichtiger, Frauen, die nicht nach dem traditionellen Frauenbild leben wollen und sich z. B. politisch engagieren wollen, zu unterstützen und zu fördern. Dies kann bereits in den Kinderjahren erfolgen, indem den **Mädchen aufgezeigt** wird, dass **politische Ämter und technische Berufe nicht nur von Männern** ausgeübt werden können und indem deren Interesse für Politik und Technik geweckt wird (wie z. B. am Nationalen Zukunftstag⁴³, der insbesondere den Mädchen aufzeigen soll, welche Berufe es neben den typischen Frauenberufen gibt). Damit kann verhindert werden, dass sich bereits bei den Kindern starre Geschlechterbilder entwickeln.

Das traditionell geprägte, zum Teil konservative, Frauenbild sollte aber auch bei den Erwachsenen in ein moderneres Frauenbild umgewandelt werden. Dies beinhaltet, *a*) dass akzeptiert und nicht belächelt werden sollte, wenn Männer auch einmal die Frauenrolle übernehmen, damit die Frauen weniger der "Trippelbelastung" (Arbeit-Kinder-Haushalt) ausgesetzt sind und, *b*) dass die Frauen vermehrt unterstützt werden sollten (auch von den Männern), wenn sie sich politisch engagieren wollen. Denn die Politik ist in den Augen der meisten Frauen momentan immer noch eine "Männerdomäne", in der eine andere Diskussionskultur herrscht und mit rauerer Sitten miteinander umgegangen wird.

⁴¹ Siehe dazu: <http://www.studentsun.org/>

⁴² Die drei von Westle (2001: 131 ff.) genannten Hauptursachen für die geschlechterspezifischen Ungleichheiten in der politischen Partizipation (die unterschiedliche Sozialisation, die geschlechterspezifisch unterschiedlichen Lebenslagen und die unterschiedlichen strukturellen Zugangsbarrieren) haben ebenfalls mit einem traditionell geprägten Frauenbild zu tun.

⁴³ Siehe dazu: <http://www.nationalerzukunftstag.ch/de/home/>

Um das Problem *a)* zu lösen, müssten vor allem die Arbeitgeber Bereitschaft zeigen und z. B. **Teilzeitstellen** anbieten (sei es für die Frauen oder auch für die Männer), damit sich ein Paar die Haushaltsarbeit aufteilen kann und nicht die Frau das Meiste erledigen muss. Des Weiteren sollten **Kinderbetreuungsangebote** ausgebaut werden, damit eine Beschäftigung beider Elternteile möglich ist und sich diese neben dem Beruf gesellschaftlich und politisch engagieren können. Für das Problem *b)* könnten z. B. vermehrt **Seminare explizit für Frauen** durchgeführt werden, die sie unterstützen und ermutigen sollen, in die Männerdomäne 'Politik' einzusteigen. Zum Beispiel wird im Wallis im Vorfeld der Kantonsratswahlen für alle Kandidatinnen ein Seminar zum Thema 'Machtspiele' vom Kantonalen Amt für Gleichstellung und Familie organisiert (solche Seminare finden auch in anderen Kantonen statt). Die Idee dahinter ist, die weiblichen Kandidatinnen mit Tipps und Informationen zu unterstützen. Zudem können an diesen Seminartagen gleichzeitig "nützliche überparteiliche Beziehungen geknüpft werden" (Zengaffinen 2017). Die sachliche und fachliche Unterstützung könnte weiter auch in Form von **Kursen zu Sitzungsleitungen** oder **Einführungskursen in spezifische Sachthemen** angeboten werden. Zudem sollten auch **Parteien** aktiver auf Frauen zugehen und **beim Einstieg in die Politik helfen** (Hofmann-Conrad et al. 2004).

III. Die Verbesserung der Wertschätzung und Einstellung gegenüber Jugendlichen und Personen mit MH

Wie beim Fokusgruppengespräch mehrere Male erwähnt wurde, fühlen sich Jugendliche **von den Erwachsenen oft nicht ernst genommen**. Dies hat meistens zur Folge, dass sich junge Erwachsene vieles, das mit politischem Engagement verbunden ist, nicht mehr zutrauen und an einer Sitzung mit Erwachsenen nicht wagen, etwas zu sagen. Dies ist ein weiterer Grund, weshalb sich Jugendliche politisch (oder eben auch in der rP) wenig engagieren. Daher sollte den jungen Erwachsenen **vermehrt und expliziter gezeigt werden, dass ihre Stimme etwas wert ist, man interessiert daran ist und man auf sie hört**.

Speziell sollten auch **junge Migranten** so gut wie möglich **in die Gesellschaft miteinbezogen** werden. Denn diese nehmen sich laut PIDOP-Studie oft als vom politischen Prozess ausgeschlossen wahr und sind enttäuscht, dass sie von den wesentlichen Formen der Bürgerbeteiligung ausgeschlossen sind, weil sie kein Bürgerrecht in Wohnort besitzen (PIDOP 2011: 6). Zudem sollten Ausländerorganisationen junge Personen mit MH ermutigen, an Projekten teilzunehmen, welche die eigene Bevölkerungsgruppe betrifft (PIDOP 2012b: 5). Die Verbesserung des Einbezugs von Personen mit MH in die Gesellschaft sollte aber nicht nur für jugendliche Migranten, sondern für Migranten aller Altersklassen angestrebt werden.

Gemäss PIDOP-Studie sollte grundsätzlich eine **bessere Kommunikation zwischen Politikern** jeglicher Ebene (lokal oder national) **und jungen Erwachsenen** stattfinden, damit die jungen Personen merken, dass ihre Stimme gehört wird und das politische System *responsive* (ansprechbar) ist (PIDOP 2011: 5). Politiker sollen daher besser und direkter auf spezifische Partizipationsformen von Jugendlichen, wie z. B. öffentliche Proteste oder Studentendemonstrationen, reagieren. Junge Personen sollten von Erwachsenen und Politikern aufmerksamer und res-

pektvoller behandelt werden und diese sollten den Jugendlichen auch zeigen, dass sie zuhören und ihren Ansichten, Bedenken und Vorschlägen bezüglich politischer und gesellschaftlicher Themen Beachtung schenken. (PIDOP 2012b: 4). Mit Hilfe von **Schulprojekten**, die **in der lokalen Gemeinschaft** und bestenfalls auch **in der Politik eingebettet** sind (und Einfluss haben), soll die *self-efficacy* (Selbstwirksamkeit) der Jugendlichen gefördert werden. Es soll ihnen damit das Potenzial aufgezeigt werden, welches sie als Individuum oder als ganze Gruppe besitzen, um den politischen Status Quo zu ändern (PIDOP 2011: 6).

Des Weiteren soll in den Medien vermehrt **positive Berichterstattung über das politische Engagement von Jugendlichen** vorgenommen werden. So steht in der PIDOP-Studie, dass nicht primär auf die negativen und zerstörerischen Vorfälle, welche oft in Zusammenhang mit Beteiligungsveranstaltungen von Jugendlichen wie z. B. Demonstrationen auftreten, fokussiert, sondern ein grösserer Akzent auf die gesamtheitlich positive und gutgemeinte Eigenschaft von Demonstrationen und anderen sozialen und politischen Partizipationsbestreben gesetzt werden soll (PIDOP 2011: 6). Die jungen Personen sollen merken, dass auch ihre Argumente und Positionen unverfälscht und objektiv von den Medien präsentiert werden (PIDOP 2012b: 5). Hinsichtlich der Berichterstattung lassen gemäss Autoren der *Scoop it 2.0*-Teilstudie die Aussagen der befragten Jugendlichen den Schluss zu, dass "eine **breite mediale Berichterstattung über einzelne politische Themen** ihr Interesse an diesen Themen wecken und zu einer weiterführenden Beschäftigung mit dem Thema führen" (Künzler und Herzig Gainsford 2015: 26).

IV. Die zugänglichere und attraktivere Gestaltung der Politik

Um die Partizipation insbesondere von Jugendlichen zu verbessern, sollte die Politik und damit verbunden die politischen Prozesse zugänglicher, weniger komplex und attraktiver gestaltet werden. Da in der Forschung festgestellt wurde, dass sich Jugendliche eher an unkonventionellen Verfahren beteiligen, anstatt abstimmen oder wählen zu gehen, sollte vermehrt auf die **Verwendung von alternativen Partizipationsformen** zurückgegriffen werden⁴⁴. Diesen Partizipationsformen sollte mehr Beachtung und Wert geschenkt werden. Die Autoren der CH@YOUPART-Studie schreiben sodann, dass "das politische Potenzial dieser Partizipationsformen [...] erkannt werden [sollte]" (Rothenbühler et al. 2012: 48). Da die Jugendlichen dadurch "eine politische Stimme erhalten" (ebd.), würden diese nicht-institutionellen Partizipationsformen zu einer breiteren politischen Beteiligung vor allem auch von jungen Bürgern führen. Es scheint also ein geeignetes Instrument zu sein, um junge Erwachsene besser in den politischen Entscheidungsprozess einzubinden, da es ihnen ermöglicht, "grösseren Einfluss auf das politische Geschehen zu nehmen" (ebd.). Bei den "Empfehlungen zur Steigerung des politischen Interesses Jugendlicher" (Künzler und Herzig Gainsford 2015: 27) wird den staatlichen Institutionen gezieltes *Empowerment* von Jugendlichen empfohlen. Dies soll durch die "Eröffnung von Mitbestimmungsmöglichkeiten in Schule, Arbeitsplatz [und] staatlichen Institutionen" (ebd.) geschehen. Es sollen

⁴⁴ Wittwer (2015) z. B. sieht die Ursache für die schwache Beteiligung von Jugendlichen an Wahlen und Abstimmungen einerseits darin, dass diese "andere, informellere Formen und Mittel zur politischen Partizipation als die institutionalisierten Wahlen und Abstimmungen [bevorzugen]" (Wittwer 2015: 28) und andererseits im Wahl- und Abstimmungsprozess und den dazugehörigen Unterlagen, die "nicht jugendgerecht sind" (ebd.).

Möglichkeiten geschaffen werden, "die den Bedürfnissen der Jugendlichen nach zeitlich befristetem Engagement ohne zu starke Interessenpolitik entgegenkommt" (Künzler und Herzig Gainsford 2015: 27). Ein Beispiel für solche unkonventionelle Beteiligungsformen in der Schweiz sind die lokalen und kantonalen Jugendparlamente, von denen es in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein zurzeit etwa 68 Stück gibt⁴⁵. Ein weiteres Beispiel ist das z. B. in der Stadt Bern vorhandene Mitwirkungsinstrument für Jugendliche, die Jugendmotion. Diese ermöglicht es Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren, Vorschläge beim Gemeinderat einzureichen (es braucht dazu 40 Unterschriften). Basierend auf der Empfehlung des Gemeinderates muss dann der Stadtrat über die Annahme der Motion entscheiden⁴⁶.

Der Grund, weshalb Jugendliche nicht an der rP (welche als unkonventionelle Beteiligungsform bezeichnet werden kann) teilnehmen, liegt wohl vor allem darin, dass die rP hauptsächlich aus Erwachsenen besteht und sich Jugendliche dort nicht wohl fühlen (siehe Handlungsempfehlung III.). Ein weiterer Grund könnte das zeitlich verbindende Engagement sein, das die Mitgliedschaft in einer RK voraussetzt (siehe dazu Empfehlung V.)

Um die Politik zugänglicher zu gestalten, sollte die Abstimmungs- und Wahlteilnahme per Internet (**Online-Partizipation**) ausgebaut werden; denn das briefliche Abstimmen wird von der Jugend bereits als "veraltet" bezeichnet. Die Einführung von Online-Abstimmungen und Online-Wahlen sprechen auch die Autoren der CH@YOUPART-Studie als Lösungsmöglichkeit an. Studien würden aufzeigen, dass insbesondere junge Erwachsene häufig übers Internet abstimmen (falls dies möglich ist) und ältere Personen dies weniger tun. Ausserdem komme die Möglichkeit der Online-Partizipation bei jungen Schweizern gut an (Rothenbühler et al. 2012: 48 f.).

Damit verbunden ist die Forderung, dass zukünftig auch **Initiativen und Referenden online unterschrieben** werden können. Einen Schritt in diese Richtung macht die Online-Plattform *petitio*⁴⁷. Auf dieser Plattform können Petitionen gestartet und Unterschriften dafür gesammelt werden (siehe dazu auch Cavalli 2016). Einen ähnlichen Service bietet *WECOLLECT*⁴⁸ an. Auf dieser Plattform können Initiativen und Referenden platziert werden. Die auf der Plattform hochgeladenen Unterschriftenbögen können dann ausgedruckt, ausgefüllt und unterschrieben an die jeweiligen Komitees zurückgesendet werden. Gemäss der Teilstudie des *Scoop it 2.0*-Projektes sei "eine Nachfrage nach einer neuen Onlineplattform, die politische Partizipation ermöglicht, vorhanden" (Künzler und Herzig Gainsford 2015: 31). Erwartungen an die Funktionalität der Plattform seien etwa eine übersichtliche Gestaltung, eine App oder eine mobile Version davon. Des Weiteren müsse es die Möglichkeit der Diskussion, der Anonymität und der Kontrolle durch Moderatoren geben. Wichtig seien auch die Neutralität und die unterhaltsame Aufbereitung der Inhalte. Ein wichtiger Wunsch der Jugendlichen ist zudem, dass auf so einer Plattform angebrachte Anliegen "danach von etablierten politischen Akteuren weiterverarbeitet werden" (ebd.)⁴⁹.

⁴⁵ Siehe dazu: <http://www.jugendparlamente.ch/de/>

⁴⁶ Siehe dazu: http://www.bern.ch/themen/kinder-jugendliche-und-familie/jugendmitwirkung-p_a_r_t

⁴⁷ Siehe dazu: <https://www.petitio.ch>

⁴⁸ Siehe dazu: <https://wecollect.ch/>

⁴⁹ Ausführliche Anforderungen an eine solche Webapplikation (Online-Plattform), welche die Partizipation von Jugendlichen digital fördern kann, sind in Künzler und Herzig Gainsford (2015: 22 ff.) zu finden. Eine Kurzform

Grundsätzlich sollten **vermehrt soziale Medien** genutzt werden. Diese Empfehlung gilt auch in Bezug auf die rP (siehe dazu Empfehlung V.)⁵⁰. Um dem Desinteresse von Jugendlichen entgegenzuwirken, empfehlen die Autoren der PIDOP-Studie zudem, dass vermehrt **fesselnde politische Fernsehproduktionen** in das tägliche Fernsehprogramm eingebunden werden sollten. Dies würde die Attraktivität der Politik in der Auffassung junger Menschen verbessern (PIDOP 2011: 6).

Ausserhalb der Schweiz wird bereits oft auf **Online-Partizipation** gesetzt. Gemäss einem Beitrag des Beteiligungsblogs BBLOG⁵¹ entstehen im Netz immer vielfältigere Angebote hinsichtlich der virtuellen Beteiligung. So sind "Schlagworte wie *ePartizipation* oder *eDemokratie* [...] nicht nur Indiz für eine zunehmende Technisierung politischer Praktiken, sondern können ebenso als Erweiterung der politischen Teilhabe gesehen werden" (Sommer 2017). In einer von der Bertelsmann Stiftung durchgeführten Evaluation der Bürgerbeteiligung bei der Landesgesetzgebung in Baden-Württemberg wird als eines der wichtigsten Ergebnisse festgehalten, dass "Online-Verfahren [...] umfassende Transparenz und einen offenen Zugang für alle Bürger [ermöglichen]" sollten (Brettschneider und Renkamp 2016: 11). Online-Verfahren würden somit die Transparenz der Gesetzgebung erhöhen und deutlich machen, "an welcher Stelle des Gesetzgebungsverfahrens welche Inhalte diskutiert werden" (ebd.). Mit Hilfe einer Beteiligungsplattform könne sodann ein gesamter Prozessablaufs (mit Zwischen- und Schlussergebnissen) abgebildet werden.

Ein weiteres Beispiel einer **lokalen Online-Plattform** ist dasjenige des Landkreises Friesland *LiquidFriesland*⁵². Auf dieser Petitions-Plattform können Bürger eigene Initiativen einbringen und über Vorschläge abstimmen. Die Ergebnisse werden anschliessend im Kreistag beraten. Dieser kann ebenfalls Vorlagen als Initiativen in die Online-Plattform einbringen. Darüber können sodann die Bürger "parallel zu den Beratungen in den politischen Gremien abstimmen" (Landkreis Friesland 2015: 1).

der Empfehlungen befindet sich auf S. 29 derselben Studie. Hilfe für die Praxis der digitalen Jugendbeteiligung bietet auch die Online-Plattform *jugend.beteiligen.jetzt* (siehe dazu: <https://jugend.beteiligen.jetzt/>).

⁵⁰ Auch Cook et al. (2007) haben in ihren Umfragen herausgefunden, dass sich junge Erwachsene oft in Form von Diskussionen im Internet politisch austauschen. Dieser von den Autoren *political talk* genannte Form sei ein neuer und eher unbekannter Weg der Jugendlichen, wie sie ihrer Stimme Gehör verschaffen wollen – in den sozialen Medien (Cook et al. 2007: 42 f.).

⁵¹ Siehe dazu: <http://www.bblogger.de/>

⁵² Siehe dazu: <http://www.liquidfriesland.de/>

3.2. Handlungsempfehlungen für die regionale Partizipation

V. Eigene Veranstaltungen für Jugendliche und Frauen

Die erste und wohl auch effektivste Empfehlung an das BFE ist, dass sich vor allem Jugendliche, aber auch Frauen, unter ihresgleichen am Sachplanverfahren sollen beteiligen können. Eine solche gruppenspezifische Beteiligung könnte in Form von Veranstaltungen (Partizipationsforen), die spezifisch für Frauen oder Jugendliche durchgeführt werden, stattfinden.

Diese Idee stammt von einer jungen Erwachsenen aus dem Fokusgruppengespräch, welche sogar ein eigenes Gremium nur für Jugendliche vorgeschlagen hat (siehe dazu S. 48 f.). In einem solchen Rahmen "unter ihresgleichen" würde es den Jugendlichen einfacher fallen, über komplexe Sachverhalte zu diskutieren und sie würden weniger gehemmt sein, "dumme" Fragen zu stellen. Somit kann mehr erreicht werden, als wenn eine Gruppe Jugendlicher in der normalen RK teilnimmt. Die in einer Jugendveranstaltung versammelten Jugendlichen sollten dabei gewisse Entscheidungskompetenzen haben und vor allem auch im Austausch mit der RK stehen. Wichtig ist, dass die Ideen und Vorschläge der jungen Beteiligten ebenfalls in die Berichte der RK miteinfließen⁵³. Wie bereits unter der Handlungsempfehlung IV. erwähnt, möchten sich Jugendliche eher zeitlich befristet engagieren, als dass sie sich längerfristig für etwas verpflichten: "Auf eine längerfristige institutionelle Bindung [hier geht es um eine Parteimitgliedschaft] möchten sie sich wegen ihrer sich verändernden Lebensumstände im Übergang von Ausbildung zu Berufsleben, dem Zeitaufwand [...] oder kritischer Einstellung gegenüber den Macht- und Interessensspielen in solchen Institutionen nicht einlassen" (Künzler und Herzig Gainsford 2015: 26). Es sollte also kein eigenes Gremium für Jugendliche geschaffen werden, sondern **(Informations-) Veranstaltungen für Jugendliche** durchgeführt werden, an denen diese **ungebunden und ohne Verpflichtungen für weitere Teilnahmen** teilnehmen können – sozusagen eine "lockere" Mitgliedschaft. Die Referate an diesen Veranstaltungen sollten in einer einfachen Sprache und im besten Fall von jungen Personen gehalten werden. Es könnten z. B. junge Vertreter aus der RK, Vertreter des *Young Generation*-Projekts der Schweizerischen Gesellschaft der Kernfachleute⁵⁴ oder junge Wissenschaftler von der Nagra eingeladen werden. Die Themen der Referate sollten aber auch über den technischen Aspekt hinweg gehen und z. B. ethnische Fragen oder Umweltfragen allgemein ansprechen. Zur Steigerung der Attraktivität könnten die Veranstaltungen zusätzlich mit einem Konzert einer jungen Band oder sonstigen Events verbunden werden.

Wie bereits unter Handlungsempfehlung IV. kurz erwähnt, sollte das Potenzial **sozialer Medien** vermehrt genutzt werden, um Jugendliche zu informieren und auf dem Laufenden zu halten. Die Organisatoren solcher Jugendveranstaltungen oder junge Vertreter aus der RK sollten auch in den sozialen Medien z. B. in Form einer Facebook-Gruppe oder eines Twitter-Accounts oder mit einem eigenen Blog für Jugendliche aktiv sein und über das Standortauswahlverfahren berichten. Dies ist die neue Kommunikationsart der jungen Leute und daher muss man diese auch nutzen.

⁵³ Etwas Ähnliches gibt es auf nationaler Ebene z. B. mit der Jugendsession (siehe dazu: <http://www.jugendsession.ch/de/>)

⁵⁴ Siehe dazu: <http://www.kernfachleute.ch/index.php/young-generation>

Denn damit können mehr junge Erwachsene angesprochen werden, als wenn Informationen zu einer Vollversammlung oder zum Standortauswahlverfahren in der Zeitung oder dem Amtsblatt stehen.

Die Idee von der Beteiligung "unter seinesgleichen" kann auch als Lösung für die schwache weibliche Beteiligung bei den partizipativen Prozessen zur Standortsuche angewendet werden. Wie bereits bei den Jugendlichen festgestellt, fühlen sich auch Frauen unter ihresgleichen wohler und wagen es auch eher, etwas zu sagen und Fragen zu stellen. Es könnten also auch hier unverbindliche (**Informations-**) **Veranstaltungen** durchgeführt werden, die sich **explizit an Frauen richten**. Wie auch bei den Jugendlichen sollten diese von Frauen durchgeführt werden und die referierenden Personen sollten ebenfalls weiblich sein. Ein Aspekt, der die Teilnahme von Frauen an solchen Veranstaltungen (oder allgemein an der rP) zusätzlich erhöhen würde, wäre das bereits unter Handlungsempfehlung II. erwähnte Angebot der Kinderbetreuung.

VI. *Vorbildpersonen für Frauen, Jugendliche und Personen mit MH*

Das Vorhandensein von Vorbildern kann als weitere wichtige und wohl ebenfalls effektive Handlungsempfehlung für die Beteiligung aller drei Bevölkerungsgruppen genannt werden.

Da die **technischen Themen** rund um die geologische Tiefenlagerung als ein Problem und Hürde für die Teilnahme von Frauen an der rP genannt werden können, ist es wichtig, dass es Frauen gibt, die sich beim Thema (Kernenergie, Radioaktivität, geologische Tiefenlagerung) auskennen und diese dann neue Frauen "mit ins Boot holen". Frauen fangen eher an zu diskutieren oder Fragen zu stellen, wenn man sie in Gespräche zu solchen Themen verwickelt – unter der Bedingung, dass dies unter Frauen geschieht. Technisch versierte Frauen sollten Vorbilder für andere Frauen sein, die kein grosses technisches Wissen haben. Eine solche weibliche Vorbildperson sollte den Frauen vor allem auch das Gefühl geben, dass sie in der rP willkommen sind. Zudem soll sie ihnen zeigen, dass sie die Frauen versteht, dieselben Gedankengänge macht und dieselben Befürchtungen und Ängste hat. Diese Vorbildfunktion könnte z. B. auch bei öffentlichen Vorträgen und Veranstaltungen im Rahmen der rP genutzt werden, indem anstelle von Männern **Frauen die Referate halten**. So sehen teilnehmende Frauen, dass es sich nicht nur um eine Männerdomäne handelt.

Bei den Jugendlichen braucht es ebenfalls junge "**Vorreiter-Personen**" oder Vertrauensleute, mit denen sich die Jugendlichen eher identifizieren können als z. B. mit einem älteren Präsidenten einer RK. Solche jungen Mitglieder einer RK sollten bei ihren Kollegen (oder in Jugendvereinen und Schulen) Werbung für die rP machen und dabei klar kommunizieren, dass die Stimme der Jugend erwünscht wird. Künzler und Herzig Gainsford (2015: 15) schreiben diesbezüglich, dass die von ihnen befragten Jugendlichen den Grund für die Politikferne einiger ihrer Kolleginnen und Kollegen unter anderem im Alter derjenigen, die politische Themen vermitteln, sehen.

Bei den Personen mit MH wäre ebenso eine "**Brückenperson**" nötig, die als Mitglied einer RK andere Personen mit MH an Veranstaltungen der RK mitnehmen könnte. Denn alleine würde es eine Person mit MH wohl kaum an eine Versammlung wagen, an der hauptsächlich Schweizer

(und je nach Region einige deutsche Vertreter) teilnehmen. Bestenfalls müsste diese Brückenperson auch eine Person mit MH sein, deren gesellschaftliche und politische Integration jedoch bereits fortgeschritten ist und die sich bereits politisch engagiert.

VII. Das gezielte und persönliche Zugehen auf Personen und das gruppenspezifische Kommunizieren

In Anlehnung an die Vorbildfunktion sollte gezielt und gruppenspezifisch auf die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zugegangen werden (wie es auch die Vorbildpersonen machen würden). Da die Kommunikation mit und die Suche von Mitgliedern durch die Regionen selber vorgenommen wird, betrifft diese Empfehlung insbesondere die Organisatoren der RKs und weniger das BFE. Beim Anschreiben der **Vereine** (seien es Frauenvereine, Jugendvereine oder Ausländervereine) sollte ein **persönlicher Brief** formuliert werden, in dem explizit geschrieben wird, dass man gerne mehr Frauen, mehr Jugendliche oder mehr Personen mit MH in der RK hätte. Bei diesen Briefen wäre es wiederum hilfreich, wenn diese von einem weiblichen Mitglied der RK bzw. einem Jugendlichen aus der RK oder einer Person mit MH, die in der RK ist, geschrieben wird. In der Evaluation der Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg wird ebenfalls geschrieben, dass "wenn viele Bürger aus unterschiedlichen Milieus, Kulturen und Altersgruppen beteiligt werden sollen, [...] zielgruppengerechte Ansprachen und Bürgeraktivierung zu den Kernaufgaben bei der Planung eines Beteiligungsprozesses [gehören]" (Brettschneider und Renkamp 2016: 11). Um viele Bürger erreichen zu können, seien eine "vielfältige Direktansprache und mehrere Kommunikationskanäle [...] nötig" (ebd.).

Bei der Kommunikation mit Frauen sollte darauf hingewiesen werden, dass es sich bei der Standortsuche nicht um ein rein technisches Thema handelt, sondern auch andere Themen wie der Umweltschutz, die Raumplanung, der Tourismus oder allgemein die Zukunft der Region behandelt werden. Die Standortsuche nach einem Tiefenlager für radioaktive Abfälle soll nicht als technisches und komplexes Thema betrachtet werden. Den Frauen sollten vor allem die anderen, **nicht-technischen Aspekte der Standortsuche und der damit verbundenen rP aufgezeigt** werden. Diese Empfehlung würde wohl auch zur besseren Beteiligung von Jugendlichen und von Personen mit MH führen.

Die gruppenspezifische Kommunikation ist auch in den Empfehlungen zur Steigerung des politischen Interesses Jugendlicher des *Scoop it 2.0*-Projektes zu finden. Jugendliche sollen mit Hilfe der Medien (vor allem Lokalmedien) bewusster als Zielgruppe angesprochen werden. Es sollen "neutrale Hintergrundinformationen über den Sachverhalt" gegeben und falls möglich **eine multimediale Aufbereitung der Informationen** gemacht werden (Künzler und Herzig Gainsford 2015: 27). Damit verbunden ist die Empfehlung an die Gemeinden, die **Lokalpolitik jugendgerecht** aufzubereiten und einen jugendgerechteren Zugang zur Lokalpolitik zu schaffen (ebd.). Letzteres kann auch auf die rP übertragen werden. So könnte der jugendgerechte Zugang zur rP z. B. mit Hilfe der unter Empfehlung IV. ausgeführten Online-Partizipation gewährt werden. Für die Jugendlichen sollte die Möglichkeit bestehen, sich auch von zu Hause aus beteiligen zu können und z. B. auf einer **Online-Plattform der eigenen RK** Anliegen oder Ideen anzubringen.

Die deutsche Kommission "Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe" (**Endlagerkommission**) hat 2016 einen Bericht vorgelegt, in dem sie sich mit der Frage auseinandersetzt, "wie in Deutschland ein sicherer Standort für die Verwahrung von hoch radioaktiven Abfällen gefunden werden kann" (siehe dazu Sommer 2016). Während der Arbeiten am Bericht hat die Endlagerkommission eine **Online-Plattform** unterhalten, auf der **jede interessierte Person einzelne Teile des Berichtes kommentieren** konnte. Nach Überarbeitung und Beendigung des Berichtes hatte die Öffentlichkeit erneut die Gelegenheit, auf einer Internetplattform den Gesamtbericht zu diskutieren und zu kommentieren. Die eingegangenen Beiträge wurden dann in einer Sitzung des Umweltausschusses behandelt und flossen so in den weiteren Prozess ein. Aktuell läuft dazu auch noch das "Bürgerforum Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe"⁵⁵. Auf diesem Forum können sich Bürger mit eigenen Beiträgen am Meinungsbildungsprozess der Kommission beteiligen. Die dort hinterlegten Vorschläge, Kommentare oder Kritikpunkte werden ausgewertet und auf die Tagesordnung der nächsten Kommissionssitzung gesetzt.

Hinsichtlich des gruppenspezifischen Kommunizierens sollte zudem vor allem den Jugendlichen **klar kommuniziert** werden, dass die Teilnahme an der rP **finanziell entschädigt** wird. Beim Fokusgruppengespräch wurde mehrmals erwähnt, dass man nicht gewusst hätte, dass man für die Teilnahme an den RK-Sitzungen und weiteren Veranstaltungen entschädigt werde. Die finanzielle Entschädigung ist insbesondere für junge Erwachsene, die noch keinen fixen Lohn haben, ein Anreiz, ihre Freizeit für das gesellschaftliche Engagement zu opfern.

Hinsichtlich der Partizipation von Personen mit MH sollten z. B. **ausländische Kulturvereine** angesprochen werden – am besten durch eine Person, die man kennt und beim Kulturverein aktiv ist. Diese sollte innerhalb des Vereines auf die rP aufmerksam machen. Es ist wichtig, dass die Kontaktaufnahme persönlich ist und nicht über einen anonymen Brief geschieht. Denn der **persönliche Kontakt** ist eine wichtige Voraussetzung um Leute für ein Thema zu gewinnen. Mit der Kommunikation mit jungen Personen mit MH beschäftigt sich auch die PIDOP-Studie. Junge Migranten haben häufig fehlende Kenntnisse über die Gesetze, Vorschriften, Regelungen und Gepflogenheiten hinsichtlich der gesellschaftlichen und politischen Partizipation in dem Land, in dem sie leben. Deshalb schlagen die Autoren des PIDOP-Projektes vor, dass mehr **Informationen, die sich spezifisch an Migranten richten**, durch staatliche Institutionen und Nichtregierungsorganisationen, welche mit Migranten arbeiten, verbreitet werden sollen (PIDOP 2011: 6).

Um allgemein mehr Personen für die rP zu gewinnen, kann hinsichtlich der Kommunikation ein weiterer Aspekt beachtet werden. So sollte den Personen aus den betroffenen Regionen klargemacht werden, dass man an deren Meinung – als Bewohner der betroffenen Region – interessiert ist. Es muss **klar kommuniziert werden, dass man als Bewohner der betroffenen Region gefragt ist**.

⁵⁵ Siehe dazu: <https://www.bundestag.de/endlager/forum/>

Literaturverzeichnis⁵⁶

- ALBANESI, Cinzia, Zani, Bruna und Cicognani, Elvira (2012): Youth civic and political participation through the lens of gender. The Italian case. *Human affairs* 22(3), S. 360-374.
- ALPIGER, Claudia und Vatter, Adrian (2015): *Kriterien zur Evaluation regionaler Partizipationsverfahren bei der Standortsuche für Tiefenlager von radioaktiven Abfällen. Grundlagendokument aus dem Forschungsprojekt "Partizipative Entsorgungspolitik"*, Bern: Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. URL: http://www.bfe.admin.ch/php/modules/publikationen/stream.php?extlang=de&name=de_844607006.pdf (Stand: 23.9.16).
- ALPIGER, Claudia und Vatter, Adrian (2016): *Evaluation regionaler Partizipationsverfahren bei der Standortsuche für Tiefenlager von radioaktiven Abfällen. Erster Zwischenbericht aus dem Forschungsprojekt "Partizipative Entsorgungspolitik"*, Bern: Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. URL: http://www.bfe.admin.ch/php/modules/publikationen/stream.php?extlang=de&name=de_855410628.pdf (Stand: 23.9.16).
- ARBEITSKREIS BÜRGERBETEILIGUNG (2016): *Sitzung des Arbeitskreises Bürgerbeteiligung am 9. November 2016. Darmstadt auf dem Weg zu einer kommunalen Beteiligungskultur*: Wissenschaftsstadt Darmstadt. URL: https://da-bei.darmstadt.de/static/domain/2/ak_archiv/6_AK_Praesentation.pdf.
- ARMINGEON, Klaus und Schädel, Lisa (2014): Social Inequality in Political Participation. The Dark Sides of Individualisation. *West European Politics* 38(1), S. 1-27.
- BARRETT, Martyn (2012): *The PIDOP Project: Achievements and Recommendations. Plenary address presented at the 2nd International Multidisciplinary Conference organised by the PIDOP consortium on 'Political and Civic Participation'*, Guildford (UK): University of Surrey. URL: <http://www.surrey.ac.uk/cronem/files/MartynBarrett.pdf> (Stand: 9.1.16).
- BERTELSMANN STIFTUNG (2015): *"Wählen ab 16" kann Wahlbeteiligung dauerhaft erhöhen*, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. URL: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/pid/waehlen-ab-16-kann-wahlbeteiligung-dauerhaft-erhoehen/> (Stand: 16.2.17).
- BFS (2015): *demos. Newsletter – Informationen aus der Demografie*, Bern: Bundesamt für Statistik; Eidgenössisches Departement des Innern.
- BFS (2017a): *Bevölkerung nach Migrationsstatus*, Neuchâtel: Bundesamt für Statistik (BFS), Sektion Demografie und Migration. URL: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/migration-integration/nach-migrationsstatuts.html> (Stand: 19.1.17).
- BFS (2017b): *Glossar. Jugendquotient*, Neuchâtel: Bundesamt für Statistik. URL: <https://www.media-stat.admin.ch/web/apps/glossary/index.php?n=glo-569-de> (Stand: 19.1.17).
- BIERI BUSCHOR, Christine und Forrer, Esther (2003): Politische Kompetenzen junger Erwachsener in der Schweiz. In: Maag Merki, Katharina und Schuler, Patricia (Hrsg.): *Überfachliche Kompetenzen*, Zürich: Pädagogisches Institut der Universität, S. 33-51. (Forschungsbereich Schulqualität & Schulentwicklung).
- BIERI BUSCHOR, Christine und Forrer, Esther (2005): *Überfachliche Kompetenzen junger Erwachsener am Übergang zwischen Schule und Beruf: Jugend- und Rekrutenbefragung als Beitrag zum Bildungsmonitoring. Abhandlung zur Erlangung der Doktorwürde der Philosophischen Fakultät der Universität Zürich*, Zürich.
- BPB (2017): *Planspiele. Methoden für den Unterricht*. URL: <http://www.bpb.de/lernen/formate/planspiele/> (Stand: 26.1.17).
- BRETTSCHNEIDER, Fank und Renkamp, Anna (2016): *Partizipative Gesetzgebungsverfahren. Bürgerbeteiligung bei der Landesgesetzgebung in Baden-Württemberg*, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- BRUNNER, Angela (2017): Weibliche Energiepolitik. *ENERGEIA – Magazin des BFE* (1), S. 4-5.
- BÜHLMANN, Marc und Freitag, Markus (2006): Individual and Contextual Determinants of Electoral Participation. *Swiss Political Science Review* 12(4), S. 13-47.

⁵⁶ Im Literaturverzeichnis werden dieselben Abkürzungen verwendet, die im Abkürzungsverzeichnis zu finden sind.

- CAVALLI, Rolf (2016): *Neue lokale Petitions-Plattform: "Jeder kann mitbestimmen, wenn der Schuh drückt"*, Aarau: Aargauer Zeitung. URL: <http://www.aargauerzeitung.ch/aargau/vorteile-einer-petitions-plattform-jeder-kann-mitbestimmen-wenn-der-schuh-drueckt-130756775> (Stand: 12.1.17).
- COOK, Fay Lomax, Delli Carpini, Michael X. und Jacobs, Lawrence R. (2007): Who Deliberates? Discursive Participation in America. In: Rosenberg, Shawn W. (Hrsg.): *Deliberation, participation and democracy. Can the people govern?*, Basingstoke/New York: Palgrave Macmillan.
- DAHL, Robert A. (1985): *A preface to economic democracy*, Cambridge: Polity Press.
- DAVIDSON, Debra J. und Freudenburg, William R. (1996): Gender and Environmental Risk Concerns. A Review and Analysis of Available Research. *Environment and Behavior* 28(3), S. 302-339.
- DEMOKRATIEZENTRUM WIEN (2015): *Wahlrechtsentwicklung in Österreich 1848 bis heute*. URL: <http://www.demokratiezentrum.org/wissen/timelines/wahlrechtsentwicklung-in-oesterreich-1848-bis-heute.html> (Stand: 16.2.17).
- DERMONT, Clau (2014): *Politische Partizipation 'à la carte'. Die selektive Partizipation der Schweiz*. Masterarbeit, Bern: Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern.
- DEZA (2007): *DEZA. JUGEND-POLITIK*, Bern: Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit; Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten.
- EGGERT, Nina und Giugni, Marco (2010): Does Associational Involvement Spur Political Integration? Political Interest and Participation of Three Immigrant Groups in Zürich. *Swiss Political Science Review* 16(2), S. 175-210.
- EKF (2009): *Politische Partizipation: Frauen in politischen Ämtern und Positionen*, Bern: Eidgenössische Kommission für Frauenfragen. URL: https://www.ekf.admin.ch/dam/ekf/de/dokumente/frauen_macht_geschichte/2_3_politische_partizipationfraueninpolitischenaemternundpositio.pdf.download.pdf/2_3_politische_partizipationfraueninpolitischenaemternundpositio.pdf (Stand: 25.1.17).
- EKM (2010): *Mitreden und Mitgestalten: Strukturelle Partizipation in den Kantonen. Übersicht, erstellt auf Basis der Bestandesaufnahme "Politische Partizipationsmöglichkeiten" des Instituts für Sozialanthropologie der Universität Bern, 2006*, Bern: Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen. URL: https://www.ekm.admin.ch/content/dam/data/ekm/themen/stud_partizipation.pdf (Stand: 12.1.17).
- EKM (2016a): *Ausländerstimmrecht*, Bern: Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen. URL: <https://www.ekm.admin.ch/ekm/de/home/buergerrecht---citoyennete/Citoy/stimmrecht.html> (Stand: 12.1.17).
- EKM (2016b): *Citoyenneté*, Bern: Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen. URL: <http://www.ekm.admin.ch/ekm/de/home/buergerrecht---citoyennete/Citoy.html> (Stand: 12.1.17).
- FAAS, Thorsten, Paust, Andreas Paust und Renkamp, Anna (2016): *Das Beteiligungsverfahren zum Transparenzgesetz Rheinland-Pfalz. Evaluation des partizipativen Gesetzgebungsverfahrens*, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- FATKE, Matthias und Freitag, Markus (2015): Wollen sie nicht, können sie nicht oder werden sie nicht gefragt? Nichtwählertypen in der Schweiz. In: Freitag, Markus, Vatter, Adrian und Ackermann, Kathrin (Hrsg.): *Wahlen und Wählerschaft in der Schweiz*, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung, S. 95-119.
- GERBER, Marlène, Schaub, Hans-Peter und Müller, Sean (2017): *Umfrage zur Landsgemeinde des Kantons Glarus. Forschungsbericht*: Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern.
- GOLDER, Lukas, Milic, Thomas, TSCHÖPE, STEPHAN, MÜLLER, MEIKE und Schwab, Johanna Lea (2014): *Im Elternhaus angelegte, aber vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten vom Jungbürger zum Citoyen. Abstimmungen als Motoren der Teilnahmbereitschaft der Jugend*. Planungsstudie politisches Interesse und Jugendpartizipation – Schlussbericht, Bern: gfs.bern.
- GUSTAFSON, Per E. (1998): Gender Differences in Risk Perception. Theoretical and Methodological Perspectives. *Risk Analysis* 18(6), S. 805-811.
- HAUS, Alexander, Rochat, Philippe und Kübler, Daniel (2016): *Die Beteiligung an Gemeindeversammlungen. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Stimmberechtigten in der Gemeinde Richterswil (ZH)*, Aarau: Zentrum für Demokratie Aarau.
- HOFMANN-CONRAD, Silvia, Bardill Arn, Sina, Redolfi, Silke und Belser, Katharina (2004): *Politische Partizipation von Frauen in der Gemeindepolitik Graubündens*, Zürich/Chur: Rüeegger.

- HURRELMANN, Klaus, Linssen, Ruth, Albert, Mathias und Quellenberg, Holger (2004): Eine Generation von Egotaktikern? Ergebnisse der bisherigen Jugendforschung. In: Hurrelmann, Klaus und Albert, Mathias (Hrsg.): *Jugend 2002. Zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus*, Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag (5. Aufl.), S. 31-51.
- JENKINS-SMITH, Hank C., Silva, Carol L., Nowlin, Matthew C. und deLozier, Grant (2011): Reversing nuclear opposition: evolving public acceptance of a permanent nuclear waste disposal facility. *Risk Analysis* 31(4), S. 629-644.
- KAASE, Max (1993): Politische Beteiligung/Politische Partizipation. In: Andersen, Uwe und Woyke, Wichard (Hrsg.): *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen: Leske + Budrich, S. 429-433.
- KLEINHENZ, Thomas (1995): *Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- KÜNZLER, Matthias und Herzig Gainsford, Yvonne (2015): *"Ich finde es wichtig, dass man abstimmen geht!". Studie zum politischen Interesse von Jugendlichen mit Empfehlungen für die Praxis*. Teilstudie II im Rahmen von "scoop-it 2.0!" – Ein interdisziplinäres Projekt zur Förderung der politischen Partizipation bei Jugendlichen: Empfehlungen; Bericht vom Januar 2015 z.H. der Stiftung Mercator Schweiz und des Dachverbands Schweizer Jugendparlamente, Chur: Institut für Multimedia Production der HTW Chur.
- LADNER, Andreas (2015): Die Abhängigkeit der Gemeinden von der Milizpolitik. In: Müller, Andreas (Hrsg.): *Bürgerstaat und Staatsbürger. Milizpolitik zwischen Mythos und Moderne*, Zürich: Avenir Suisse, Verlag Neue Zürcher Zeitung, S. 105-123.
- LANDESJUGENDRING BRANDENBURG (2017): *Wahlrecht 16 in Deutschland*, Potsdam: "Mach's ab 16 in Brandenburg!". URL: <http://www.machs-ab-16.de/waehlen-ab-16/wahlrecht-16-deutschland> (Stand: 16.02.2017).
- LANDKREIS FRIESLAND (2015): *Evaluierungsbericht Liquid Friesland*. URL: https://www.friesland.de/downloads/datei/OTAx-MDA0Njc3Oy07L3Vzci9sb2Nhbc9odHRwZC92aHRkb2NzL2ZyaWVzbGFuZC9mcmlc2xhbmQvbWVkaWVuL2Rva3VtZW50ZS8yMDE1MDgxOV9ldmFsdWllcnVuZ19saXF1aWRmcmlc2xhbmQucGRm/20150819_evaluierung_liquidfriesland.pdf.
- LUTZ, Georg (2008): *Eidgenössische Wahlen 2007. Wahlteilnahme und Wahlentscheid*, Lausanne: Selects/FORS.
- LUTZ, Georg (2012): *Eidgenössische Wahlen 2011. Wahlteilnahme und Wahlentscheid*, Lausanne: Selects/FORS.
- LUTZ, Georg (2016): *Eidgenössische Wahlen 2015. Wahlteilnahme und Wahlentscheid*, Lausanne: Selects/FORS.
- LUTZ, Georg und Lebert, Florence (2017): *VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 27. November 2016*, Lausanne/Aarau/Luzern: FORS, ZDA, LINK.
- MAIELLO, Carmine (2003): Politischen Engagement und politische Aktivität. In: Oser, Fritz und Biedermann, H. (Hrsg.): *Jugend ohne Politik. Ergebnisse der IEA Studie zu politischem Wissen, Demokratieverständnis und gesellschaftlichem Engagement von Jugendlichen in der Schweiz im Vergleich mit 27 anderen Ländern*, Zürich: Rüegger, S. 129-153.
- MÜLLER, Salome und Loser, Philipp (2016): *Die Jungen? Apolitisch? Von wegen!*, Zürich: Tages Anzeiger. URL: <http://www.tagesanzeiger.ch/leben/gesellschaft/Die-Jungen-Apolitisch-Von-wegen/story/18057115> (Stand: 16.2.17).
- NORRIS, Pippa (1991): Gender Differences in Political Participation in Britain. Traditional, Radical and Revisionist Models. *Government and Opposition* 26(1), S. 56-74.
- OVCINA CAJACOB, Amina, KLASSE MMP 13A und KLASSE MMP 13B (2014): *"Scoop it 2.0". Studie zur Mediennutzung und zur politischen Partizipation von Jugendlichen in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein*, Chur: Hochschule für Technik und Wirtschaft.
- PANTOJA, A. und Segura, G. (2003): Does Ethnicity Matter? Descriptive Representation in Legislatures and Political Alienation among Latinos. *Social Science Quarterly* 84(2), S. 441-460.
- PAXTON, Pamela, Kunovich, Sheri und Hughes, Melanie M. (2007): Gender in Politics. *Annual Review of Sociology* 33(1), S. 263-284.

- PIDOP (2011): *PIDOP Policy Briefing Paper No. 2. What do young people believe and think about citizenship and participation?: Processes Influencing Democratic Ownership and Participation*. URL: <http://www.fahs.surrey.ac.uk/pidop/documents/Briefings/PIDOP%20Policy%20Briefing%20Paper%20No.%202.pdf> (Stand: 10.1.16).
- PIDOP (2012a): *PIDOP Policy Briefing Paper No. 6. What does quantitative research tell us about youth political and civic participation?: Processes Influencing Democratic Ownership and Participation*. URL: <http://www.fahs.surrey.ac.uk/pidop/documents/Briefings/PIDOP%20Policy%20Briefing%20Paper%20No.%206.pdf> (Stand: 10.1.16).
- PIDOP (2012b): *PIDOP Policy Briefing Paper No. 7. How can young people's levels of civic and political participation be enhanced?: Processes Influencing Democratic Ownership and Participation*. URL: <http://www.fahs.surrey.ac.uk/pidop/documents/Briefings/PIDOP%20Policy%20Briefing%20Paper%20No.%207.pdf> (Stand: 10.1.16).
- PLANVAL (2014): *Aufbau der regionalen Partizipation im Sachplanverfahren zur Standortsuche von geologischen Tiefenlagern. Umsetzung und Erfahrungen*, Bern: Bundesamt für Energie. URL: www.bfe.admin.ch/php/modules/publikationen/stream.php?extlang=de&name=de_805531391.pdf (Stand: 11.7.16).
- RAETZO, Désirée (2014): *Lass' uns mal über radioaktive Abfälle diskutieren. Meinungen über die Frage der geologischen Tiefenlager in der Schweiz*. Masterarbeit, Zürich: Psychologisches Institut, Universität Zürich.
- ROTHENBÜHLER, Martina, Ehrler, Franziska und Kissau, Kathrin (2012): *CH@YOUPART. Politische Partizipation junger Erwachsener in der Schweiz*. Herausgegeben vom Schweizer Kompetenzzentrum Sozialwissenschaften FORS, Bern: Staatssekretariat für Bildung und Forschung.
- RUEDIN, Didier (2009): Ethnic Group Representation in a Cross-National Comparison. *The Journal of Legislative Studies* 15(4), S. 335-354.
- RUEDIN, Didier (2011): *The Role of Social Capital in the Political Participation of Immigrants. Evidence from Agent-Based Modelling*, Neuchâtel: Discussion Paper Swiss Forum for Migration Studies 27.
- RUEDIN, Didier (2012a): Individual Representation. A different approach to political representation. *Representation* 48(1), S. 115-129.
- RUEDIN, Didier (2012b): The Representation of Women in National Parliaments. A Cross-national Comparison. *European Sociological Review* 28(1), S. 96-109.
- RUEDIN, Didier (2013): *Why Aren't They There? The Political Representation of Women, Ethnic Groups and Issue Positions in Legislatures*, Colchester: ECPR Press.
- RUEDIN, Didier (2016): *Electoral Participation of Immigrants: Why Do Immigrants Not Vote More Often When They Are Given the Opportunity?* Paper prepared for the Annual IMISCOE Conference, Prague: University of the Witwatersrand and University of Neuchâtel.
- SCHENKEL, Ronald (2007): *Glarus gewährt Stimmrecht ab 16 Jahren*, Zürich: Neue Zürcher Zeitung. URL: <https://www.nzz.ch/newzzF1DBT1QU-12-1.354903> (Stand: 16.2.17).
- SCHMIDT, Steffen und Röser, Sabrina (2011): *Politische Partizipation von Frauen*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. URL: <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47471/politische-partizipation-von-frauen?p=all> (Stand: 25.1.17).
- SCHULZ, Wolfram und Sibberns, Heiko (2004): *IEA Civic Education Study. Technical Report*, Amsterdam: The International Association for the Evaluation of Educational Achievement. URL: http://www.iea.nl/fileadmin/user_upload/Publications/Electronic_versions/CIVED_Technical_Report.pdf (Stand: 16.1.17).
- SCHWARZER, Steve, Zandonella, Martina, Zeglovits, Eva, Perlot, Flooh und Kozeluh, Ulrike (2009): „Wählen mit 16“. *Eine Post-Election-Study zur Nationalratswahl 2008*. Befragungen – Fokusgruppen – Tiefeninterviews, Wien: Institut für Strategieanalysen.
- SCIARINI, Pascal, Cappelletti, Fabio, Goldberg, Andreas C. und Lanz, Simon (2016): The Underexplored Species. Selective Participation in Direct Democratic Votes. *Swiss Political Science Review* 22(1), S. 75-94.
- SDA (2017): Mehrheit gegen AKW. Atomausstiegsinitiative scheiterte an zu kurzer Frist. *Walliser Bote vom 20.1.17*, 2017, S. 21.

- SEIDL, Roman, Moser, Corinne, Krütli, Pius und Stauffacher, Michael (2011): *Werthaltungen und Meinungen bei der Entsorgung radioaktiver Abfälle*, Zürich: Institut für Umweltentscheidungen IED, ETH Zürich. URL: <http://www.bfe.admin.ch/php/modules/enet/streamfile.php?file=000000010708.pdf&name=000000290490> (Stand: 11.7.16).
- SEIDL, Roman, Moser, Corinne, Stauffacher, Michael und Krütli, Pius (2013): Perceived Risk and Benefit of Nuclear Waste Repositories. Four Opinion Clusters. *Risk Analysis* 33(6), S. 1038-1048.
- SEITZ, Werner (1996): Viele waren gerufen – nur wenige wurden gewählt. Die Frauen bei den Nationalratswahlen 1995. *Frauenfragen (Eidgenössische Kommission für Frauenfragen)*, S. 17-28.
- SEITZ, Werner (2000): Die Frauen bei den Nationalratswahlen 1999: Die Schritte in Richtung Gleichstellung werden kleiner. Mit einem Exkurs zu den Frauen bei den Ständeratswahlen 1998/1999 und bei den Wahlen in die kantonalen Regierungen und Parlamente (Stand: Ende 1999). *Frauenfragen (Eidgenössische Kommission für Frauenfragen)*, S. 13-22.
- SEITZ, Werner (2004): Die Frauen bei den eidgenössischen Wahlen 2003: Stolpersteine auf dem Weg zur politischen Gleichstellung. Mit einem Exkurs zu den Frauen bei den Wahlen in die kantonalen Parlamente und Regierungen 2000/2003. *Frauenfragen (Eidgenössische Kommission für Frauenfragen)*, S. 51-56.
- SEITZ, Werner (2008): Die Frauen bei den eidgenössischen Wahlen 2007: Bürgerliche Frauen holen auf. Mit einem Exkurs zu den Frauen bei den Wahlen in die kantonalen Parlamente und Regierungen 2004/2007. *Frauenfragen (Eidgenössische Kommission für Frauenfragen)*, S. 19-25.
- SEITZ, Werner (2011): *Die Frauen haben Platz genommen*, Zürich: Neue Zürcher Zeitung. URL: <https://www.nzz.ch/die-frauen-haben-platz-genommen-1.9346576> (Stand: 25.1.17).
- SEITZ, Werner (2012): Die Frauen bei den eidgenössischen Wahlen 2011. Der langjährige Vormarsch der Frauen gerät ins Stocken. Mit einem Exkurs zu den Frauen bei den Wahlen in die kantonalen Parlamente und Regierungen 2008/2011. *Frauenfragen (Eidgenössische Kommission für Frauenfragen)*, S. 8-18.
- SEITZ, Werner (2015): *Der Vormarsch der Frauen stockt*, Zürich: Neue Zürcher Zeitung. URL: <https://www.nzz.ch/schweiz/der-vormarsch-der-frauen-stockt-1.18595683> (Stand: 25.1.17).
- SEITZ, Werner (2016): *Die Frauen bei den eidgenössischen Wahlen 2015: Der Schwung ist weg. Mit einem Exkurs zu den Frauen bei den Wahlen in die kantonalen Parlamente und Regierungen 2012/2015*, Bern: Eidgenössische Kommission für Frauenfragen.
- SELB, Peter und Lachat, Romain (2004): *Wahlen 2003. Die Entwicklung des Wahlverhaltens*, Zürich: Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich.
- SERDÜLT, Uwe (2013): Partizipation als Norm und Artefakt in der schweizerischen Abstimmungsdemokratie. Entmystifizierung der durchschnittlichen Stimmbeteiligung anhand von Stimmregisterdaten aus der Stadt St. Gallen. In: Good, Andrea und Platipodis, Bettina (Hrsg.): *Direkte Demokratie. Herausforderungen zwischen Politik und Recht*, Bern: Stämpfli, S. 41-50. (Festschrift für Andreas Auer zum 65. Geburtstag).
- SHELL (2015): *Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch*, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch.
- SOMMER, Jörg (2016): *Onlinebeteiligung zum Endlagerbericht*. Beitrag aus dem BBLOG – Der Beteiligungsblog, Berlin: Deutschen Umweltstiftung. URL: <http://www.bblogin.de/onlinebeteiligung-zum-endlagerbericht/> (Stand: 27.1.17).
- SOMMER, Jörg (2017): *Beteiligung im Internet*. Beitrag aus dem BBLOG – Der Beteiligungsblog, Berlin: Deutschen Umweltstiftung. URL: <http://www.bblogin.de/beteiligung-im-internet/> (Stand: 27.1.17).
- STADELMANN-STEFFEN, Isabelle, Traunmüller, Richard, Gundelach, Birte und Freitag, Markus (2010): *Freiwilligenmonitor Schweiz 2010*, Zürich: Seismo.
- STADELMANN-STEFFEN, Isabelle und Koller, Daniela (2014): What Type of Resources? Household Effects and Female Electoral Participation. *Swiss Political Science Review* 20(4), S. 529-549.
- Terra Cognita (2010): Keine Erschütterung der traditionellen politischen Kräfteverhältnisse. Interview zu Stimmbeteiligung und -verhalten mit Pascale Steiner. *terra cognita – Schweizer Zeitschrift zu Integration und Migration* (17). URL: http://www.terra-cognita.ch/fileadmin/user_upload/terracognita/documents/terra_cognita_17.pdf (Stand: 16.1.17).
- TSN OPINION (2008): *Attitudes towards radioactive waste in Switzerland. Report*, Bern: Bundesamt für Energie. URL: http://www.bfe.admin.ch/php/modules/publikationen/stream.php?extlang=en&name=en_243518322.pdf (Stand: 11.1.17).

- TSN OPINION (2013): *Attitudes towards radioactive waste in Switzerland. Report*, Bern: Bundesamt für Energie. URL: http://www.bfe.admin.ch/php/modules/publikationen/stream.php?extlang=en&name=en_729354258.pdf (Stand: 11.1.17).
- VAN DER HEIDEN, Nico und Krummenacher, Paul (2011): Bringing the backstage to the front. The role of citizen forums in local development planning in Switzerland. In: Torfing, Jacob und Triantafillou, Peter (Hrsg.): *Interactive Policy Making, Metagovernance and Democracy*, Colchester: ECPR Press, S. 227-242.
- VEHRKAMP, Robert, Im Winkel, Niklas und Konzelmann, Laura (2015): *Wählen ab 16. Ein Beitrag zur nachhaltigen Steigerung der Wahlbeteiligung*, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- VERBA, Sidney, Schlozman, Kay Lehman und Brady, Henry E. (1995): *Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics*, Cambridge: Harvard University Press.
- VOX-ANALYSEN (2003–2016): *VOX-Analysen*. Durchgeführt von diversen Autoren. URL: <http://www.gfsbern.ch/de-ch/Publikationen/VOX-Analysen> (Stand: 17.1.17).
- WEBER, Anna, Eberhard, Jakob, Cattacin, Sandro und Radu, Irina (2016): La participation politique des jeunes adultes de nationalité suisse. In: Huber, Stephan Gerhard (Hrsg.): *Young Adult Survey Switzerland. Junge Erwachsene heute*, Bern: Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL), S. 80-85.
- WESTLE, Bettina (2001): Politische Partizipation und Geschlecht. In: Koch, Achim, Wasmer, Martina und Schmidt, Peter (Hrsg.): *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen*, Opladen: Leske + Budrich, S. 131-168.
- WITTEW, Stefan (2015): *Politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz. Definition des Begriffs "Partizipation" und Bedürfnisanalyse über die politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz*, Bern: Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände. URL: http://www.dsj.ch/fileadmin/files/7_Medien/Partizipationsstudie_Feb_2015.pdf (Stand: 18.10.2016).
- WORLD ECONOMIC FORUM (2016): *The Global Gender Gap Report 2016*. Insight Report, Cologny/Geneva.
- WÜEST PARTNER AG (2016): *Ein Tiefenlager in der Wohnumgebung? Einschätzungen der Schweizer Bevölkerung. Ergebnisse der Befragung aus dem Immo- Barometer 2012, 2014 und 2016 von NZZ und Wüest Partner*, Bern/Zürich: Bundesamt für Energie (BFE), Wüest Partner AG. URL: http://www.bfe.admin.ch/php/modules/publikationen/stream.php?extlang=de&name=de_247800000.pdf&endung=Ein%20Tiefenlager%20in%20der%20Wohnumgebung%20Einsch%20E4tzungen%20der%20Schweizer%20Bev%20F6lkerung (Stand: 11.1.16).
- ZANI, Bruna und Barrett, Martyn (2012): Engaged citizens? Political participation and social engagement among youth, women, minorities, and migrants. *Human affairs* 22(3), S. 273-282.
- ZASLAWSKI, Valerie (2016): *Ausländermitsprache light*, Zürich: Neue Zürcher Zeitung. URL: <http://www.nzz.ch/schweiz/aktuelle-themen/politische-partizipation-auslaendermitsprache-light-id.129862> (Stand: 12.1.17).
- ZEHNDER, Selina (2017): Im Herzen der Forschung. *ENERGEIA – Magazin des BFE* (1), S. 6-7.
- ZENGAFFINEN, Norbert (2017): "Frauen fehlt oftmals Wahlstrategie". Kantonales Amt für Gleichstellung unterstützt Kandidatinnen fürs Kantonsparlament. *Walliser Bote vom 10.1.17*, 2017, S. 3.
- ZICHT, Wilko (2016): *Kommunalwahlrecht. Übersicht über die Wahlsysteme bei Kommunalwahlen*, Hamburg: Wahlrecht.de. URL: <http://www.wahlrecht.de/kommunal/index.htm> (Stand: 21.2.17).

Anhang

Informationen zu den Befragungen

In der nachfolgenden Tabelle sind die interviewten Präsidenten der jeweiligen Regionalkonferenz sowie das Interview-Datum und der Ort des Interviews aufgelistet. Die Interviews dauerten alle etwa eine Stunde.

Regionalkonferenz	Wer	Wann	Wo
Jura Ost (JO)	Ueli Müller (Co-Präsident)	26.5.16	Brugg
Nördlich Lägern (NL)	Hanspeter Lienhart (Präsident)	1.6.16	Bülach
Zürich Nordost (ZNO)	Jürg Grau (Präsident)	26.5.16	Schaffhausen

In der nachfolgenden Tabelle sind Informationen zu den weiteren Befragungen enthalten. Neben dem Fokusgruppengespräch mit neun Jugendlichen wurden drei Interviews mit externen Personen durchgeführt.

Thema	Wer	Form und Dauer der Befragung	Wann	Wo
Jugendliche	9 Jugendliche im Rahmen des FSC-Länderworkshops	Fokusgruppengespräch, ca. 2 h	8.9.16	Bern
Personen mit MH	Angelo Barrile (Zürcher Nationalrat mit MH)	Interview, ca. 1.5 h	6.12.16	Bern
Frauen / Personen mit MH	Didier Ruedin (Sozialwissenschaftler)	Interview, ca. 50 min.	22.12.16	Bern
Frauen	Ruth Williams + Helena Loner (WiN Schweiz)	Interview, ca. 1 h	9.1.17	Brugg